Plenarprotokoll 12/63

# Deutscher Bundestag

## Stenographischer Bericht

## 63. Sitzung

**Bonn, Mittwoch, den 4. Dezember 1991**

Inhalt:

(A) (C)

# 63. Sitzung

## Bonn, den 4. Dezember 1991

Beginn: 13.00 Uhr

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sitzung ist eröffnet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 1 auf:

**Befragung der Bundesregierung**

Die Bundesregierung hat mitgeteilt, daß sich das Kabinett unter anderem mit den **Aktivitäten der Bundesregierung zur Tropenwalderhaltung** und der **Förderung der Einstellung und Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst des Bundes** befaßt hat.

Ich möchte zunächst das Thema eins, zu dem berichtet wird, aufrufen und erteile das Wort für den einleitenden Bericht dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Herrn Bernd Schmidbauer.

(B)

**Bernd Schmidbauer,** Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Bundeskabinett hat sich heute mit dem vom Deutschen Bundestag erbetenen **Bericht zum Tropenwaldschutz** beschäftigt.

Anknüpfend an den Tropenwaldbericht der Bundesregierung vom Mai 1990 gibt dieser Bericht einen Überblick über die seither von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen und Aktivitäten. Dieser Bericht nimmt Stellung auch zu den Empfehlungen, die die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" in ihrem zweiten Bericht zum Thema „Tropenwaldschutz" ausgesprochen hat.

**Zentrale Aussagen** des Berichts sind unter anderem: Schutz und Erhaltung von Tropenwäldern ist einer der Schwerpunkte deutscher bi- und multilateraler entwicklungspolitischer Zusammenarbeit mit diesen Ländern.

Die gezielt aufgestockten Fördermittel für Programme der Tropenwalderhaltung und Forstentwicklung belaufen sich jährlich auf über 300 Millionen DM. Nach Angaben der Welternährungsorganisation FAO ist Deutschland mit 15% der international für Tropenwalderhaltung bereitgestellten Mittel wichtigster bilateraler Geber für diesen Zweck.

Damit wird auch deutlich, daß wir uns, nachdem wir die Hausaufgaben gemacht haben, intensiv um die **internationale Abstimmung** kümmern müssen, sei es im Bereich der G 7, sei es im EG-Bereich, sei es im Bereich der internationalen Organisationen. Ich erinnere damit an die Weltbank und an den dafür eingerichteten Fonds, also den GEF-Fonds.

Die Bundesregierung hat ihre Förderstrategie zur Tropenwalderhaltung fortentwickelt. Stärkeres Gewicht wird bei den Vorhaben auf eine bessere Integration von Maßnahmen zur Tropenwalderhaltung, z. B. in die Landnutzungsplanung sowie in die ländliche Regionalentwicklung, gelegt. Alle Entwicklungsvorhaben in Tropenländern werden einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen. Das hat zum Ziel, daß durch die Projekte keine unvertretbaren Waldverluste oder sonstigen Beeinträchtigungen von Waldgebieten verursacht werden.

(D)

Der Förderung der **Tropenwaldforschung** kommt wachsende Bedeutung zu. Die Bundesregierung stellt für diese Forschungsprogramme in der ökologischen Forschung beim Bundesministerium für Forschung und Technologie für die Jahre 1990 bis 1995 insgesamt 30 Millionen DM bereit.

Neben der bilateralen Zusammenarbeit zum Tropenwaldschutz ist die internationale Kooperation von außerordentlicher Bedeutung; ich habe darauf bereits hingewiesen. In der multilateralen Zusammenarbeit zum Tropenwaldschutz konnten im Laufe der letzten Jahre sehr deutliche Fortschritte erzielt werden.

Der Tropenwaldschutz steht regelmäßig auf der Tagesordnung des Weltwirtschaftsgipfels; ich erinnere an Houston 1990 und London 1991. Zu dem dort initiierten Pilotprogramm zur Erhaltung des brasilianischen Regenwaldes sind von deutscher Seite aus bereits die ersten Schritte getan. Es wird jetzt wichtig sein, daß die anderen Partnerländer in diesem Zusammenhang ihre entsprechenden Verpflichtungen eingehen.

Daneben hat die Bundesregierung in zahlreichen internationalen Gremien eine Reihe weiterer Initiativen zur Erhaltung der Tropenwälder ergriffen. Ich erwähne hier z. B.: in der FAO zur Verbesserung der Wirksamkeit des Tropenwaldaktionsprogramms, in der Internationalen Tropenholzorganisation, ITTO, zur nachhaltigen Bewirtschaftung tropischer Naturwälder und zur Beschränkung der Exporte von Tropenholz und Tropenholzprodukten ab dem Jahre 2000

**Parl. Staatssekretär Bernd Schmidbauer**

(A) auf Hölzer, die ausschließlich aus nachhaltig bewirtschafteten Waldgebieten stammen; daneben streben wir in den Vereinten Nationen im Rahmen der Vorbereitung der Konferenz über Umwelt und Entwicklung, UNCED, im Jahr 1992 in Rio die Aufnahme von Verhandlungen über bindende internationale Vereinbarungen in diesem Zusammenhang an.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Schönen Dank, Herr Staatssekretär. — Zu einer Zusatzfrage der Herr Abgeordnete Wallow.

**Hans Wallow** (SPD): Herr Staatssekretär, die einzelnen Pilotprojekte sind sicher ein Anfang, aber doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Flankierung. Dazu gehört meines Erachtens das **Verbot der Einfuhr von Tropenholz** und Edelhölzern, weil die Bedürfnisse der Industrieländer — wir sind auf diesem Gebiet führend, was die Abnahme angeht — erheblich zur Zerstörung der Tropenwälder beitragen. Was plant die Bundesregierung auf diesem Sektor?

**Bernd Schmidbauer,** Parl. Staatssekretär: Ich möchte zuerst zu Ihren Ausführungen, daß die Bundesrepublik Deutschland hier führend ist, darauf hinweisen: Wenn Sie die Tropenholzimporte des Jahres 1986 — dafür gibt es eine gute Statistik — zugrunde legen, zeigt die Statistik, daß z. B. Japan mit 54 % beteiligt ist, die Europäische Gemeinschaft insgesamt mit 12 %, was Rundhölzer anlangt; eine ähnliche Situation besteht bei verarbeiteten Holzprodukten. Daraus wird deutlich, daß wir nicht das Land sind, das am (B) meisten importiert und exportiert.

Trotzdem ist diese Frage natürlich berechtigt. Ich bin kurz darauf eingegangen, daß wir im Rahmen aller **internationalen Vereinbarungen** — ich erwähnte ITTO — darauf drängen müssen, dieses „sustainable development"-Ziel zu erreichen, daß nur noch aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern dieser Holzeinschlag stattfindet und daß dieser unkontrollierte Holzeinschlag eingestellt wird, der zur Zeit dazu führt, daß täglich 500 Quadratkilometer dieses Ökosystems vernichtet werden.

Deshalb laufen unsere Bemühungen auch im Rahmen solcher Pilotprogramme. Ich erinnere an das Pilotprogramm zur Erhaltung des brasilianischen Regenwaldes im Rahmen des Pilotprogramms der Weltbankmittel. Wir müssen versuchen, bis zum Jahre 2000 zu erreichen, daß dieser unkoordinierte Holzeinschlag aufhört und der Raubbau an diesem wichtigen Ökosystem beendet wird.

**Hans Wallow** (SPD): Aber an die **Einschränkung der Einfuhren von Tropenholz** denken Sie nicht?

**Bernd Schmidbauer,** Parl. Staatssekretär: Wir denken daran, daß wir gemeinsam das Ziel — ich habe es formuliert — im Lauf dieser Jahre erreichen, daß es zu diesen Einfuhren nicht mehr in diesem Ausmaß und vor allen Dingen nicht in dieser Weise kommt.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Ich frage zunächst, bevor ich Ihnen wieder das Wort gebe, ob es weitere Fragesteller zu diesem Themenkomplex gibt. — Das ist nicht der Fall. Bitte schön.

(C) **Hans Wallow** (SPD): Ich darf noch bei der **Flankierung** bleiben. Dazu gehört nicht nur, daß wir die Bedürfnisse etwas regulieren, sondern auch, daß wir investitionspolitische Instrumente einsetzen, beispielsweise Flankierung bei der Schuldenpolitik, der Handelspolitik und den Investitionsvorhaben. Um es noch einmal zuzuspitzen: Auf mich macht es bis jetzt den Eindruck, als sei das eine Ressortpolitik des Umweltministers, ein Hobby des Bundeskanzlers und des Entwicklungsministeriums, aber daß dahinter keinesfalls eine **ressortübergreifende Strategie** steht.

**Bernd Schmidbauer,** Parl. Staatssekretär: Dieser Eindruck täuscht. Denn in der Tat — und da haben Sie völlig recht — geht es nicht um Einzelressorts, sondern um eine abgestimmte, **koordinierte Politik,** die übrigens den nationalen, den EG-weiten und den internationalen Bereich umfassen muß und bei der daneben alle beteiligten Ressorts gefordert sind. Das geht von der Wirtschafts- bis zur Umweltpolitik. Das genau war auch das Thema, und in dem Ansatz sind auch die Bemühungen des Bundeskanzlers im Rahmen seines Vorsitzes innerhalb der G 7 ab Januar zu sehen, noch einmal verstärkt — nach London und Houston — darauf hinzuweisen, daß dies nur mit einer gemeinsamen Politik möglich ist. Die Stellungnahme der lateinamerikanischen Präsidenten gestern macht deutlich, wie sensibel dieser Bereich ist.

Deshalb stimme ich Ihnen zu, daß dies koordiniert stattfinden muß. Genau das hat die Bundesregierung gemacht. Sie bringt es zum Ausdruck auch im Rahmen dieses Berichts und in den Anhängen, wo sehr konkret die Maßnahmen des BMZ und des BMFT noch einmal aufgelistet und auch die Beiträge des (D) BMU aufgeführt sind.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Noch eine Frage.

**Hans Wallow** (SPD): Welche Erfolge haben Sie bei der **internationalen Integration,** die Japaner und die Amerikaner an der Finanzierung der Pilotprojekte zu beteiligen?

**Bernd Schmidbauer,** Parl. Staatssekretär: Ich habe darauf hingewiesen, daß wir unseren Beitrag im Rahmen der G 7 und der GEF zur Verfügung gestellt haben und daß es im Augenblick darum geht, daß die anderen Betroffenen, nämlich die Mitglieder der G 7 und anderer Gremien, ihre Beiträge bereitstellen müssen, weil wir eine weitere Verzögerung so nicht mehr hinnehmen können. Dies sind gerade die Bemühungen, die laufen. Es krankt nicht an unseren Beiträgen, sondern daran, daß hier gemeinsam die Verantwortung, insbesondere der Industrieländer, nicht erkannt wird.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Ich frage erst noch einmal: Gibt es von anderen Fragestellern hierzu Fragen? — Das ist nicht der Fall. Sie können noch eine Frage stellen.

**Hans Wallow** (SPD): Eine letzte Frage: Nach Satellitenfotos hat sich die Situation in den Tropenwäldern verschlechtert. Die Brände und die Rodungen haben ausweislich der Satellitenfotos zugenommen. Welche Informationen liegen Ihnen vor, wie sich die **Situation 1990, 1991** entwickelt hat?

(A)

**Bernd Schmidbauer,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich gehe davon aus, daß die Zerstörung in gleichem Ausmaß weitergeht, und daß wir nicht feststellen können, daß sich die Situation global verbessert hat. Es gibt andere Meldungen, die, auf Satellitenaufnahmen gestützt, für Brasilien von einem Rückgang sprechen. Das meint auch Staatssekretär Lutzenberger, der bei dem Besuch des Bundeskanzlers darauf hingewiesen hat, daß hier eine Situationsverbesserung eingetreten ist. Global wird von der FAO und von der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages festgestellt, daß die **Rodungsraten weltweit gestiegen** sind. Die letzte Zahl war, wenn ich auf der sicheren Seite bleiben will: etwa 160 000 Quadratkilometer pro Jahr mit Tendenz nach oben. Daran wird sich nicht rütteln lassen, es mag aber sein — dies muß bei weiterer Auswertung der Satellitenaufnahmen beobachtet werden —, daß es in einzelnen Regionen in der Tat zu einem leichten Rückgang kommen wird. Das setze ich auch für **Brasilien** voraus. Dort scheinen einige Maßnahmen gegriffen zu haben. Inwieweit dies heute quantifizierbar ist, kann ich nicht sagen. Ich kenne die Zahlen der brasilianischen Regierung, die dem Bundeskanzler auch bei seinem Gespräch mit Präsident Collor vorgetragen wurden, nicht.

(Hans Wallow [SPD]: Es gibt neueste Satellitenaufnahmen dazu!)

— Die neuesten sind immer ein Jahr später ausgewertet.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Vielen Dank, Herr Staatssekretär Schmidbauer.

(B)

Da keine Fragen mehr zum ersten Komplex sind, komme ich zum zweiten, nämlich der **Förderung der Einstellung und Beschäftigung Schwerbehinderter im öffentlichen Dienst.** Dazu stellt der Abgeordnete Heyenn die erste Frage.

**Günther Heyenn** (SPD): Ich dachte, Frau Präsidentin, es gebe zunächst einen Bericht der Bundesregierung.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Nach unseren Verfahrensregeln gibt es einen Bericht nur zum ersten Thema. Aber wenn Sie eine Einführung brauchen, kann eine zwei Minuten lange gegeben werden. Wünschen Sie eine Einführung?

**Günther Heyenn** (SPD): Nein. Ich bitte um Nachsicht, daß ich mit dem Verfahren nicht so sehr vertraut war.

Herr Bundesarbeitsminister, die uns vorliegende Unterrichtung über die Beschäftigungsquote Schwerbehinderter bei den Bundesdienststellen weist keinen Abbau, aber auch keine positive Veränderung aus. Nun frage ich Sie auch angesichts der drastisch zunehmenden hohen Arbeitslosigkeit Schwerbehinderter in den neuen Ländern: Haben Sie in der Bundesregierung darüber diskutiert — wenn nicht, warum nicht —, ob man mit einer **Erhöhung der Ausgleichsabgabe** dem Problem begegnen kann, ob man mit der Streichung oder der wesentlichen **Verringerung von Ausnahmeregelungen** operieren kann, ob man mit den **Pflichtsätzen** in Höhe von 6 v. H. im öffentlichen Dienst operieren kann und ob man gegebenenfalls eine Erhöhung erwägen kann?

(C)

**Dr. Norbert Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Abgeordneter Heyenn, wir haben sehr ausführlich die Lage der Behinderten besprochen. Sie sehen: Obwohl wir im Zusammenhang mit dem Einigungsvertrag die Abgabe erhöht haben, ist die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten nicht wesentlich zurückgegangen. Wir haben zunächst sehr ausführlich auch darüber diskutiert, daß der **öffentliche Dienst** eine **Vorbildfunktion** hat. Wir können schlecht Appelle an die private Wirtschaft richten, wenn wir nicht selber vorbildlich die Beschäftigungsquote erfüllen.

Von allen öffentlichen Arbeitgebern handelt der Bund am besten. Von den Ländern haben gerade zwei Länder die Beschäftigungsquote erfüllt. Dennoch ist überhaupt kein Grund, sich auf irgendwelchen Lorbeeren auszuruhen. Sie haben zu Recht die Lage der Behinderten **in den neuen Bundesländern** geschildert. Deshalb haben wir heute ein Bündel von Maßnahmen in bezug auf die Beschäftigung von Schwerbehinderten im Bund beschlossen, die in unserer Verantwortung stehen und die dieser Entwicklung entgegenwirken sollen. Wenn Sie daran interessiert sind, Frau Präsidentin, dann würde ich gerne in meinen Bericht aufnehmen, welche Maßnahmen wir beschlossen haben.

Da die Kampagne, wie immer, im Bewußtsein beginnen muß, haben wir zunächst beschlossen, daß **Aufklärung** zu betreiben ist, und zwar — erstens — über die Hilfsmöglichkeiten für Schwerbehinderte, ihre Einsatzfähigkeit und — zweitens — indem wir in der Bundesakademie für öffentliche Verwaltung bei **Fortbildungsveranstaltungen** für Personalreferenten ganz besonderen Wert auf die Möglichkeiten der Beschäftigung von Schwerbehinderten legen.

(D)

Wir haben ferner beschlossen, daß die Bundesressorts, wenn Stellen zu besetzen sind, zunächst bei den Arbeitsämtern nachfragen sollen, ob sich für solche Arbeitsplätze ein Schwerbehinderter unter den Arbeitslosen befindet, und daß bei den nachgeordneten Dienststellen — das ist ein besonderes Problem — dann, wenn der Schwerbehindertenobmann bei der Besetzung eines Arbeitsplatzes mit einem Nichtbehinderten Einspruch erhebt, die Entscheidung an die nächsthöhere Dienststelle gegeben wird.

Wir haben auch geprüft — darauf möchte ich aufmerksam machen, weil ich das für ganz wichtig halte —, welche **beamtenrechtlichen Laufbahnbestimmungen** der Einstellung von Schwerbehinderten eher im Wege stehen, als daß sie sie fördern. Die beamtenrechtliche Eignung ist nach unserer Auffassung bei Behinderten im allgemeinen auch dann gegeben, wenn der Behinderte nicht alle Dienstposten der betreffenden Laufbahn wahrnehmen kann — das konnte ja ein Ausschlußgrund sein —.

Für mindestens ebenso wichtig halte ich es, daß schwerbehinderte Bewerber auch dann als Beamte eingestellt werden können, wenn bei der Begutachtung durch den ärztlichen Dienst nicht ausgeschlossen werden kann, daß sie vorzeitig dienstunfähig werden. Jedermann wird verstehen, daß dies bei Behinderten anders zu beurteilen ist.

Wir wollen insgesamt, daß die Bundesressorts **Fürsorgeerlasse** für Schwerbehinderte aufstellen. Wir

**Bundesminister Dr. Norbert Blüm**

(A) richten unser Augenmerk auch darauf, daß die **baulichen Einrichtungen** des Bundes behindertengerecht sind.

Ich muß hinzufügen, daß die Gefahr des Sinkens der Beschäftigungsquote auch im Bund wohl nicht zuletzt auch dadurch gegeben ist, daß die Beschäftigungsquote in den nachgeordneten Dienststellen, insbesondere **in den neuen Bundesländern**, niedriger ist, wodurch die Gesamtquote sinkt.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen: Die Deutsche Reichsbahn hatte eine Behindertenquote von nur 4,1 %, während die Bundesbahn eine Behindertenquote von 4,7 % hat. Auch das ist noch nicht im Sinne des Zieles, aber selbst diese Quote wird durch die geringere Quote bei der Deutschen Reichsbahn gedrückt.

Herr Abgeordneter, wir werden Ihnen im Bericht über die Erfüllung der Beschäftigungspflicht bei den Bundesdienststellen die genauen Zahlen liefern. Wir haben derzeit einige Schwierigkeiten, die Daten zu erfassen, was sich dadurch erklärt, daß gerade die Behörden in den neuen Bundesländern in der Phase des großen Umbruchs natürlich nicht in erster Linie statistische Aufgaben erfüllen. Aber es bleibt unser gemeinsames Ziel, das sicher auch von Ihnen unterstützt wird, daß der Bund als öffentlicher Arbeitgeber, dort wo wir Verantwortung haben, mit gutem Beispiel vorangehen muß. Ich halte das für ganz wichtig.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Zusatzfrage.

(B) **Günther Heyenn** (SPD): Der öffentliche Arbeitgeber erfüllt die Quote insgesamt nicht; wenn ich es richtig sehe, liegt er knapp darunter.

(Bundesminister Dr. Norbert Blüm: Das ist ganz unterschiedlich!)

— Ich meine das generell.

Wenn man neue Maßnahmen beschließt, dann hat man ja eine **Prognose** über das Ergebnis auf dem Schreibtisch oder in der Tasche. Welche Ergebnisse erwarten Sie von den Maßnahmen, die die Bundesregierung in bezug auf die Erfüllung der Pflichtquote im öffentlichen Dienst insgesamt diskutiert und beschlossen hat?

**Dr. Norbert Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Herr Abgeordneter, diese Maßnahmen betreffen zunächst natürlich nur unseren Verantwortungsbereich, also den des Bundes einschließlich der nachgeordneten Behörden. Mit diesen Maßnahmen steuern wir kräftig gegen die Gefahr des Sinkens der Beschäftigtenquote.

Sicherlich sind die Verhältnisse in den einzelnen Ressorts unterschiedlich, was man sehr wohl berücksichtigen muß. Dennoch sind alle aufgerufen, ihren Beschäftigtenanteil zu verbessern. Ich gehe davon aus, daß die Maßnahmen dabei helfen werden. Der **Bundeskanzler** hat ausdrücklich darauf hingewiesen, daß wir es nicht bei einer einmaligen Diskussion bewenden lassen, sondern daß wir in einem zeitlichen Abstand die Diskussion darüber führen, wie die einzelnen Ressorts ihrer Pflicht nachgekommen sind.

(C) Wie Sie wissen, liegt das Hauptproblem allerdings bei **Ländern und Kommunen.** Es gibt vier Länder, die in ihrer Beschäftigungsquote unter 4 % liegen, und nur zwei Länder, die sie erfüllen. Was die Kommunen anbelangt, sind wir fast ohne jedes Datenmaterial. Deshalb werden wir die Bundesanstalt für Arbeit auffordern, uns das entsprechende Material aus den Kommunen zu besorgen. Sie werden verstehen, daß ich Ihnen jetzt keine Prozentzahlen angeben kann. Aber es handelt sich um Maßnahmen gegen den Trend des Absinkens.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Frau Kolbe.

**Regina Kolbe** (SPD): Herr Minister, Sie sagten, der Bund erfülle insgesamt die Aufgaben bei der Beschäftigung Schwerbehinderter. Das **BMI** tut es aber nicht. Gerade bei diesem Ministerium halte ich das für sehr bedenklich. Wie wollen Sie Ihre Ziele durchsetzen, wenn dort die Mindestbeschäftigungszahl nicht erfüllt wird? Es gibt aber auch andere Ministerien, die so verfahren; und die Länder haben Sie ja schon erwähnt.

Nun zu meiner Frage: Wann wird die Bundesregierung **Auskunft über die Erfüllung der Beschäftigungspflicht** für die in den Zuständigkeitsbereich fallenen Dienststellen in den neuen Ländern geben können? Wird der Verpflichtung des § 6 Abs. 1 Ziffer 2 des Schwerbehindertengesetzes nachgekommen, wonach in angemessenem Umfang Schwerbehinderte zu beschäftigen sind, die das 50. Lebensjahr vollendet haben? Das ist eine wichtige Frage, weil gerade den Schwerbehinderten in den neuen Ländern massiv gekündigt wird und weil ein Arbeitnehmer in diesem (D) Alter generell kaum noch einen Arbeitsplatz findet.

**Dr. Norbert Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Frau Abgeordnete, das **Bundesinnenministerium** erfüllt die Quote mit 7,4 %. Sie haben allerdings recht, daß sich das Verhältnis verschlechtert, wenn man die nachgeordneten Dienststellen berücksichtigt, wobei ich darauf aufmerksam mache, daß natürlich die besonderen Bedingungen des Bundesgrenzschutzes und anderer Polizeieinheiten die Chancen anders bewerten lassen, als es in anderen Behörden der Fall ist. Um exakt auf Ihre Frage zu antworten: Das BMI erfüllt mit 7,4 % die Beschäftigtenquote.

Zur zweiten Frage: In der Tat gilt unser Augenmerk der Lage der Behinderten **in den neuen Bundesländern.** Ich halte es für die größte Aufgabe, daß die Länder die Hauptfürsorgestellen in die Lage versetzen, ihre Schutzfunktion zu erfüllen. Wir können auch an anderer Stelle feststellen, daß wir mit den jetzigen Ergebnissen nicht zufrieden sein können. Das beginnt bei der Frage der Schwerbehindertenausweise und ihrer Ausstellung; das geht ins Kriegsopferrecht hinein. Ihnen sind die Probleme bekannt. Sie sollten gemeinsam mit uns dazu beitragen, daß die Sozialverwaltung in den neuen Bundesländern gerade im Bereich der Hauptfürsorgestellen zügig ausgebaut wird.

Zu den Daten: Wir bemühen uns um die **Daten;** ich habe auf die Schwierigkeiten hingewiesen. Wir werden den Beschäftigungsbericht vorlegen. Die Schwie-

**Bundesminister Dr. Norbert Blüm**

(A) rigkeiten basieren objektiv darauf, daß in dieser Phase des Umbruchs die Behörden gerade im Aufbau waren. Es handelt sich zunächst um das Jahr 1990, über das wir berichten; es sind also die letzten drei Monate, in denen die gemeinsame Verantwortung ganz Deutschlands für dieses Thema gegeben ist.

Ich habe Verständnis dafür, wenn Sie sagen: Bevor wir statistische Aufgaben erfüllen, sehen wir erst einmal zu, daß wir die Schwerbehindertenausweise ausgeben und daß wir die Kriegsopferrenten auszahlen. Das halte auch ich in der Tat für dringlicher als das statistische Material. Dennoch können wir den Umständen entsprechend nicht handeln, wenn wir kein verbessertes Material bekommen.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Zusatzfrage, Frau Kolbe.

**Regina Kolbe** (SPD): Sie erwähnten soeben das Ausstellen der Behindertenausweise. Ich bin schwerbehindert; ich warte sei März auf Ausstellung dieses **Ausweises.** Ich bin leider Gottes kein Einzelfall; Sie sagten das.

Meine Frage ist konkret: Inwieweit wird die Bundesregierung noch einmal **Personal in die neuen Länder** schicken, um diesen Mißstand abzubauen? Denn es geht bei der Anerkennung als Schwerbehinderter z. B. auch um den Kündigungsschutz, der für denjenigen, wenn er als Schwerbehinderter nicht anerkannt wird, praktisch nicht zum Tragen kommt. Es gibt dabei viele Probleme. Es ist für mich ein nicht hinnehmbarer Zustand, daß jetzt, im Dezember, nach wie vor Zigtausende Anträge in den Versorgungsämtern un-

(B) bearbeitet liegen.

**Dr. Norbert Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Ich teile voll, Frau Abgeordnete, Ihre Kritik. Das wird auch Gegenstand der Besprechung der Ministerpräsidenten bei dem Herrn Bundeskanzler heute nachmittag sein. Ich halte es wie Sie für völlig unbefriedigend, daß beispielsweise von den 280 000 **Anträgen auf Kriegsopferrente** erst genau 80 000 beschieden sind.

Was den **Schwerbehindertenausweis** anbelangt, so haben wir für die Verlängerung des alten Ausweises gesorgt. Unsere Hilfe und auch die Hilfe der westlichen Partnerländer sollen zur Verfügung stehen. Insofern wende ich mich gemeinsam mit Ihnen an die neuen Bundesländer und die Ministerpräsidenten.

Ich teile Ihre Ansicht: Was nützt eigentlich die beste Kriegsopferversorgung, wenn die Anträge nur schleppend beschieden werden? Wir haben das Gesetz seit 1. Januar. Daß erst 80 000 von 280 000 Anträgen beschieden sind, ist völlig unbefriedigend.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Herr Abgeordneter Schemken.

**Heinz Schemken** (CDU/CSU): Herr Bundesminister, wir sprechen die ganze Zeit über den öffentlichen Dienst, der in der Bundesrepublik Deutschland knapp 4 Millionen Beschäftigte umfaßt. Wie sieht es in der **Wirtschaft** aus? Reichen die Instrumente aus? Wie kann man die Wirtschaft motivieren, um dem Anliegen Rechnung zu tragen, mehr Behinderte einzustel-

(C) len? Das ist sicher ein anderer Integrationsprozeß, der nicht allein von der öffentlichen Hand bewältigt werden kann.

**Dr. Norbert Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen beträgt 11,9 % — das ist die Zahl der schwerbehinderten Arbeitslosen aus dem Westen —, die der nichtbehinderten Arbeitslosen 5,4 %. Aus diesen beiden Zahlen ergibt sich die ganze Diskrepanz. Es ist auch keine Beruhigung — jedenfalls nicht für mich —, daß die Zahl der arbeitslosen Behinderten insgesamt zurückgegangen ist. Wir hatten einmal 143 000 und haben jetzt 115 000.

Das **größte Ärgernis** ist, daß es eine große Zahl von Arbeitgebern gibt, die ihre Pflichtquote entweder überhaupt nicht oder nicht ausreichend erfüllen. Wir haben hier im Westen — die Zahlen für die neuen Bundesländer habe ich noch nicht — 135 100 Arbeitgeber, die verpflichtet sind, die Quote von 6 % zu erfüllen. 100 400 — das sind 74 % aller Arbeitgeber — erfüllen ihre Beschäftigungspflicht nicht oder nicht genügend. Das sind drei Viertel. 17 % der Arbeitgeber erfüllen sie, und zwar mit 26 % aller Arbeitsplätze. Unter diesen 17 % wird also eine große Zahl von Arbeitgebern sein, die mehr Schwerbehinderte beschäftigen, als der Pflichtquote entspricht. Aber die Zahl, die zum Ärgern Anlaß gibt, ist, daß drei Viertel aller Arbeitgeber ihre Beschäftigungspflicht nicht erfüllen und sie abgelten. Aber die **Ausgleichsabgabe** ist nicht die Lösung. Beschäftigung kann durch nichts ersetzt werden, wiewohl dieses Geld auch dazu verwendet wird, Arbeitsplätze so auszustatten, daß Behinderte an ihnen arbeiten können. (D)

Ich komme wieder zu dem Thema zurück, mit dem sich das Bundeskabinett heute beschäftigt hat. Wer Beschwerden gegenüber den privaten Arbeitgebern vorträgt, ist um so glaubwürdiger, je vorbildlicher er selber handelt. Deshalb haben wir den Ehrgeiz, daß der Bund seine Pflicht zur Beschäftigung Behinderter erfüllt.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Eine Zusatzfrage.

**Heinz Schemken** (CDU/CSU): Herr Minister, könnten Sie sich vorstellen, daß die private Wirtschaft möglicherweise nicht genügend über die Hilfen informiert ist, die auch in bezug auf die Ausstattung von Arbeitsplätzen geleistet werden, und daß wir das diesen Unternehmen vielleicht noch einmal über eine Werbekampagne vortragen?

**Dr. Norbert Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Wir versuchen das, die Bundesanstalt für Arbeit versucht es, und die Hauptfürsorgestellen versuchen es. Ich teile Ihre Einschätzung, daß an vielen Stellen gar nicht bekannt ist, daß bei der Beschäftigung von Schwerbehinderten Lohnkostenzuschüsse bis zu 80 % auf drei Jahre gewährt werden und daß Sachmittel für die Beschäftigung von Schwerbehinderten aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe finanziert werden.

Wie Sie, Herr Abgeordneter, glaube ich, daß viele Arbeitsplätze, die früher für einen Behinderten gar nicht zugänglich waren, heute behindertengerecht

**Bundesminister Dr. Norbert Blüm**

(A) hergerichtet werden können. Die moderne Technologie bietet sehr viele Möglichkeiten zur Ausstattung eines **behindertengerechten Arbeitsplatzes.** Deshalb geht mein Appell an die Ingenieurwissenschaft, das humanitäre Gesicht der Technologie stärker zu betonen, damit Menschen, die ohne diese technologischen Hilfen sonst nicht beschäftigt werden könnten, eine Chance zur Arbeit bekommen.

Ich teile Ihre Ansicht, daß wir gemeinsam dafür mehr werben müssen.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Es folgt die letzte Frage hierzu von Frau Mascher. Danach gibt es noch zwei freie Fragen.

**Ulrike Mascher** (SPD): Herr Bundesminister, halten Sie es für redlich, von einem Rückgang der Zahl arbeitsloser Schwerbehinderter zu sprechen, obwohl die Zahlen aus den fünf neuen Bundesländern noch gar nicht vorliegen?

**Dr. Norbert Blüm,** Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Frau Mascher, ich wollte diese Zahlen nicht vortragen, um irgendwie beruhigend zu wirken. Denn ich habe zu Beginn darauf hingewiesen, daß die Arbeitslosenquote bei den Schwerbehinderten doppelt so hoch ist wie die bei den Nichtbehinderten. Insofern dürfen Sie meine Angaben überhaupt nicht als Angaben verstehen, die in irgendeiner Weise beruhigend wirken sollen.

Ich sehe die Diskrepanz zwischen den schwerbehinderten Arbeitslosen und den nichtbehinderten Arbeitslosen. Ich sehe, daß es die Behinderten schwer

(B) haben, Arbeit zu finden. Keine soziale Unterstützung kann das Recht auf Arbeit wettmachen.

Die Zahlen aus den Beitrittsländern kann ich Ihnen aus den genannten Gründen nicht vorlegen.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Wir kommen zu den freien Fragen. Als erster hat Herr Beucher das Wort.

**Friedhelm Julius Beucher** (SPD): Ich frage die Bundesregierung, wer die Verantwortung für die bzw. die **Koordination der Geheimdienste** übernimmt, nachdem Herr Stavenhagen zurückgetreten ist. Das auch optische Vordringen von Herrn Bohl zur Kenntnis nehmend, sage ich Ihnen, daß ja der Zeitung zu entnehmen war, daß Herr Bohl diese Aufgabe kommissarisch übernehmen will. Ich frage deshalb, ob die Bundesregierung mit mir der Meinung ist, daß es sich hier um einen derart sensiblen Bereich handelt, daß er beim besten Willen nicht kommissarisch wahrzunehmen ist.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Herr Minister Bohl.

**Friedrich Bohl,** Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes: Herr Abgeordneter, ich bin natürlich für Presseberichte und Presseinterpretationen nicht verantwortlich. Die Rechtslage ist so, daß der Chef des Bundeskanzleramtes für den Bundesnachrichtendienst zuständig ist und daß nach dem Organisationserlaß von 1989 der zuständige Staatsminister — sprich: Parlamentarische Staatssekretär mit dem Titel Staatsminister — diesen

(C) Zuständigkeitsbereich in Unterstützung der Arbeit des Chefs des Bundeskanzleramtes mit übernimmt. Nachdem Herr Staatsminister Stavenhagen zurückgetreten ist, ist sozusagen die unmittelbare Zuständigkeit gegeben. Insofern ist keine kommissarische Beauftragung notwendig gewesen; die Zuständigkeit ergibt sich vielmehr auf Grund der Sach- und Rechtslage.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Eine Zusatzfrage.

**Friedhelm Julius Beucher** (SPD): Heißt das, daß Sie nicht wieder eine Person damit beauftragen wollen, wie Sie es im Falle von Staatsminister Stavenhagen getan haben?

**Friedrich Bohl,** Bundesminister für besondere Aufgaben und Chef des Bundeskanzleramtes: Herr Abgeordneter, das ist eine Entscheidung des Herrn Bundeskanzlers, die von diesem zu gegebener Zeit getroffen werden wird.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Die letzte Frage, Herr Abgeordneter von Larcher.

**Detlev von Larcher** (SPD): Die **Konzertierte Aktion** im **Gesundheitswesen** hat gestern für alle offenbar gemacht, daß ein wichtiges Ziel des Gesundheits-Reformgesetzes, nämlich eine wirksame Kostendämpfung, verfehlt worden ist. Insbesondere im Bereich des Krankenhauswesens, aber auch im Bereich der niedergelassenen Ärzte und Zahnärzte sind die Kostensteigerungen immens. Ich frage die Bundesregierung: Welche konkreten Maßnahmen wird sie wann durch- (D) führen, um dieser immensen Kostensteigerung entgegenzuwirken?

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Frau Staatssekretärin Bergmann-Pohl.

**Dr. Sabine Bergmann-Pohl,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit: Herr Abgeordneter, im Gegensatz zu Ihnen mußte ich gestern feststellen, daß es nicht die übereinstimmende Meinung der Konzertierten Aktion war, daß das Gesundheits-Reformgesetz gescheitert sei. In der Tat ist darüber diskutiert worden, daß für die Krankenkassen eine Kostenentwicklung entstanden ist, die die im Gesundheits-Reformgesetz festgelegte **Beitragssatzstabilität** in Frage stellt. Darüber hinaus waren sich aber die meisten Beteiligten an der Konzertierten Aktion einig, daß Beitragssatzstabilität auch weiterhin das Ziel der Bestrebungen sein soll.

Sie wissen, daß wir Koalitionsarbeitsgruppen gebildet haben, die sich über entsprechende Maßnahmen der Weiterführung des Gesundheits-Reformgesetzes Gedanken machen. Diese werden zügig umgesetzt werden.

**Präsidentin Dr. Rita Süssmuth:** Eine letzte Zusatzfrage.

**Detlev von Larcher** (SPD): Halten Sie das für eine Antwort auf die Frage nach konkreten Maßnahmen, oder ist die Bundesregierung momentan nicht in der Lage, konkret zu antworten?

(A)

**Dr. Sabine Bergmann-Pohl,** Parl. Staatssekretärin bei der Bundesministerin für Gesundheit: Herr Abgeordneter, Sie haben in der Verfolgung der Konzertierten Aktion und des Sachverständigengutachtens sicherlich festgestellt, daß dort mehrere Maßnahmen zur **Kostendämpfung** aufgezeigt wurden. Da dieses Gutachten erst seit einer Woche vorliegt, wird die Bundesregierung sich ihrer Verantwortung bewußt diese Vorschläge prüfen und sie entsprechend umsetzen.

(Vorsitz: Vizepräsident Helmuth Becker)

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, die für die Befragung der Bundesregierung vorgesehene Zeit ist abgelaufen. Ich beende die Befragung.

Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

**Fragestunde**

— Drucksachen 12/1684, 12/1697 —

Zur Fragestunde liegt uns zunächst eine Dringliche Frage des Abgeordneten Claus Jäger auf der Drucksache 12/1697 aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen vor. In der Zwischenzeit hat der Kollege Jäger um schriftliche Beantwortung seiner Frage gebeten. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Wir kommen dann zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, zu den Fragen 3 und 4 des Abgeordneten Dr. Immo Lieberoth. Auch er hat um schriftliche Beantwortung seiner Fragen gebeten. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

(B)

Somit kommen wir zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Zur Beantwortung der Fragen steht uns der Parlamentarische Staatssekretär Jürgen Echternach zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 5 des Abgeordneten Wolfgang Meckelburg auf:

Mit welchem Maßnahmenpaket gedenkt die Bundesregierung auf das nach Informationen der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Nichtseßhaftenhilfe verstärkt auftauchende Problem der Obdachlosigkeit zu reagieren, wonach mehrere zehntausend obdachlose Menschen in Deutschland die kommenden Wintermonate auf der Straße überstehen müssen?

Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

**Jürgen Echternach,** Parl. Staatssekretär bei der Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau: Herr Kollege Meckelburg, das Problem der **Obdachlosigkeit** hat dieses Hohe Haus, aber auch die Bundesregierung wiederholt beschäftigt. In der vergangenen Legislaturperiode haben sich die zuständigen Ausschüsse ausgiebig damit befaßt. Der federführende Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat am 6. März 1990 empfohlen, u. a. folgendes zu beschließen — ich zitiere aus der entsprechenden Drucksache —:

Der Deutsche Bundestag beobachtet mit Sorge die Anspannung des Wohnungsmarktes in einzelnen Ballungsgebieten und Regionen. Dies verschärft insbesondere die Wohnsituation einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen und vergrößert die Schwierigkeiten sozial schwervermittelbarer Gruppen, sich angemessen mit Wohnraum zu versorgen.

(C)

Soweit in diesem Zusammenhang Fälle von Obdachlosigkeit auftreten, liegt es nach unserer verfassungsgemäßen Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in der Verantwortung der dafür zuständigen Gemeinden, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Die Beseitigung von Obdachlosigkeit haben die Kommunen stets als originäre Aufgaben verstanden. Dazu steht ein bewährtes Instrumentarium zur Verfügung, ergänzt durch Hilfen freier Träger. Eine direkte Einwirkungsmöglichkeit des Bundes besteht hierbei nicht.

Der Bund leistet aber einen entscheidenden Beitrag zur Entspannung der aktuellen Probleme durch seine Hilfen zur Erhöhung des Wohnungsangebots insgesamt. Ein allgemein ausgeweiteter und damit entspannterer Wohnungsmarkt kommt allen Wohnungssuchenden zugute und verbessert auch die Unterbringungsmöglichkeiten für sozial schwächere Gruppen.

Das Plenum des Deutschen Bundestages hat über diese Empfehlung wegen Ablaufs der Legislaturperiode nicht mehr Beschluß gefaßt.

Die Bundesregierung teilt die in der zitierten Beschlußempfehlung zum Ausdruck kommende Auffassung. Sie wird sich weiter mit ihren Möglichkeiten mit Nachdruck darum bemühen, das Wohnungsangebot allgemein rasch auszuweiten. Sie sieht darin einen entscheidenden Beitrag zur Verbesserung der Wohnversorgung auch von Obdachlosen.

(D)

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine Zusatzfrage, Herr Kollege Meckelburg.

**Wolfgang Meckelburg** (CDU/CSU): Wohl wissend, daß dies vorrangig eine kommunale Aufgabe ist, würde ich gerne fragen, welche Stellungnahme die Bundesregierung zu der Position der Katholischen Bundesarbeitsgemeinschaft Nichtseßhaftenhilfe gibt, die u. a. kritisiert hat, daß die Wohnungsbauprogramme des Bundes ausschließlich auf den Mittelstand ausgerichtet sind und Notbetroffene außer acht lassen.

**Jürgen Echternach,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich weiß nicht, von welchem Zeitpunkt diese Stellungnahme datiert.

(Wolfgang Meckelburg [CDU/CSU]: 13. November!)

Ich verweise darauf, daß die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag — dieser erst in der letzten Woche — beschlossen haben, die Mittel für den **sozialen Wohnungsbau** deutlich anzuheben und insofern den Ländern das Angebot zu machen, ihre Programme deutlich zu steigern. Darüber hinaus haben wir ein **Sonderprogramm** für die nächsten drei Jahre für den öffentlich geförderten Wohnungsbau in **Ballungsräumen** vorgesehen, ferner auch eine Verbesserung des Wohngeldes, so daß ich glaube, daß diese Kritik ungerechtfertigt ist.

(A)

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Keine weitere Zusatzfrage.

Die Frage 6 des Abgeordneten Dr. Klaus-Dieter Feige soll schriftlich beantwortet werden. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär, daß Sie hier waren.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft. Die Frage 8 des Abgeordneten Ludwig Stiegler soll ebenfalls schriftlich beantwortet werden. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Dann kann ich den Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz aufrufen. Zur Beantwortung der gestellten Fragen steht uns der Parlamentarische Staatssekretär Rainer Funke zur Verfügung.

Die Frage 26 der Frau Abgeordneten Sigrun Klemmer soll schriftlich beantwortet werden. Die Antwort wird als Anlage abgedruckt.

Ich rufe die Frage 27 des Abgeordneten Dr. Hans-Hinrich Knaape auf:

> Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des Grundsatzes „Rückgabe vor Entschädigung"?

Bitte, Herr Staatssekretär.

**Rainer Funke,** Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz: Herr Kollege, nach Auffassung der Bundesregierung gehört der Grundsatz **Restitution vor Entschädigung** zu den Grundlagen einer sozial verträglichen Regelung der **offenen Vermögensfragen**, bei der es ja im Kern darum ging, die Interessenlage aller Betroffenen ebenso zu berücksichtigen wie das Gesamtinteresse der Allgemeinheit an einer zügigen wirtschaftlichen Gesundung im Beitrittsgebiet. Daher hat der Restitutionsgrundsatz von Anfang an erhebliche Durchbrechungen erfahren, insbesondere zugunsten derjenigen, die in redlicher Weise Eigentum oder dingliche Nutzungsrechte an enteignetem Vermögen erworben haben, und zur Durchführung investiver Vorhaben im Beitrittsgebiet.

(B)

Der Vorrang von **Investitionen** ist durch das **Hemmnisbeseitigungsgesetz** im Frühjahr dieses Jahres erheblich erweitert worden.

Darüber hinaus kommt dem Restitutionsgrundsatz erhebliche Bedeutung bei der für die wirtschaftliche Gesundung der neuen Länder erforderlichen Wiederherstellung einer tragfähigen Eigentumsstruktur zu.

Die Bundesregierung sieht die verfahrenstechnischen Schwierigkeiten, die mit der Umsetzung des Gesetzes verbunden sind. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um ein spezifisches Problem der offenen Vermögensfragen, sondern um ein allgemeines Problem des Verwaltungsaufbaus in den neuen Bundesländern, die auch für die Durchführung des Vermögensgesetzes zuständig sind. Der Bund und die alten Bundesländer haben insoweit in vielfältiger Weise technische und personelle Hilfe geleistet und leisten diese weiterhin.

Die Bundesregierung sieht auch die Ängste und die allgemeine Beunruhigung unter Eigentümern von Einfamilienhäusern sowie Mietern und Nutzern von Wohnraum in den neuen Bundesländern. Hier spielen erhebliche Informationsdefizite im Hinblick auf den im Vermögensgesetz gewährten Bestandsschutz für redlich erworbene Rechtspositionen eine entscheidende Rolle. Die Bundesregierung ist seit langem und auch weiterhin intensiv bemüht, mit Informationsmaterial und Informationsveranstaltungen die Betroffenen in sachgerechter Weise über die Rechtslage und die relevanten Fakten zu informieren.

(C)

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Keine Zusatzfrage.

Dann rufe ich die Frage 28 des Abgeordneten Dr. Hans-Hinrich Knaape auf:

> Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit den Regelungen des Investitionsgesetzes und des § 3a des Vermögensgesetzes gemacht, mit denen der Grundsatz „Rückgabe vor Entschädigung" teilweise zurückgenommen worden ist, und wie viele Entscheidungen sind inzwischen auf Grund § 3a des Vermögensgesetzes und des Investitionsgesetzes, verteilt auf die Bundesländer, ergangen?

Bitte, Herr Staatssekretär.

**Rainer Funke,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege! Wie viele Verfahren es nach § 3a des Vermögensgesetzes und nach dem **Investitionsgesetz** gibt, wird statistisch nicht erfaßt. Es lassen sich deshalb auch keine genauen Zahlen nennen. Die Bundesregierung geht aber davon aus, daß die **Vorfahrtsregelungen** inzwischen greifen. Allerdings gaben die bislang eingegangenen Informationen kein eindeutiges Bild der Lage. Zum einen wurde ein schlechtes Funktionieren beklagt, zum Teil ein zu forsches Vorgehen. In letzter Zeit gehen Klagen über ein schlechtes Funktionieren nur noch selten ein.

(D)

Dies ist wohl nicht zuletzt die Folge der Veröffentlichung der Empfehlung des Bundesjustizministers zur Anwendung des § 3a des Vermögensgesetzes und des Investitionsgesetzes, in denen die Verfahren anhand von praktischen Beispielen erläutert und zahlreiche Anwendungsfragen behandelt werden. Sie sind in Nr. 33 des „Info-Dienst-Kommunal" des Bundesinnenministeriums und in der Sonderausgabe Oktober 1991 des „Info-Dienst Deutschland" des Bundespresseamtes veröffentlicht worden. Sie haben nach dem Eindruck der Bundesregierung die Bedürfnisse vor Ort getroffen und erleichtern die praktische Arbeit. Von daher erwartet die Bundesregierung eine Steigerung der Zahl der Anwendungsfälle. Mit einem Leitfaden zur Unternehmensrestitution und Skripten zur Schulung der Bediensteten soll noch weiter geholfen werden.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine Zusatzfrage des Abgeordneten Roth, bitte.

**Wolfgang Roth** (SPD): Sie sagten, Sie würden die Fälle nach der Vorfahrtsregelung nicht erfassen; Sie gingen davon aus, daß sie wirksam sei. Darf ich die Frage stellen: Ist das die Erfolgskontrolle, die eine Bundesregierung bei einem neuen Gesetz — das ist ein Gesetz vom April dieses Jahres — vornimmt?

**Rainer Funke,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Roth, Sie wissen genauso gut wie ich, daß es sich hierbei um Länderverwaltungsarbeit handelt. Die Bundesregierung kann natürlich insbesondere auf Grund von Beschwerden sehen, ob § 3a des Vermögensge-

(A) setzes bzw. die Regelungen des Investitionsgesetzes ziehen oder nicht. Es ist eine allgemeine Erfahrung, daß wir uns auf Beschwerden sehr gut beziehen können. Wenn es keine Beschwerden gibt, dann scheinen die Gesetze auch zu funktionieren.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Die Fragen 29 und 30 des Abgeordneten Horst Gibtner sollen schriftlich beantwortet werden. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Wir kommen dann zur Frage 31 der Frau Abgeordneten Renate Jäger:

Wie beurteilt die Bundesregierung ein Jahr nach der Wiedervereinigung den Stand und den noch zu erwartenden Zeitraum der Klärung offener Vermögensfragen in den neuen Bundesländern?

Bitte, Herr Staatssekretär.

**Rainer Funke,** Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, die Durchführung der **Restitutionsverfahren** obliegt nach dem Grundgesetz den neuen Bundesländern als eigene Angelegenheit. Das ergibt sich aus Art. 84 Abs. 1 des Grundgesetzes. Die Bundesregierung hat insoweit gegenüber den Ländern keine Weisungsbefugnis.

Zur Lage bei den Ämtern zur Regelung offener Vermögensfragen im einzelnen habe ich bereits ausführlich schriftlich Stellung genommen. Diese Stellungnahme ist in der Bundestagsdrucksache 12/1448 auf Seite 13 abgedruckt. Die darin getroffenen Aussagen über die von der Bundesregierung angebotenen Maßnahmen gelten weiter. Diese Hilfen sollen fortgeführt und weiter verstärkt werden.

(B) Bei einer notwendigen erheblichen Verstärkung des Personals bei den Ämtern und Landesämtern zur Regelung offener Vermögensfragen könnten die Restitutionsverfahren und die Verfahren zur Aufhebung der staatlichen Verwaltung bei Grundstücken wohl erheblich beschleunigt werden, ohne daß ich wegen der bekannten Schwierigkeiten der Sach- und Rechtslage einen genauen Zeitrahmen setzen kann.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Frau Kollegin Jäger, eine Zusatzfrage.

**Renate Jäger** (SPD): Auch wenn Sie sagen, daß diese Angelegenheit ausschließlich den Ländern obliegt, muß doch gesagt werden, daß das ein Grundsatz der Bundesregierung auch im Einigungsvertrag gewesen ist. Deshalb möchte ich trotzdem noch folgende Frage stellen: Hat die Bundesregierung Anhaltspunkte dafür — wenn ja, welche —, daß die Warnungen aus den Fachkreisen berechtigt waren, bei der Anwendung des Grundsatzes „Rückgabe vor Entschädigung" werde die Regelung offener Vermögensfragen verzögert und damit auch die wirtschaftliche Entwicklung behindert?

**Rainer Funke,** Parl. Staatssekretär: Ich habe vorhin bereits ausgeführt, daß wir diese Gefahr nicht sehen und daß wir auch auf Grund unseres grundgesetzlichen Auftrages davon ausgegangen sind, daß hier zunächst Restitution vor Entschädigung gehen soll.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine Zusatzfrage des Kollegen Wolfgang Roth.

(C) **Wolfgang Roth** (SPD): Herr Staatssekretär, ist es jetzt die Haltung der Bundesregierung, daß sie beim Vollzug der Gesetze durch die Länder nicht mehr überprüft, ob ein Gesetz, das sie selbst eingebracht und im Bundestag durchgesetzt hat, wirksam ist?

**Rainer Funke,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Roth, wir pflegen natürlich die Gesetze auf ihre Wirksamkeit hin zu überprüfen, aber nicht in der Form, wie Sie sich das vielleicht vorstellen. Wir sind ständig im Gespräch mit den Ländern und sehen natürlich, ob der Vollzug des Gesetzes in Ordnung ist oder nicht. Wir haben zur Zeit, zumindest auf Grund der Gespräche, keine Anhaltspunkte dafür, daß es erheblich knirscht. Das, was Sie vorhin erfragt haben, waren genaue statistische Angaben. Diese haben wir darüber nicht. Dazu sind die Länder auch nicht verpflichtet.

(Wolfgang Roth [SPD]: Lesen Sie keine Zeitung?)

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Ich rufe jetzt die Frage 32 der Frau Kollegin Renate Jäger auf:

Wie will die Bundesregierung die Absichtserklärung des Bundeskanzlers bei seinem Besuch im Grundbucharchiv Barby umsetzen, er wolle „sich dafür einsetzen, offene Vermögensfragen im Osten Deutschlands schneller zu klären"?

Bitte, Herr Staatssekretär.

**Rainer Funke,** Parl. Staatssekretär: Der Bundeskanzler hat durch seinen Besuch im **Archiv Barby** gezeigt, welch große Bedeutung er der Regelung offener Vermögensfragen beimißt. Innerhalb der Zuständigkeit der Bundesregierung wird gesetzmäßig und verwaltungsrechtlich alles getan, was zu einer Beschleunigung der Lösung der offenen Vermögensfragen erforderlich ist. (D)

Neben den bekannten Förderungsmaßnahmen hat der Bundeskanzler bei seinem Besuch in Barby zugesagt, zusätzlich zehn Verwaltungsstellen durch geeignete Beamte der Bundeswehrverwaltung zu besetzen. Die Ausschreibungen sind bereits erfolgt; mit einer alsbaldigen Besetzung ist daher zu rechnen.

Darüber hinaus hat der Bundesminister der Justiz außerhalb seiner Zuständigkeit einen Beamten des gehobenen Dienstes auf Grund einer entsprechenden Vereinbarung mit dem Land Sachsen-Anhalt dort eingesetzt.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine Zusatzfrage der Kollegin Jäger, bitte.

**Renate Jäger** (SPD): Können Sie mir sagen, welche Erkenntnisse der Absichtserklärung des Bundeskanzlers damals in Barby zugrunde gelegen haben?

**Rainer Funke,** Parl. Staatssekretär: Ich selbst war bei dem Besuch nicht dabei. Der erhebliche Rückstau an Arbeit hat ihn sicherlich veranlaßt — auf Grund der Schilderungen der Leiterin des Archivs Barby —, sofort zusätzliche Stellen zuzusagen.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine weitere Zusatzfrage der Kollegin Jäger, bitte.

**Renate Jäger** (SPD): Plant die Bundesregierung weitere Maßnahmen, um an diesem Grundsatz

**Renate Jäger**

(A) „Rückgabe vor Entschädigung" bzw. „Entschädigung vor Rückgabe" zu rütteln? Gibt es da irgendwelche besonderen Überlegungen?

**Rainer Funke,** Parl. Staatssekretär: An dem Grundsatz wird sicherlich nicht gerüttelt werden; denn schon der **Gleichheitsgrundsatz** verbietet es, jetzt eine Umkehr vorzunehmen.

Eine andere Frage ist, ob eine Novellierung des Vermögensgesetzes bzw. seiner Folgegesetze notwendig ist. Wir werten die Erfahrungen natürlich aus. Falls es entsprechende Erfordernisse gibt, werden wir das Vermögensgesetz bzw. die Folgegesetze novellieren.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Wolfgang Roth.

**Wolfgang Roth** (SPD): Da Sie erklärt haben, daß Sie keine Erfolgskontrolle der Regelung nach § 3a des Vermögensgesetzes vornehmen, möchte ich Sie fragen, ob sich die Bundesregierung bemüht, sich einen objektiven Überblick über Erfahrungen mit der Vorfahrtsregelung in der Restitutions- bzw. in der Entschädigungsfrage zu verschaffen und den Bundestag darüber zu unterrichten, so daß wir überprüfen können, ob wir im April ein gutes oder ein schlechtes Gesetz gemacht haben.

**Rainer Funke,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Roth, wir werden über die Gespräche mit den Ämtern für offene Vermögensfragen — die sowohl mit den

(B) Landesämtern für offene Vermögensfragen seitens der Bundesregierung bzw. von den Landesämtern mit den jeweiligen Kommunalämtern geführt werden — unterrichtet werden. Darüber werden wir dann auch Ihnen berichten.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Herr Staatssekretär, vielen Dank, daß Sie hier waren.

(Wolfgang Roth [SPD]: „Daß Sie hier waren" ist richtig!)

Der Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz ist damit abgewickelt.

Wir kommen nunmehr zum Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen. Alle Fragen aus diesem Geschäftsbereich — das sind die Fragen 33 und 34 der Frau Abgeordneten Dr. Sigrid Hoth, die Fragen 35 und 36 der Frau Abgeordneten Edelgard Bulmahn und die Fragen 37 und 38 der Frau Abgeordneten Marion Caspers-Merk — sollen schriftlich beantwortet werden. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Damit kommen wir zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft. Zur Beantwortung der gestellten Fragen steht uns der Parlamentarische Staatssekretär Klaus Beckmann zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 39 des Abgeordneten Siegmar Mosdorf auf:

> Was will die Bundesregierung tun, um eine weitere Verschlechterung der deutschen und europäischen Wettbewerbsposition im Bereich der Hochtechnologie-Güter zu verhindern?

Bitte, Herr Staatssekretär.

**Klaus Beckmann,** Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Herr Kollege Mosdorf, die **Industriepolitik** der Bundesregierung orientiert sich an marktwirtschaftlichen Leitlinien, wie sie z. B. auch in dem im Herbst letzten Jahres vom EG-Ministerrat verabschiedeten Grundsatzpapier zur europäischen Industriepolitik, dem sogenannten Bangemann-Papier, ihren Niederschlag gefunden haben. Danach ist es nicht Aufgabe des Staates oder der Gemeinschaft, in den industriellen Strukturanpassungsprozeß direkt einzugreifen. Ziel ist es vielmehr, den Unternehmen einen klaren und kalkulierbaren Handlungsrahmen vorzugeben, der es ihnen erlaubt, die Herausforderungen des **internationalen Wettbewerbs** aus eigener Kraft zu bestehen. Die Hauptverantwortung für eine Verbesserung der Wettbewerbsposition trägt dabei die Industrie selbst.

Dies gilt auch für den Bereich der sogenannten Hochtechnologie. Hierzu gehört u. a. die Informationstechnik, also Elektronik, Informatik und Telekommunikation, ein Gebiet, auf dem die deutschen und europäischen Anbieter seit einiger Zeit einem besonders starken Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind. Die Bundesregierung hat der besonderen Bedeutung der **Informationstechnik** für die Wettbewerbsposition der Wirtschaft Rechnung getragen und ihre Politik bereits vor mehr als zwei Jahren durch den Kabinettsbeschluß über das „Zukunftskonzept Informationstechnik" festgelegt.

Für den ersten branchenbezogenen Anwendungsfall des Bangemann-Papiers hat die EG-Kommission im April dieses Jahres dem Rat eine „Mitteilung über die europäische Elektronik- und Informatikindustrie — Situation, Chancen und Risiken — Aktionsvorschläge" zugeleitet. (D)

Mit der **Entschließung des Industrieministerrats vom 18. November** dieses Jahres über ein industriepolitisches Konzept der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Elektronik sowie der Informations- und Kommunikationstechnik hat die Europäische Gemeinschaft ihre Politik auf diesem Gebiet umrissen. Die Bundesregierung wird die in dieser Entschließung vorgezeichnete Politik der Gemeinschaft unterstützen.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine Zusatzfrage des Kollegen Siegmar Mosdorf.

**Siegmar Mosdorf** (SPD): Herr Staatssekretär, teilen Sie die Sorge des Planungschefs des Auswärtigen Amtes, Herrn Seitz, daß Deutschland und Europa immer mehr zu einem Technologie-Einkaufsland werden könnten, wenn wir — was gegenwärtig stattfindet — die Wettbewerbspositionen im Hochtechnologiebereich weiter verlieren? Ich teile diese Auffassung.

**Klaus Beckmann,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Mosdorf, die Aussagen, die Konrad Seitz in seinem bekannten Buch zu diesem Bereich macht, sind für die Bundesregierung von hohem, aber nicht wegweisendem Interesse. In Grundsatzpositionen gibt es gravierende Unterschiede, und zwar gerade hinsichtlich der industriepolitischen Zielsetzung dieses Buches.

Für die Bundesregierung spielen nach wie vor die **Marktmechanismen** die größere Rolle. Den industrie-

**Klaus Beckmann,**

(A) politischen Ansätzen von Herrn Seitz kann die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Wirtschaft, nicht vollständig folgen.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Mosdorf.

**Siegmar Mosdorf** (SPD): Herr Staatssekretär, verstehe ich Sie richtig, daß Sie heute — auch nach den alarmierenden **Thesen des BDI** — keinen weiteren Handlungsbedarf auf dem Sektor der Hochtechnologie sehen?

**Klaus Beckmann,** Parl. Staatssekretär: Ich glaube, daß man diesen Schluß aus meinen Worten nicht ziehen kann. Daran, daß die Thesen des BDI insoweit autorisiert sind, daß sie für den ganzen BDI gelten, bestehen ausgesprochene Zweifel, wenn ich entsprechende Meldungen richtig verfolgt habe.

Auf der anderen Seite ist die Bundesregierung in der Tat hinsichtlich der Beobachtung der Entwicklung der **Wettbewerbssituation der Bundesrepublik Deutschland** auf diesem Gebiet sehr aufmerksam. Sie hat in der Vergangenheit national wie international, insbesondere im EG-Rahmen, Maßnahmen ergriffen, um den Wettbewerbsstandard für die deutsche Industrie zu erhalten.

Wir haben zum einen die Entschließung des Industrieministerrats vom 18. November dieses Jahres, bei der eine ganze Reihe von Weichen gestellt worden sind und bei der auch industriepolitische Vorstellungen innerhalb der Gemeinschaft festgelegt worden (B) sind, nachhaltig unterstützt. Wir haben aber auch im nationalen Bereich dafür Sorge getragen, daß durch das Sammeln von Informationen und durch deren Weitergabe an die deutsche Wirtschaft die internationalen Standards eingehalten werden können.

Gleichzeitig verhehle ich aber nicht die Sorge der Bundesregierung, daß es im Bereich der Hochtechnologie Felder gibt, in denen allergrößte Aufmerksamkeit geboten ist und in denen auch heute schon Vorsprünge in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Japan bestehen.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine Zusatzfrage des Kollegen Wolfgang Roth.

**Wolfgang Roth** (SPD): In den **Entwürfen für Maastricht** findet sich eine industriepolitische Ausrichtung der EG. Inwieweit ist die Antwort auf die Fragen von Herrn Mosdorf — die die industriepolitische Ausrichtung auf dem Sektor der Mikroelektronik und wohl auch insgesamt ablehnt — mit der prinzipiellen Zustimmung des Herrn Bundeskanzlers zu den industriepolitischen Aussagen in den Vorentwürfen für Maastricht zu vereinbaren?

**Klaus Beckmann,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Roth, ich gehe davon aus, daß es in Maastricht eine Zustimmung der Bundesregierung zu industriepolitischen Regelungen im engeren Sinne nicht geben wird.

(Wolfgang Roth [SPD]: Und das war's?)

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Ich rufe Frage 40 (C) des Abgeordneten Ortwin Lowack auf:

> Wie steht die Bundesregierung zum Vorwurf der deutschen Textilindustrie, daß die Volksrepublik China mit unfairen Handelspraktiken, vor allem Dumping-Methoden und willkürlich festgesetzten Preisen, eventuell sogar mit falschen Ursprungsangaben der deutschen Textilindustrie zunehmend nicht nur Schwierigkeiten, sondern zunehmende Besorgnis bereitet, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ggf. ergreifen?

**Klaus Beckmann,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Lowack, der Vorwurf **unfairer Handelspraktiken** wie Dumping wird auch gegenüber einer Reihe anderer sogenannter Niedrigpreisländer — d. h. Lieferländer im Sinne des Welttextilabkommens — erhoben. Im Fall der Volksrepublik China stützt er sich vor allem auf die Tatsache, daß China ein Staatshandelsland ist, in dem die Preisbildung nicht notwendigerweise den Marktgesetzen unterliegt.

Aus diesem Grunde enthält das bilaterale **WTA-Abkommen der EG mit der Volksrepublik China** aus dem Jahre 1988 zahlreiche Mengenbeschränkungen in Form sogenannter Lieferquoten. Diese Lieferquoten umfassen alle nach den Kriterien der Textilhandelspolitik der Europäischen Gemeinschaft als sensibel geltenden Warenkategorien; darüber hinaus auch solche, die als weniger sensibel gelten.

Außerdem enthält das Abkommen weitere restriktive Bestimmungen, die das Verhandlungsmandat des EG-Ministerrats speziell für Staatshandelsländer vorsah; z. B. die im Vergleich mit anderen Lieferländern niedrigeren jährlichen Zuwachsraten bei den einzelnen Quoten. Dieses Abkommen läuft noch bis Ende 1992.

(D) Textilunternehmen, die sich im Wettbewerb durch Dumpingpraktiken chinesischer Lieferanten beeinträchtigt glauben, bleibt es unbenommen, unabhängig von den Regelungen des Textilabkommens Antrag auf Einleitung eines Anti-Dumpingverfahrens bei der EG-Kommission zu stellen oder durch ihre Verbände stellen zu lassen. Bei bestimmten Seidengeweben hatte ein solcher Antrag ja bereits Erfolg.

Im Sommer 1991 sind in der Europäischen Gemeinschaft falsche bzw. **gefälschte Exportlizenzen** der Volksrepublik China aufgetaucht. Nach Informationen durch die chinesischen Behörden mit den Angaben über die regulär erteilten Lizenznummern wurden keine Importgenehmigungen auf falsche Lizenzen mehr erteilt. Soweit Importe auf Grund unerkannt falscher Exportlizenzen bereits genehmigt waren, hat die Bundesregierung die entsprechenden **Importmengen** entgegen chinesischer Forderung auf die jeweiligen **Lieferquoten** angerechnet.

Die Bundesregierung wird auch während der Restlaufzeit des Textilabkommens mit der Volksrepublik China auf die strikte Einhaltung der getroffenen Vereinbarungen achten.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine Zusatzfrage, Herr Kollege Ortwin Lowack.

**Ortwin Lowack** (fraktionslos): Hochverehrter Herr Parlamentarischer Staatssekretär, das klang jetzt schon sehr gut. Ein anderer Teil der Frage betraf die **falschen Ursprungsangaben.** Liegen auch insoweit der Bundesregierung Erkenntnisse vor, wie wird man

**Ortwin Lowack**

(A) das eventuell erwidern, und ist mein Eindruck richtig, daß man bei der Politik der Volksrepublik China manchmal doch eine fast phänomenale Nachsicht an den Tag gelegt hat, und dies ausgerechnet gegenüber einem Regime, das zu den letzten orthodox-marxistischen gehört?

**Klaus Beckmann,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Lowack, soweit hier falsche Ursprungsangaben vorgekommen sind und soweit sie erkannt worden sind und soweit gefälschte Importlizenzen vorgekommen sind, haben wir die entsprechenden Importmengen — wie ich das soeben erwähnt habe — auf die Quoten angerechnet. Es kann aber keine Rede davon sein, daß die Bundesregierung etwa der **Volksrepublik China** aus Gründen, die Sie soeben dargelegt haben, die ich aber nicht nachvollziehen kann, in irgendeiner Weise entgegenkäme. Ganz im Gegenteil: Die Volksrepublik China wird wie jeder andere Partner auch nach dem Welttextilabkommen mit der Europäischen Gemeinschaft behandelt.

(Ortwin Lowack [fraktionslos]: Danke!)

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Wir sind damit am Ende der Fragen aus dem Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft. Herr Parlamentarischer Staatssekretär Beckmann, wir danken Ihnen für die Beantwortung der Fragen.

Ich rufe nun den Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheit auf. Zur Beantwortung steht uns Frau Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Sabine Bergmann-Pohl zur Verfügung.

(B) Die Frage 53 hat unser Kollege Arne Fuhrmann gestellt:

> Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um ihre durch vielerlei — bisher allerdings nicht eingehaltene — Aussagen bekundete Unterstützung beim Aufbau einer, bisher nur aufgrund privater Initiativen erfolgter, nationalen Spenderkartei für Knochenmark zu gewähren und somit vielen Krebskranken die einzige Möglichkeit zu geben, ihre Krankheit wirksam zu bekämpfen?

Bitte sehr, Frau Staatssekretärin.

**Dr. Sabine Bergmann-Pohl,** Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Gesundheit: Herr Kollege Fuhrmann, die Bundesregierung hat für den **Aufbau einer bundesweiten Knochenmarkspenderdatei** mit dem Ziel, rund 150 000 Spender zu erfassen, im Jahre 1991 bisher rund 2 Millionen DM bewilligt. 1992 stehen weitere 11 Millionen DM und 1993 12 Millionen DM zur Verfügung. Auch in den Folgejahren sieht die mittelfristige Finanzplanung erhebliche Mittel vor.

Die Bundesregierung wird nicht nur finanzielle Mittel zum Aufbau der Knochenmarkspenderdatei bereitstellen. Sie wird das Vorhaben mit seinen vielfältigen medizinischen, ethischen, datenschutzrechtlichen und juristischen Problemen intensiv begleiten, damit das Ziel — eine bundesweite Datei mit 150 000 Spendern — zum Wohle der Erkrankten so schnell wie möglich erreicht werden kann

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Zusatzfrage? — Herr Abgeordneter Fuhrmann.

**Arne Fuhrmann** (SPD): Frau Staatssekretärin, wie werden sich die Summen, die Sie angegeben haben, bundesweit aufteilen? Bedeutet es, daß das der **Krebshilfe** zufließt respektive über das Ministerium an die Stellen verteilt wird, die sich so verhalten, daß sie dieses Geld auch bekommen können, oder gibt es für die **Initiativgruppen,** die auf Grund der Betroffenheit bundesweit bestehen, Möglichkeiten, an diesen Finanztopf heranzukommen? Immerhin konnten bisher 10 000 Spenderwillige nicht erfaßt werden, weil die Finanzierungsmittel zur Typisierung und damit zur Erstellung einer möglicherweise umfassenden Datei überhaupt nicht zur Verfügung stehen. (C)

**Dr. Sabine Bergmann-Pohl,** Parl. Staatssekretärin: Herr Kollege Fuhrmann, über die genaue **Verteilung der Mittel** kann ich Ihnen jetzt nicht Rede und Antwort stehen, da ich die Angaben auch für das Jahr 1992 nicht im Detail vorliegen habe. Ich kann Ihnen das aber gerne schriftlich nachreichen.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine weitere Zusatzfrage? — Herr Kollege Fuhrmann.

**Arne Fuhrmann** (SPD): Kann ich Ihrer Antwort entnehmen, daß sich auch Initiativgruppen, die nicht der Deutschen Krebshilfe zugerechnet werden können, sondern auf Grund ihrer eigenen Betroffenheit — ich sagte es vorhin schon einmal — an einer solchen Datei interessiert sind, mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an das Ministerium wenden können?

**Dr. Sabine Bergmann-Pohl,** Parl. Staatssekretärin: Herr Kollege Fuhrmann, ich weiß nicht, um welche Initiativgruppen es sich dabei handelt. Mir ist eine Initiativgruppe, die DKMS, bekannt, die aber unter der Verantwortlichkeit der Deutschen Krebshilfe arbeitet und auch eine finanzielle Förderung bekommt. (D)

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Ich rufe nun die Frage 54 unseres Kollegen Arne Fuhrmann auf:

> Sieht die Bundesregierung nicht eine Gefahr für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland, wenn das Ausland erhebliche Mittel in derartige Projekte investiert, wir aber unsere Hilfe verweigern und unter den großen westlichen Industrieländern das Schlußlicht beim Aufbau einer derartigen Spenderkartei sind und den meisten deutschen Krebskranken, die fremdes Knochenmark benötigen, im Ausland geholfen werden muß, so daß deshalb dort, vornehmlich aus den USA zunehmend der Vorwurf zu hören ist, daß wir selbst etwas tun sollten?

Bitte, Frau Staatssekretärin.

**Dr. Sabine Bergmann-Pohl,** Parl. Staatssekretärin: Herr Kollege Fuhrmann, angesichts der vielfältigen Aktivitäten und der erheblichen Haushaltsmittel, die der Bund zur Verfügung stellt, sieht die Bundesregierung keinerlei Gefahr für das Ansehen der Bundesrepublik Deutschland im In- und Ausland.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Zusatzfrage, Herr Kollege Fuhrmann.

**Arne Fuhrmann** (SPD): Ist der Bundesregierung nicht bekannt, daß z. B. in den **USA** ganz erhebliche Zweifel an der Ernsthaftigkeit unserer Absichten bestehen, weil dort auf Grund der genetischen Entwicklungen bei **deutschstämmigen Amerikanern** natürlich eine **Datei in der Bundesrepublik** von lebensrettender Wirkung sein kann? Ich bin mir nicht im klaren darüber, ob das Ministerium weiß, daß es in diesem Be-

**Arne Fuhrmann**

(A) reich acht Millionen Möglichkeiten der unterschiedlichen Gewebemerkmale gibt.

**Dr. Sabine Bergmann-Pohl,** Parl. Staatssekretärin: Herr Kollege Fuhrmann, wir sind uns sehr wohl der diffizilen Aufgabe bewußt. Ich habe auch versucht, in meiner ersten Antwort darzulegen, daß es hier sowohl fachlich-medizinische als auch juristische und datenschutzrechtliche Probleme gibt. Wir haben uns dieser Aufgabe angenommen. Das bringen wir dadurch zum Ausdruck, daß wir diese Aufgabe mit erheblichen finanziellen Mitteln fördern, so daß, denke ich, der Aufbau einer bundesweiten Knochenmarkspenderdatei zügig vorangehen wird.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Noch eine Zusatzfrage des Kollegen Fuhrmann? — Bitte.

**Arne Fuhrmann** (SPD): Frau Staatssekretärin, würden Sie mir in dem Zusammenhang erläutern, was Sie unter **datenschutzrechtlichen Schwierigkeiten** beim Aufbau einer Datei verstehen? Wenn jemand kommt und sagt „Ich bin bereit; ich stehe als Spender zur Verfügung; bitte katalogisiert mich", wo liegt dann das Problem?

**Dr. Sabine Bergmann-Pohl,** Parl. Staatssekretärin: Das Problem liegt darin, daß sehr viele Untersuchungen stattfinden müssen, um die Typisierung vorzunehmen, und daß dabei natürlich die datenschutzrechtlichen Belange geprüft werden müssen.

(B) **Vizepräsident Helmuth Becker:** Die Fragen 55 und 56 der Frau Kollegin Ingrid Walz werden schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Damit sind wir am Ende der Fragen aus dem Geschäftsbereich der Bundesministerin für Gesundheit und danken Ihnen, Frau Parlamentarische Staatssekretärin, für die Beantwortung.

Wir kommen zum Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr. Zur Beantwortung steht uns der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Dieter Schulte zur Verfügung.

Ich rufe die Frage 57 des Abgeordneten Manfred Opel auf:

> Nach welchen Kriterien ermittelt die Deutsche Bundesbahn die künftigen Standorte für die Bedarfsschwerpunkte zur Instandsetzung der weiterhin benötigten Brennkrafttriebfahrzeuge (Dieselloks)?

Bitte, Herr Staatssekretär.

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Verkehr: Herr Kollege Opel, für die Deutsche Bundesbahn sind vor allem folgende Kriterien für die **Festlegung von Standorten für die Instandhaltung von Brennkrafttriebfahrzeugen**, also Dieselfahrzeugen, maßgebend: das betriebliche Konzept für den Einsatz der Loks, die infrastrukturellen Voraussetzungen und der Umfang der Instandhaltungsaufgaben sowie die damit verbundene Wirtschaftlichkeit.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine Zusatzfrage, Herr Kollege Opel.

**Manfred Opel** (SPD): Herr Staatssekretär, bedeutet (C) das, daß bestehende Infrastruktur, die auf Eignung untersuchbar ist, in die **Wirtschaftlichkeitsberechnungen** einbezogen wird, oder werden hier generell **Infrastrukturgesichtspunkte**, was die bestehende Infrastruktur angeht, nicht berücksichtigt?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Ich gehe davon aus, daß die Deutsche Bundesbahn bei ihrer Untersuchung — sie steht erst am Anfang — auch auf diese Aspekte Rücksicht nimmt. Aber Sie wissen, daß in Ihrem Bundesland durch die **Elektrifizierung** von zwei Strecken sehr wahrscheinlich eine Änderung eintreten kann.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Opel.

**Manfred Opel** (SPD): Herr Staatssekretär, natürlich ist mir das bekannt. Das ist ja Gegenstand der nächsten Frage. Aber ist es innerhalb der Effektivitätsbetrachtungen in Ihrem Hause bzw. bei der Deutschen Bundesbahn üblich, längerfristig zu rechnen, d. h. eine Planung auf 20 bis 30 Jahre anzulegen?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Die Entscheidungen, um die es hier geht, trifft die Deutsche Bundesbahn in eigener Verantwortung. Aber ich gehe davon aus, daß Infrastrukturentscheidungen für eine lange Zeit angelegt sind. Ich müßte jetzt besonders nachschauen, wie das bei solchen Werkstätten ist, aber ich glaube, mit 20 Jahren liegen wir unbedingt im richtigen Rahmen.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Ich rufe jetzt die (D) Frage 58 des Kollegen Manfred Opel auf:

> Welche künftigen Bedarfsschwerpunkte für die Instandsetzung der nach der Elektrifizierung der Hauptverbindungsstrekken noch benötigten Brennkrafttriebfahrzeuge (Dieselloks) hat die Deutsche Bundesbahn in Schleswig-Holstein und insbesondere an der Westküste Schleswig-Holsteins vorgesehen?

Bitte, Herr Staatssekretär.

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege Opel, nach Mitteilung der Deutschen Bundesbahn sind die Untersuchungen über den künftigen Standort von Instandhaltungsdienststellen für diese Triebfahrzeuge gerade erst im Anfangsstadium. Das hängt mit der geplanten Elektrifizierung zusammen. Über den Abschluß dieser Arbeiten kann die DB deshalb noch keine Angaben machen.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine Zusatzfrage des Kollegen Opel.

**Manfred Opel** (SPD): Die Elektrifizierung ist ja von der Deutschen Bundesbahn lange ins Auge gefaßt worden. Deshalb wundert mich Ihre Antwort insoweit. Wann, Herr Staatssekretär, rechnen Sie damit, daß die Deutsche Bundesbahn in der Lage ist, ein entsprechendes Untersuchungsergebnis vorzulegen? Und wären Sie dann bereit, mir das automatisch zur Verfügung zu stellen?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Da der „Ernstfall" erst im Jahre 1994 kommen wird, hat die Deutsche Bundesbahn durchaus noch Zeit. Aber ich mache Ihnen den Vorschlag, daß ich unaufgefordert

**Parl. Staatssekretär Dr. Dieter Schulte**

(A)

in einem Vierteljahr oder einem halben Jahr auf Sie zukomme.

**Manfred Opel** (SPD): Ich bedanke mich. Ich habe noch eine weitere Zusatzfrage, Herr Präsident, wenn Sie gestatten.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Bitte sehr.

**Manfred Opel** (SPD): Herr Staatssekretär, wenn die Deutsche Bundesbahn die Elektrifizierung erst 1994 durchführt, sind Sie mit mir der Meinung, daß dann das Konzept eigentlich umgesetzt sein muß? Glauben Sie angesichts der Tatsache, daß bei der Bundesbahn Infrastrukturentscheidungen drei bis vier Jahre bis zur Verwirklichung dauern, nicht, daß es höchste Zeit ist, über dieses Konzept zu entscheiden?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Ich bin mit Ihnen der Ansicht, daß die Deutsche Bundesbahn vor der Elektrifizierung, vor der Inbetriebnahme der Stromtraktion, ihr Konzept stehen und realisiert haben muß. Aber da wir noch im Jahr 1991 sind, haben wir, glaube ich, noch ein paar Monate Zeit. Also, ich werde drängen, und Sie bekommen von mir Antwort.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Ich rufe nun die Frage 59 der Abgeordneten Dr. Margrit Wetzel auf:

Welche Änderungen der Revierlotsenverordnungen werden geplant, und wie stehen die betroffenen Verbände bisher dazu?

Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

(B)

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, die Wasser- und Schiffahrtsdirektionen Nord und Nordwest planen im wesentlichen folgende **Änderungen der** von ihnen erlassenen **Revierlotsenverordnungen:**

Erstens. Umstellung der Kriterien für die Lotsenannahmepflicht von Bruttoregistertonnen auf Länge und Breite.

Zweitens. Verschärfung der Voraussetzungen für die Regelbefreiung von Schiffen zwischen 1 000 und 5 000 Bruttoregistertonnen durch Verdoppelung der Erfahrungsfahrten vor Eintritt der Regelbefreiung auf zwölf Fahrten innerhalb der letzten zwölf Monate. Ich nehme an, daß Sie die bisherige Praxis kennen.

Drittens. Verschärfung der Voraussetzungen für die Antragsbefreiung für Schiffe über 5 000 Bruttoregistertonnen durch Einführung einer zusätzlichen Revierkundeprüfung.

Viertens. Befreiung in besonderen Fällen nur noch für Einzelfahrten.

Fünftens. Nachweis der Mindestfahrten unter Lotsenberatung, der Fahrzeit von mindestens einem Jahr als Schiffsführer und Versicherung ausreichender deutscher Sprachkenntnisse durch eine schriftliche Bescheinigung, um die Voraussetzungen für eine Regelbefreiung künftig besser kontrollieren zu können.

Diese gemeinsam mit den Lotsenbruderschaften erarbeiteten Änderungen der bestehenden Revierlotsenverordnungen waren Gegenstand einer **Anhörung der Schiffahrtsverbände** am 28. August 1991. Dabei

(C)

hat sich gezeigt, daß diese Vorschläge grundsätzlich konsensfähig sind. Die Stellungnahmen werden zur Zeit von den Wasser- und Schiffahrtsdirektionen gemeinsam mit der Bundeslotsenkammer ausgewertet.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine Zusatzfrage, Frau Kollegin Wetzel, bitte.

**Margrit Wetzel** (SPD): Ich hoffe, daß ich den Ausdruck jetzt richtig wiedergebe: Sie hatten eben davon gesprochen, daß eine **Revierkenntnisüberprüfung** erfolgt. Wer würde diese Überprüfung vornehmen?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Das ist nach meiner Kenntnis noch nicht niedergeschrieben, aber ich gehe davon aus, daß wir uns in der nächsten Woche im Ausschuß wiedertreffen, und dann gebe ich Ihnen Nachricht.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Frau Kollegin Wetzel, noch eine Zusatzfrage?

**Margrit Wetzel** (SPD): Ist in die Überlegungen der Bundesregierung auch die Variante „genereller Verzicht auf eine Freifahrerregelung" mit aufgenommen worden, oder wird das überhaupt nicht geprüft?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Nach Kenntnis der bisherigen Gespräche mit den Betroffenen war dies nicht ernsthaft Gegenstand der Beratungen. Ich versichere mich aber noch einmal und werde dies ebenfalls in der nächsten Woche mitbringen.

(D)

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Meine Damen und Herren, ich rufe die Frage 60 der Frau Abgeordneten Sabine Leutheusser-Schnarrenberger auf:

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dem Bericht des Bundesrechnungshofes zur erfolgten Vergabe von Standorten für Autobahnraststätten gezogen (DIE WELT vom 21. September 1991), und welche Maßnahmen sind konkret aufgrund der Unwirksamkeit zahlreicher Verträge ergriffen worden?

Bitte, Herr Staatssekretär.

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, auf Grund des **Berichts des Bundesrechnungshofes,** Ausschußdrucksache 102 des Bundestagsausschusses für Verkehr, hat der Bundesminister für Verkehr folgende **Maßnahmen** ergriffen:

Erstens. Der Bundesminister für Verkehr hat den Vertragspartnern der DDR-Autobahndirektion die **Unwirksamkeit der** von der Autobahndirektion getroffenen **vertraglichen Abmachungen** erklärt.

Zweitens. Der Bundesminister für Verkehr hat im Hinblick auf die mit Wirkung vom 1. September 1991 erfolgte **Ausweitung der Zuständigkeit der Gesellschaft für Nebenbetriebe auf die neuen Bundesländer** darauf hingewirkt, daß diese Gesellschaft mit den bisherigen Vertragspartnern in unmittelbare Verhandlungen eintritt, soweit sie sachlich und persönlich in Betracht kommen. Voraussetzung hierfür ist die Anfang November erbetene Zustimmung der neuen Länder zu diesem Verfahren.

Drittens. Soweit eine Einigung zwischen der Gesellschaft für Nebenbetriebe und den jeweiligen Verhandlungspartnern nicht zustande kommt, wird die

(A) Gesellschaft für Nebenbetriebe den betreffenden Nebenbetrieb öffentlich ausschreiben.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine Zusatzfrage, Frau Kollegin Leutheusser-Schnarrenberger.

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** (FDP): Ich habe eine Zusatzfrage, weil sich diese Angelegenheit schon über sehr viele Monate hinzieht. Ich habe zunächst die Frage: Sind alle Verträge jetzt für unwirksam erklärt worden, und welche zeitlichen Vorstellungen hat die Bundesregierung, damit es endlich zu einem **Vergabeverfahren** unter Einschaltung der Gesellschaft kommen kann?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Es wurden alle Verträge für unwirksam erklärt, und es verhandelt jetzt erst einmal die Gesellschaft für Nebenbetriebe, und, wie ich gerade gesagt habe, sofern man dort nicht zu einer Verständigung kommt, z. B. über das Entgelt, soll öffentlich ausgeschrieben werden.

Ein Zeitpunkt ist im Augenblick nicht zu nennen; nur hat die Bundesregierung ein hohes Interesse daran, daß diese Nebenbetriebe so schnell wie möglich — natürlich im gebotenen rechtlichen Rahmen — verwirklicht werden, im Interesse der Autofahrer, aber selbstverständlich auch im Interesse von dringend nötigen Investitionen in den neuen Ländern. Es geht um viele Millionen D-Mark.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Gibt es weitere Zusatzfragen? — Wenn das nicht der Fall ist, rufe ich die Frage 61 der Frau Kollegin Sabine Leutheusser-(B) Schnarrenberger auf:

> Welche finanziellen und strukturellen Auswirkungen sind durch die Verzögerung zu befürchten, und wie wird die politische Verantwortlichkeit für mögliche berechtigte Ansprüche beurteilt?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Frau Kollegin, nach Ansicht des Bundesverkehrsministeriums wird durch die Verhandlungsführung der Gesellschaft für Nebenbetriebe sichergestellt, daß in den neuen Bundesländern ein **leistungsfähiges Nebenbetriebssystem** entsteht, das sich nicht grundsätzlich von dem der alten Bundesländer unterscheidet.

Was die finanziellen Auswirkungen anbelangt, so ist eine weitgehende **Übernahme der Investitionslasten durch die privaten Betreiber** vorgesehen. Verzögerungen haben sich dadurch ergeben, daß die vom früheren DDR-Verkehrsministerium abgeschlossenen Vereinbarungen keine gültige und brauchbare Grundlage für den Auf- und Ausbau der Nebenbetriebe sein konnten.

(Rudolf Bindig [SPD]: Wer hatte da seine Finger drin?)

Das habe ich vorher schon erwähnt.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine Zusatzfrage.

**Sabine Leutheusser-Schnarrenberger** (FDP): Können Sie Angaben darüber machen, welche finanziellen Forderungen dadurch auf die Bundesregierung zukommen, daß die Verträge für unwirksam erklärt worden sind und sich daraus möglicherweise **Schadenersatzforderungen** herleiten?

(C) **Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Durch die Untersuchungen des Bundesrechnungshofs, der auf Grund eines Beschlusses des Haushaltsausschusses um diese Untersuchungen gebeten worden war, gehe ich davon aus, daß solche Forderungen nicht auf uns zukommen. Der Bundesrechnungshof hat ja ausdrücklich gesagt, die Verträge seien unwirksam.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Mir liegen keine weiteren Zusatzfragen vor.

Ich rufe dann die Frage 62 des Kollegen Joachim Tappe auf:

> Was hat die Bundesregierung veranlaßt, von ihrem bisherigen Konzept der Aufgabenteilung zwischen Herleshausen (Rast- und Tankanlage für PKW) und Wartha (Rasthof ausschließlich für LKW) abzugehen, und welche Gründe haben dazu geführt, die ursprünglich geplante Errichtung der Anlage Herleshausen Süd aufzugeben und an der Nordseite keine weiteren, obwohl notwendigen Investitionen mehr zu tätigen?

Bitte, Herr Staatssekretär!

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, das Bundesverkehrsministerium ist von seiner bisherigen Konzeption einer **Aufgabenteilung zwischen den Tank- und Rastanlagen Herleshausen/Nordseite und Eisenach (Wartha)** nicht abgegangen. Nach dieser Konzeption ist die Anlage Eisenach (Wartha) „besonders für den Güterkraftverkehr und für Busse mit längerer Verweildauer" vorgesehen. Sie ist nicht „ausschließlich für Lkw" bestimmt und sollte auch Pkw bedienen können.

Die **provisorische Tankanlage Herleshausen/Südseite** wurde nicht aufgegeben, sondern es wurde lediglich die Entscheidung über deren Bauausführung (D) zurückgestellt. Grund hierfür ist zum einen, daß mit den Anlagen Herleshausen/Nordseite und Eisenach (Wartha) zum derzeitigen Zeitpunkt ein ausreichendes Serviceangebot zur Verfügung steht. Zum anderen ist die zukünftige Verkehrsbelastung der Autobahn A 4 wegen der Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit" noch unklar. Es handelt sich dabei um die A 82 Göttingen-Halle und um die A 44 Kassel-Eisenach. Vor weiteren Dispositionen müssen daher zunächst noch laufende verkehrswirtschaftliche Untersuchungen und Umweltverträglichkeitsstudien zu beiden Projekten abgewartet werden.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Das Wort zu einer Zusatzfrage hat der Kollege Tappe. Bitte.

**Joachim Tappe** (SPD): Herr Staatssekretär, wie erklären Sie mir dann den Umstand, daß auf Warthaer Seite 34 Zapfsäulen für Pkw neu errichtet worden sind, auf der Herleshäuser Seite aber lediglich sieben Zapfsäulen zur Verfügung stehen, die bisher durchaus in der Lage waren, den Bedarf zu decken?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Wenn ich mich richtig erinnere — ich habe dies nicht in meinen Unterlagen —, wurde auf der Seite Thüringens sehr schnell mit Investitionen begonnen, ohne daß man abgewartet hätte, wie sich die Rechtsprüfung auf diese Investitionen auswirkt. Ich muß aber sagen, daß der **Umfang des Verkehrs** erheblich zugenommen hat, so daß wir heute wahrscheinlich nicht von einem Überangebot sprechen können. Allerdings wollen wir vor weiteren Investitionen die Verkehrsentwicklung,

**Parl. Staatssekretär Dr. Dieter Schulte**

(A) aber auch die Entwicklung der Infrastruktur im Zusammenhang mit anderen Autobahnen abwarten.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Eine weitere Zusatzfrage des Kollegen Tappe.

**Joachim Tappe** (SPD): Herr Staatssekretär, teilt die Bundesregierung die Ansicht des GfN, daß ein Entfernungsabstand von nur 6 km zwischen zwei Autobahnbetrieben nicht im Interesse der Verkehrsteilnehmer liegt, und, wenn ja, wie konnte unter diesen Voraussetzungen der Standort Wartha auf Thüringer Seite überhaupt akzeptiert werden?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, Sie wissen, daß wir in Deutschland normalerweise wesentlich größere Abstände haben. Daß hier zwei solcher Anlagen in so kurzer Distanz aufeinandertreffen, lag an der bisherigen innerdeutschen Grenze.

Was Wartha angeht, so hat diese Standortentscheidung noch die Autobahndirektion der ehemaligen DDR getroffen. Wir müssen jetzt sehen, wie wir damit fertig werden.

Im übrigen, Herr Präsident, möchte ich, weil doch unterschwellig mitspielt, Herleshausen werde vernachlässigt, noch anfügen, daß in den Bauprogrammen 1990/91/92 für die Tank- und Rastanlage Herleshausen/Nordseite trotzdem 3 Millionen DM für eine Tankstellenerweiterung — das war der Punkt, über den wir gerade gesprochen haben —, für eine Modernisierung des Gastraums und eine Erneuerung der (B) Toilettenanlage ausgegeben werden.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Ich rufe nun die Frage 63 des Kollegen Joachim Tappe auf:

> Welche Konsequenzen für die Nachverhandlungen zieht die Bundesregierung aus der Feststellung des Bundesrechnungshofes über die Unwirksamkeit des Vertrages mit der Firma LOMO, und ist sie bereit, um ihr Konzept einer zügigen Realisierung der 40 anderen projektierten Autobahnnebenbetriebe in den neuen Bundesländern voranzutreiben, das in mehrfacher Hinsicht rechtswidrige Vorgehen der Firma LOMO beim Bau der Rastanlage Wartha auch bei anderen Investoren zu dulden?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, der **Bericht des Bundesrechnungshofes** vom 13. September 1991 hat den Bundesminister für Verkehr im Falle der **Firma LOMO** — wie auch in ähnlich gelagerten Fällen — zu folgenden **Maßnahmen** veranlaßt:

Erstens. Der Bundesminister für Verkehr hat der Firma LOMO als Vertragspartner der DDR-Autobahndirektion, wie ich vorher sagte, mit Schreiben vom 10. Oktober 1991 die Unwirksamkeit der von der Autobahndirektion getroffenen vertraglichen Abmachungen mitgeteilt.

Zweitens. Der Bundesminister für Verkehr hat im Hinblick auf die mit Wirkung vom 1. September 1991 erfolgte Ausweitung der Zuständigkeit der Gesellschaft für Nebenbetriebe auf die neuen Bundesländer darauf hingewirkt, daß die Gesellschaft für Nebenbetriebe mit der Firma LOMO in unmittelbare Verhandlungen eintritt. Das Land Thüringen hat diesem Verfahren zugestimmt.

(C) Aus dem gegebenenfalls rechtswidrigen Vorgehen in der Vergangenheit kann mindestens seit der Mitteilung der Unwirksamkeit der Verträge keine Berechtigung mehr abgeleitet werden, rechtswidrig Nebenbetriebe zu bauen. Vielmehr hat das Bundesverkehrsministerium in zwei Fällen kürzlich das zuständige Land gebeten, Baustellen stillzulegen.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Zusatzfrage des Kollegen Tappe, bitte.

**Joachim Tappe** (SPD): Herr Staatssekretär, Sie haben eben noch einmal dargestellt, wann die Mitteilung an die Firma LOMO bezüglich der Unwirksamkeit der Verträge ergangen ist. Wie beurteilen Sie die Tatsache, daß wenige Tage nach dem Posteingang diese, wie ich weiß, größte Anlage in Deutschland bereits eingeweiht und in Betrieb genommen wurde?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Ich beziehe mich auf die Antwort, die ich vorher gegeben habe. Dort wurde gleich gebaut, obwohl über die Wirksamkeit der Verträge noch keine Klarheit herrschte. Dies kann aber nicht Grund für einen Rechtsanspruch Dritter sein. Es ist in unserem Rechtssystem nach meiner Kenntnis üblich, daß man sich auf Unwirksamkeit oder rechtswidriges Verhalten nicht berufen kann.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Noch eine Zusatzfrage des Kollegen Tappe? — Nein.

Die Fragen 64 und 65 des Abgeordneten Simon Wittmann (Tännesberg) und die Frage 66 des Abgeordneten Ludwig Stiegler werden auf Wunsch der (D) Fragesteller schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlagen abgedruckt.

Ich rufe Frage 67 des Abgeordneten Norbert Antretter auf. Der Kollege ist nicht im Saal. Es wird verfahren, wie in der Geschäftsordnung vorgesehen.

Ich rufe dann Frage 68 des Kollegen Dietmar Schütz auf:

> Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Binnenschiffsverkehr zwischen Lauenburg und Magdeburg, wegen des Schutzes der mittleren Elbe, ausnahmslos über den Elbe-Seitenkanal und den Mittellandkanal geführt werden sollte und diese Kanäle deshalb durchgängig für den Einsatz von 2 000 t Schiffen schiffbar sein sollen?

Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, als Bestandteil des Binnenwasserstraßennetzes ist die Elbe von der Grenze zur Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik bis zur Nordsee gemäß Bundeswasserstraßengesetz vom 23. August 1990 und Verordnung vom 13. November 1990 zur Überleitung des Bundeswasserstraßenrechts nach Berlin (West) und in das in Art. 3 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 genannte Gebiet — Sie wissen also, um welches Gebiet es sich handelt — eine dem allgemeinen Verkehr dienende Binnenwasserstraße des Bundes und damit dem Schiffsverkehr gewidmet.

Eine Einstellung des **Schiffsverkehrs zwischen Lauenburg und Magdeburg** ist verkehrspolitisch nicht vertretbar, da die Binnenschiffahrt künftig in einem integrierten Verkehrskonzept wachsende Bedeutung

**Parl. Staatssekretär Dr. Dieter Schulte**

(A) haben wird und die übrigen Verkehrsträger entlasten kann.

Neben dem Anwachsen des Schiffsverkehrs auf dem **Elbe-Seitenkanal** wird auch die Mittelelbe zunehmend für die Schiffahrt Bedeutung haben, insbesondere für die wirtschaftliche Entwicklung der Region mit ihren Häfen. Hinzu kommen die Entwicklungsmöglichkeiten für eine wirtschaftliche Containerschiffahrt, die auf dem Elbe-Seitenkanal durch die Höhen der Brückendurchfahrten begrenzt wird.

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Zusatzfrage des Kollegen Schütz, bitte.

**Dietmar Schütz** (SPD): Herr Staatssekretär, es ist etwas mißlich, daß die beiden Fragen zum Naturschutzpark Elbe in diesem Mittelabschnitt, die ich gestellt habe, auf zwei Ressorts aufgeteilt worden sind. Sind Sie bisher an den Planungen für die Naturschutzparks im mittleren Elbebereich — zwischen Niedersachsen und Sachsen-Anhalt ist ja bereits eine Planung angelaufen — beteiligt worden?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Da muß ich erst bei den zuständigen Behörden bzw. Ländern nachfragen.

**Dietmar Schütz** (SPD): Können Sie sich denn vorstellen, daß — —

**Vizepräsident Helmuth Becker:** Herr Kollege Schütz, Sie können eine zweite Zusatzfrage stellen. —
(B) Bitte.

**Dietmar Schütz** (SPD): Herr Präsident, ich bitte um Nachsicht.

Herr Staatssekretär, können Sie sich vorstellen, daß der Schiffsverkehr, wenn die beiden Nationalparks mittlere Elbe ausgewiesen sind, auf der mittleren Elbe reduziert werden könnte, weil auf dem Elbe-Seitenkanal nach meiner Ansicht Begegnungsverkehre möglich sind, weil auch Baggerarbeiten nicht mehr in dem nötigen Umfang durchgeführt werden könnten und weil z. B. bestimmte Schiffstypen nicht mehr vertretbar sind?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich glaube, daß die Binnenschiffahrtsverwaltung auf die Belange des Naturschutzes Rücksicht nehmen wird. Ich glaube aber nicht, daß es zu einer ausdrücklichen Reduzierung im Sinne eines Verbots von bestimmten Schiffstypen oder bestimmten Schiffsgrößen kommen wird. Ich denke, daß dies auf Grund der Rechtslage, auf Grund des Gesetzes, das ich vorhin genannt habe und dem Sie zugestimmt haben, nicht möglich ist.

(Vorsitz: Vizepräsident Hans Klein)

**Vizepräsident Hans Klein:** Ich gehe davon aus, daß es dazu jetzt keine Zusatzfrage mehr gibt.

Die Fragen 69 und 70 des Abgeordneten Karl Stockhausen werden auf Wunsch des Fragestellers schriftlich beantwortet. Die Antworten werden als Anlage abgedruckt.

(C) Herr Parlamentarischer Staatssekretär, da der Kollege Feige nicht da ist, wird in bezug auf Frage 71 nach der Geschäftsordnung gehandelt.

Ich rufe die Frage 72 des Abgeordneten Rudolf Bindig auf:

> Wie teuer war der Flug des Extraflugzeuges der Flugbereitschaft der Bundeswehr für die Reise des Bundesministers für Verkehr und seiner Begleiter in der 47. Woche in die USA (Washington), und warum ist der Bundesminister für Verkehr nicht mit dem regelmäßig verkehrenden Flug der Flugbereitschaft von Köln/Bonn nach Washington gereist oder mit einem Linienflugzeug?

Herr Parlamentarischer Staatssekretär, Sie haben das Wort.

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, der **Bundesminister für Verkehr,** Professor Dr. Krause, benutzt bei seinen **Flugreisen** grundsätzlich Linienmaschinen. Insofern stellt die USA-Reise eine Ausnahme dar. Bei dieser Reise war die **Benutzung der Bundeswehrmaschine** geboten, da sonst das terminlich dicht gedrängte Programm an zahlreichen verschiedenen Orten sowohl an der West- wie an der Ostküste nicht zu bewerkstelligen gewesen wäre. Deswegen wurde diese gegenüber der Benutzung von Linienmaschinen nicht maßgeblich teurere Möglichkeit gewählt.

**Vizepräsident Hans Klein:** Zusatzfrage, Herr Kollege Bindig.

**Rudolf Bindig** (SPD): Herr Staatssekretär, ich hatte gefragt, wie teuer die Reise gewesen ist, und Sie haben gesagt, es sei teuer gewesen. Können Sie, bitte, die Frage beantworten? (D)

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, nach den Auskünften des Bundesministeriums der Verteidigung belaufen sich die Flugkosten auf ca. 180 000 DM. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß nicht nur neun Personen Teil der Delegation waren, sondern daß es auch um verschiedene Orte in den USA ging. Es ist also nicht nur der Transatlantikverkehr zu berechnen, sondern auch der Preis der Flugtickets innerhalb der USA.

**Vizepräsident Hans Klein:** Weitere Zusatzfrage.

**Rudolf Bindig** (SPD): Herr Staatssekretär, trotzdem hätte sich die Reise mit Linienflugzeugen sicherlich für rund 70 000 DM für neun Personen abwickeln lassen. Deshalb möchte ich fragen, ob dem Herrn Bundesverkehrsminister sein Amt als deutscher Bundesverkehrsminister derart zu Kopf gestiegen ist, daß er meint, für seine erlauchte Person sei ein First-class-Flug in einem Linienflugzeug der Lufthansa nicht mehr ausreichend. Ist dem Bundesverkehrsminister der Spruch bekannt: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Heiterkeit bei der SPD)

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich weiß nicht, wie der Service in einer solchen Bundeswehrmaschine ist. Ich weiß, daß der Service bei der Lufthansa hervorragend ist, so daß es von daher vielleicht günstiger gewesen wäre, eine Linienmaschine zu nehmen. Es ging aber um Zeitprobleme und um die Dispositionen. Es wäre in der kurzen Zeit

**Parl. Staatssekretär Dr. Dieter Schulte**

(A) nicht möglich gewesen, so viele Orte anzufliegen und so viele Gespräche zu führen.

(Wolfgang Roth [SPD]: Jeder wäre doch froh gewesen, wenn er länger weggewesen wäre! — Heiterkeit bei der SPD)

**Vizepräsident Hans Klein:** Weitere Zusatzfrage des Kollegen Schily.

**Otto Schily** (SPD): Herr Staatssekretär, könnten Sie uns bekanntgeben, in welche Orte der Herr Bundesverkehrsminister gereist ist und welche Flugverbindungen im normalen Linienverkehr zu den normalen Preisen dort nicht erreichbar waren?

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Ich kann Ihnen jetzt auswendig sagen: Es ging um Washington, Jacksonville und San Francisco. Es waren noch mehr Orte. Ich gehe davon aus, daß es zeitlich nicht möglich gewesen wäre, so viel Programm unterzubringen, wenn nicht eine Maschine abflugbereit dagewesen wäre.

**Vizepräsident Hans Klein:** Zusatzfrage des Kollegen Hinsken. Dann möchte ich aber — wir sind schon weit über die Zeit — die Fragestunde schließen.

**Ernst Hinsken** (CDU/CSU): Herr Staatssekretär, sind Parallelfälle aus der Vergangenheit, z. B. den Jahren zwischen 1973 und 1982, bekannt? Sieht sich die Bundesregierung in der Lage, einmal nachzusehen, ob nicht Verkehrsminister oder andere Minister (B) der damaligen Bundesregierung die Fahrbereitschaft des Bundesverteidigungsministeriums in Anspruch genommen haben, um ihren Aufgaben gerecht zu werden?

(Wolfgang Roth [SPD]: Was heißt das? Heißt das, daß eine Dummheit die andere rechtfertigt? — Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Nein!)

**Dr. Dieter Schulte,** Parl. Staatssekretär: Herr Kollege, ich habe vorhin gesagt, daß der Bundesminister für Verkehr in aller Regel Linienmaschinen benutzt. Er fliegt nur mit Bundeswehrmaschinen, wenn es nach der zeitlichen Disposition gar nicht anders geht. Was er an Fazilitäten benutzt hat, liegt im Bereich des Zulässigen. Er hat sich dabei in dem Rahmen bewegt, in dem sich andere Minister, in der Zeit, in der die SPD regiert hat, bewegt haben.

**Vizepräsident Hans Klein:** Damit schließe ich die Fragestunde. Vielen Dank, Herr Parlamentarischer Staatssekretär.

Ich rufe den Zusatzpunkt 1 auf:

**Aktuelle Stunde**

**Haltung der Bundesregierung zur Strukturkrise im Raum Friesland/Wilhelmshaven unter Beachtung der Schließung des AEG-Olympia-Werkes**

Die Fraktion der SPD hat diese Aktuelle Stunde beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Abgeordnete Gabriele Iwersen.

**Gabriele Iwersen** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Stadt Wilhelmshaven wurde (C) 1869 als preußisches Marineetablissement gegründet und entwickelte sich fortan entsprechend den Flottenbauprogrammen des Reiches. Die wirtschaftliche Blüte, jeweils vor den Weltkriegen, bezahlte sie mit dem Zusammenbruch und mit der fast totalen Zerstörung am Ende.

Nach 1945 sollte alles anders werden. Das **Schreibmaschinenwerk Olympia** gehörte zu den ersten Ansiedlungsprojekten, die die **Gunst des Standortes** zu nutzen wußten: viel Platz und qualifizierte Facharbeiter. 20 000 Arbeitsplätze nicht nur in Wilhelmshaven, sondern auch in der Wesermarsch, in Ostfriesland und darüber hinaus waren die stolze Bilanz einer selbstbewußten, unabhängigen Firmenpolitik.

Dann übernahm AEG das Werk. Später fusionierte dieser Konzern mit Daimler-Benz; dieser wiederum tat sich auf Grund einer Sondererlaubnis des Bundeswirtschaftsministers Haussmann mit MBB zusammen.

Stets war die Stabilisierung der Arbeitsplätze im Gespräch. Aber der **Strukturwandel** in der Branche führte zwangsläufig zu immer neuen **Arbeitsplatzverlusten.** Heute kämpft die Region erfindungsreich und hartnäckig um Arbeit für die letzten 2 700 Olympianer.

Auch an der Jade weiß man, daß in der Kommunikationstechnik die Schreibmaschine ein auslaufendes Modell ist. Wir kämpfen nicht um Schreibmaschinen, sondern um Produktionsstandorte. Aber die immer größer und mächtiger werdende Konzernmutter hat (D) an diesem Sprößling schon lange kein Interesse mehr gezeigt.

Mit der den freien Wettbewerb einschränkenden Fusion hat der Konzern gleichzeitig die Verpflichtung übernommen, die gesamtwirtschaftlichen Vorteile des Zusammenschlusses arbeitsmarktpolitisch wirksam werden zu lassen. Deshalb bleibt es unverständlich, weshalb Minister Möllemann als Amtsnachfolger von Minister Haussmann nicht bereit ist, darauf zu pochen, daß der Konzern eine Sanierung des Olympiawerks durchführt, damit Vertrauen in die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik einerseits wie auch in die grundsätzliche Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft andererseits gerettet werden kann.

Zum Verständnis für den zähen Kampf um die Arbeitsplätze bei AEG-Olympia hier ein stichwortartiger Rückblick auf den zehnjährigen Kampf der kreisfreien **Stadt Wilhelmshaven** um die Konsolidierung ihres Haushalts und ihrer wirtschaftlichen Grundlagen, um nun doch wieder auf der Seite der Verlierer zu stehen: Das Olympia-Werk Wilhelmshaven hatte in der Spitze 14 000 Beschäftigte; heute sind es nur noch 2 700. Ende 1992 soll das Werk geschlossen werden.

Der zweitgrößte Arbeitgeber ist die Marine mit zur Zeit ca. 9 000 militärischen und zivilen Mitarbeitern; ein Drittel davon soll gestrichen werden.

Ohne diese beiden großen Verluste an Arbeitsplätzen liegt die **Arbeitslosenquote** bereits bei ca. 14 %; sie ist also doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt. Das Arbeitsamt schätzt den Anstieg der Quote

**Gabriele Iwersen**

(A) auf 28 % nach Schließung von Olympia. Damit ist dann fast jeder dritte Arbeitnehmer arbeitslos.

Der Gewerbesteuerverfall setzte bereits 1981 ein. Der Absturz von 81 Millionen auf 38 Millionen DM leitete den permanenten Finanznotstand dieser Stadt ein.

Die Sozialhilfeausgaben stiegen von 50 auf 94 Millionen DM jährlich; davon müssen 30 Millionen DM von der Stadt selbst aufgebracht werden. Die Deckelungsverluste beim Finanzausgleich seit 1988 betragen 19 Millionen DM; der Verlust durch die Steuerreform macht 20 Millionen aus. Für 1992 sind weitere 10 Millionen DM Verlust errechnet.

Sparhaushalt seit 1981, das bedeutet: Wiederbesetzungssperre, Einstellungsstopp, Steigerung der Gebührenlast auf die höchste Belastung pro Einwohner in Niedersachsen, Schulzusammenlegungen, Verkauf städtischer Liegenschaften, Einsparungen im kulturellen Bereich usw. usw. Durch Bedarfszuweisungen des Landes von 33 Millionen DM in fünf Jahren war Ende 1989 endlich wieder ein ausgeglichener Haushalt erreicht. 1991 gab es einen erneuten Fehlbedarf von 23 Millionen DM. Für 1992 sind 47 Millionen DM vorausberechnet.

Deshalb meine Bitte an diese **Regierung:** Legen Sie endlich ein konkretes **Konversionsprogramm** auf, damit wir **Ersatzarbeitsplätze** durch finanziellen Anreiz vor Abbau der Dienstposten bei der Marine schaffen können. Nutzen Sie endlich die Vorteile des einzigen deutschen Tiefwasserhafens durch unverzüglichen Ausbau und die Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Oldenburg–Wilhelmshaven. Machen Sie Wil-

(B) helmshaven und Friesland zu einem Sonderfördergebiet, damit auch wir die Chance bekommen, Arbeitsplätze zu ähnlichen Bedingungen in diese Region zu holen, wie die Montanstandorte oder die neuen Bundesländer sie bieten können.

Nur jetzt hat Wilhelmshaven die Chance, eine neue Identität zu gewinnen, um sich vom Bedarfszuweisungsempfänger in einen gesunden Wirtschaftsstandort zu wandeln, nur jetzt, bevor die guten Leute die Region verlassen.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

**Vizepräsident Hans Klein:** Ich erteile dem Abgeordneten Wilfried Bohlsen das Wort.

**Wilfried Bohlsen** (CDU/CSU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zunächst einmal seitens der CDU/CSU-Bundestagsfraktion unsere Betroffenheit über die Sorgen zum Ausdruck bringen, die in Wilhelmshaven und Friesland vorherrschen. Ich sage das als gebürtiger Wilhelmshavener, der elterliche Wurzeln in Jever, in Zetel, in Upschört hat und der mit seiner Heimatgemeinde Wiesmoor im nahen Umkreis, im Einzugsbereich dieses Arbeitsstandortes liegt.

Die **Leidensgeschichte Olympia,** Frau Iwersen, ist eine lange Leidensgeschichte, die nicht nur Wilhelmshaven und Roffhausen betroffen gemacht hat, sondern auch die Standorte Norden im Landkreis Aurich oder

(C) Wiesmoor oder Leer, die vorweg geschlossen werden mußten. Der von Ihnen zitierte Abbau des Personals macht deutlich, wie viele Sorgen wir damit in die Familien gebracht haben.

Wir sollten dann natürlich auch einen Blick in die **Firmenpolitik** werfen, die dort betrieben worden ist. Die Olympia-Werke haben sich den modernen Wegen der Fabrikation nicht anschließen können. Das wird in der Öffentlichkeit sehr deutlich, und darüber herrscht Unverständnis. Der Sprung in die Mikroelektronik ist nicht gelungen. Die moderne Fertigung gerade im Bereich der Telekommunikation ist von denen überhaupt nicht aufgenommen worden. Ich frage mich kritisch: Hätte Daimler-Benz nicht Arbeit in die Region Friesland verlagern können? Das wäre sehr wohl möglich gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der SPD)

Als drittes hat sicherlich der ständige Wechsel im Management dazu geführt, daß einiges uneben ist.

Ich weise auf die Taten des Bundes in der **Infrastruktur** hin. Sie sind nicht unerheblich. Ich sage als langjähriges Mitglied des Verkehrsausschusses und jetzt als Haushälter, was der Bund geleistet hat. Bei den Bundesfernstraßen sind das: für die A 29 680 Millionen DM. Für dringende Verkehrsanbindungen wie auch im Bereich der Bundesstraßen — hier nenne ich die B 210, einen wichtigen Zubringer zu den Olympia-Werken mit Kosten von immerhin über 82 Millionen DM — hat sich der Bund erheblich engagiert.

(D) Sie haben den Tiefwasserhafen angesprochen. Ich nenne hier auch noch einmal die Fahrwasserverbesserungen, die aus dem Haushalt finanziert worden sind und in den letzten Jahren immerhin ein Volumen von über 55 Millionen DM ausmachten.

Das macht deutlich, daß sich der Bund engagiert hat.

Wir müssen diesen Weg des **Anschlusses ans Verkehrsnetz** weitergehen. Sie haben die Forderung nach der Elektrifizierung erhoben. Wir haben durchsetzen können, daß die Strecke von Leer nach Oldenburg elektrifiziert wurde. Ich habe immer gesagt, wir müssen das in zwei Schritten betreiben. Das eine ist ein Zwischenstück, das andere ist ein Endstück. Das Endstück wäre die Strecke Oldenburg–Wilhelmshaven. Nur, wir erwarten, daß sich das Land Niedersachsen hieran beteiligt; denn das hat es unter der Albrecht-Regierung auch für die Strecke Leer–Oldenburg getan. Insofern bedarf es eines Signals seitens der Landesregierung Niedersachsen, daß hier Mittel fließen.

Zu den Fernstraßen: Wir wollen ja für den Bürger wirken. Aber was wir derzeit an Hinderungen haben, um die Ortsumgehungen Jever und Norden hinzukriegen, ist erheblich. Insofern ist es für uns ein ganz schwieriger Prozeß, Straßenprojekte zu vollziehen.

Lassen Sie mich zu dieser wirtschaftlichen Problemregion sagen, daß es einiger Sondermaßnahmen bedarf. Das wird sicherlich der Kollege Erich Maaß, der von dort ist, vertiefen. Wir brauchen, meine ich, Regelungen, wie wir sie von seiten des Bundes schon bei

(A) der Maxhütte und bei Wackersdorf hatten. Das wäre ein Weg, den wir gehen könnten; denn die jetzigen Förderinstrumente reichen einfach nicht aus, um die Region als Standortbewerber auftreten zu lassen. Notwendig wäre hier also eine **Sonderförderung von Bund und Land** bei Ansiedlungen. Die Investitionsförderung optimal auszustatten, wäre ein weiterer Punkt.

Aber ich mache deutlich, daß auch Niedersachsen Verpflichtungen hat. Ich stelle hier die kritische Frage in den Raum: Warum hat die **niedersächsische Landesregierung** die Verhandlungen über die Teststrecke bei Papenburg nicht mit dem Heil der Olympia-Werke verbunden?

(Beifall bei der CDU/CSU — Dietmar Schütz [SPD]: Bei Daimler!)

Warum gibt die Landesregierung nicht grünes Licht für den Krause-Vorschlag der Realisierung der Küstenautobahn? Sie hält voll dagegen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Der Bund baut Autobahnen und versucht, die Region besser an die übrige Bundesrepublik anzubinden. Was tut die SPD? Sie fordert Geschwindigkeitsbegrenzung. Das ist nicht in Einklang zu bringen.

(Zuruf des Abg. Detlev von Larcher [SPD])

— Doch, sehr wohl.

Wir können das Gebiet nicht näherbringen, wir können nur die Wegezeit verkürzen. Wenn es überhaupt gelingt, gelingt es aber nicht mit einer Geschwindigkeitsbegrenzung.

(B) (Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Mercedes und AEG** entziehen sich nach meiner Meinung einer volkswirtschaftlichen Verpflichtung — —

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege Bohlsen, Ihre Redezeit ist schon satt überschritten.

**Wilfried Bohlsen** (CDU/CSU): Ich weiß es, Herr Präsident. Aber vielleicht hat sich die Verzögerung zu Beginn ergeben.

Wir müssen kritisch auf folgendes achten: Wir geben dem Konzern aus dem Bundeshaushalt Forschungsmittel, und er verhält sich jetzt nicht volkswirtschaftlich. So sehen wir es. Vor diesem Hintergrund sollten wir diese Zuschüsse einmal kritisch überdenken.

(Dietmar Schütz [SPD]: Dann müssen wir das miteinander verbinden!)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Hans Klein:** Die Redezeit bei Aktuellen Stunden ist fünf Minuten. Wenn jemand um eine Minute überschreitet, überschreitet er um 20 %. Ich wollte es nur noch einmal sagen.

Als nächster hat der Kollege Günther Bredehorn das Wort.

(C) **Günther Bredehorn** (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Menschen und die verantwortlichen Politiker in Friesland, in Wilhelmshaven und darüber hinaus, sind in großer Sorge um die Arbeitsplätze und die wirtschaftliche Zukunft der Region. Die jetzige Arbeitslosenquote von fast 14 % ist die höchste in den alten Bundesländern.

Der Weltkonzern **AEG-Daimler-Benz** will zum 31. Dezember 1992 das **Büromaschinenwerk Olympia** schließen. Nachdem in den 70er Jahren fast 12 000 Menschen in dem Unternehmen arbeiteten — es wurde ja gerade gesagt, daß es auch weit darüber hinaus Arbeitsplätze in Ostfriesland bedeutete —, bringt diese Entscheidung den Verlust der letzten 2 700 Arbeitsplätze.

Es ist schon beeindruckend, wie sich die Menschen vor Ort, die Betroffenen, die Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, die Kirchen, die Verbände, auch Unternehmerverbände, Kaufleute, engagieren, demonstrieren, Veranstaltungen mit Zigtausenden Menschen machen, um ihre Sorgen vorzutragen, aber auch immer wieder an die Verantwortung des Weltkonzerns zu appellieren. Es gibt eine große Solidarität in der Region.

Das Wort „Olympia" ist das Herz der Region. Es deutet eigentlich alles an, was passieren kann, wenn hier ein Zusammenbruch erfolgt. In der **Region Wilhelmshaven/Friesland** hängt jeder vierte Arbeitsplatz außerdem von der **Bundeswehr** ab. Durch die jetzt erfreulicherweise mögliche Truppenreduzierung müssen wir davon ausgehen, daß — allerdings erst nach 1994 — dort rund 3 000 Soldaten und ca. 1 500 Zivilbeschäftigte aufhören müssen. Damit droht in unserer Region eine Arbeitslosigkeit von über 25 %. (D) Deshalb ist es gut und notwendig, daß wir hier heute im Bundestag die Situation in der Region Friesland/Wilhelmshaven diskutieren, denn der Bund und die Bundesregierung haben den Verfassungsauftrag, für gleichwertige Lebensbedingungen in der gesamten Republik zu sorgen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dieses sage ich hier nicht nur als der zuständige Bundestagsabgeordnete. Auch als stellvertretender Landrat im Landkreis Friesland möchte ich dies für uns einfordern.

Zu allererst fordere ich allerdings das Unternehmen **AEG/Daimler-Benz** auf, sich nicht aus der Verantwortung zu stehlen, sondern seine soziale und regionale unternehmerische Verantwortung wahrzunehmen — Art. 14 GG: Eigentum verpflichtet. Durch die jetzige Unternehmensentscheidung ist das Vertrauen in den AEG/Daimler-Benz-Konzern zerstört, zumal frühere Unternehmensverantwortliche immer wieder eine Standortgarantie für Wilhelmshaven abgegeben haben.

Was können wir tun? Friesland/Wilhelmshaven muß aus den Negativschlagzeilen heraus, denn unsere Region bietet gute und viele Chancen, die nur genutzt werden müssen. Da sind zunächst gut ausgebildete, fleißige und hochmotivierte Menschen, das ist der einzige deutsche Tiefwasserhafen, das ist die intakte Natur und Umwelt. Um diese Chancen zu nutzen fordere ich die Bundesregierung auf, durch eine kurzfristige **Verbesserung der Investitionschancen** neue und not-

**Günther Bredehorn**

(A) wendige Impulse für die Region Friesland/Wilhelmshaven zu geben. Dazu gehört die Einstufung der Region als Sondergebiet der **Regionalförderung** mit folgenden Maßnahmen:

Erstens. Befristete Erhöhung der **Investitionförderung** auf das in den neuen Bundesländern geltende Niveau. Dieses ist für einen befristeten Zeitraum durchaus gerechtfertigt, denn die Arbeitslosigkeit ist bei uns höher als in den meisten Regionen in den neuen Bundesländern.

(Dietmar Schütz [SPD]: Das ist richtig!)

Zweitens. Aus dem angekündigten **Konversionsprogramm** für von der Bundeswehrreduzierung besonders betroffene Standorte sollten gezielt und vorab Mittel in Wilhelmshaven eingesetzt werden.

Drittens. Unverzügliche Inangriffnahme der Elektrifizierung und des **Ausbaus der Bundesbahnstrecke** Oldenburg–Wilhelmshaven. Hier bitte ich die Kollegen aller Fraktionen bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes, diesen Maßnahmen die höchste Priorität zu geben. Auch die niedersächsische Landesregierung ist hier in die Pflicht zu nehmen und muß beim Ausbau dieser Strecke ihren finanziellen Anteil leisten.

(Dietmar Schütz [SPD]: Sehr wohl!)

**Bundeswirtschaftsminister** Jürgen Möllemann kennt die Probleme unserer Region. Auf meine Bitte hin war er sofort bereit, eine **Regionalkonferenz** durchzuführen. Dafür meinen herzlichen Dank. Bundesminister Möllemann wird dabei mit den Beamten seines Hauses, den Vertretern der EG, der Wirtschaft

(B) und den politisch Verantwortlichen der Region sowie Landesminister teilnehmen, um ein Aktionsprogramm festzulegen und umzusetzen. Friesland/Wilhelmshaven darf keine Region der Hoffnungslosigkeit werden. Friesland/Wilhelmshaven ist eine Region mit Zukunft.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsident Hans Klein:** Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Dr. Ulrich Briefs.

**Dr. Ulrich Briefs** (PDS/Linke Liste): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Schließung des Olympia-Werkes in Wilhelmshaven ist ein klassisches Beispiel kapitalistischer Unternehmenspolitik. **Daimler-Benz,** der größte deutsche Konzern mit mehr als 280 000 Beschäftigten weltweit und alleine in diesem Jahr mit einem Jahresüberschuß von 1,6 Milliarden DM, schließt eines seiner zahlreichen Werke. 2 700 Menschen verlieren ihren Arbeitsplatz. Die Arbeitslosenquote in Wilhelmshaven steigt von 14 auf nahezu 30 %. Das lokale Handwerk und Dienstleistungsgewerbe sehen erhebliche Umsatzeinbußen auf sich zukommen mit der Folge weiterer Arbeitsplatzverluste.

Eine Stadt, eine Region wird buchstäblich durch eine Entscheidung am grünen Tisch der Konzernzentrale in Stuttgart in eine perspektivlose Depressionszone verwandelt. Eine Mitbestimmung des Betriebsrates gibt es hier nicht. Er kann lediglich die sozialen Folgen abmildern. Das Mitbestimmungsgesetz von

(C) 1976 hat im Aufsichtsrat der Daimler-Benz AG der Kapitalseite wirklich hieb- und stichfest die Mehrheit gegeben. Die Vorschläge der IG Metall und auch die vom Betriebsrat und den Vertrauensleuten erarbeiteten Vorschläge für alternative Produktion in diesem Olympia-Werk verhallen auch deshalb ungehört.

Trotz Mitbestimmung, trotz Betriebsverfassungsgesetz, trotz Mitbestimmungsgesetz 1976: Die **Beschäftigten** und ihre demokratisch legitimierte Interessenvertretung, die **Gewerkschaften,** haben nicht die notwendigen Druckmittel. Ich denke, die Gewerkschaften und die Betriebsräte sind in einem Maße demokratisch legitimiert, wie es vielleicht noch nicht einmal unsere Parteien sind. Immerhin erhalten die Gewerkschaften des DGB bei den alle vier Jahre stattfindenden Betriebsratswahlen 70 bis 80 % der Sitze. Immerhin ist ein Organisationsgrad von 35 % eine Größenordnung, von der die Parteien nur träumen können.

In Übereinstimmung mit der Belegschaft, mit dem Betriebsrat und der IG Metall fordern wir deshalb aber auch für das Olympia-Werk in Wilhelmshaven: Der Daimler-Benz-Konzern muß das **Konzept der IG Metall und der Betriebsräte,** das Produktionsalternativen für dieses Werk vorsieht, aufgreifen und im Rahmen seiner mittelfristigen Unternehmensplanung realisieren.

Die Interessen der Menschen in der Region müssen dem restlosen Auspressen der Profitzitrone, wie es der Daimler-Benz-Konzern in Wilhelmshaven praktiziert, vorangehen.

(D) (Matthias Wissmann [CDU/CSU]: Immer die alte Leier!)

Es gehört auch zu den Menschenrechten, durch eigene Arbeit seinen Lebensunterhalt sichern zu können.

Die **Mittel für die Produktionsumstellung** können vom Daimler-Benz-Konzern, der in vagabundierendem Kapital nur so schwimmt, buchstäblich aus der Portokasse aufgebracht werden. Der moderne hochentwickelte industrielle Kapitalismus dieses neuen Deutschlands wird uns noch zahlreiche ähnliche Fälle präsentieren. In diesen Fällen müssen die betroffenen Kolleginnen und Kollegen sich — um Bertolt Brecht zu zitieren — in ihre eigenen Angelegenheiten einmischen können. Es darf nicht in Konzern- und Unternehmenszentralen über ihre Köpfe hinweg über sie, über ihre Arbeitsplätze, ihre Lebensgrundlage entschieden werden.

Deshalb fordern wir — wir werden dazu auch konkrete Vorstellungen vorlegen —: Die Demokratie darf nicht länger, wie im Falle des Olympia-Werks in Wilhelmshaven, an den Werkstoren und vor Konzernzentralen enden. Die Menschen in den Betrieben haben das Recht — auch das ist nach unserer Auffassung ein Menschenrecht — auf wirklich **umfassende Mitbestimmung,** auf soziale Mitbestimmung, auf technologische Mitbestimmung, auf ökologische Mitbestimmung und vor allem — als Grundlage — auf wirtschaftliche Mitbestimmung.

Wenn wir auch diese Lehre aus dem Fall der geplanten Schließung des Olympia-Werks in Wilhelms-

**Dr. Ulrich Briefs**

haven ziehen, dann ist dieses kapitalistische Lehrstück nicht vergebens gewesen.

Wir solidarisieren uns deshalb voll und ganz mit dem Kampf der Arbeiterinnen und Arbeiter in Wilhelmshaven um den Erhalt ihrer Arbeitsplätze.

Danke sehr.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste — Manfred Richter [Bremerhaven] [FDP]: Ein finsterer Kommunist! — Ernst Hinsken [CDU/CSU]: So kann nur ein Kommunist reden! Von Tuten und Blasen keine Ahnung!)

**Vizepräsident Hans Klein:** Das Wort hat der Abgeordnete Bernd Henn.

**Bernd Henn** (fraktionslos): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Friesland** steht exemplarisch für die Regionen, deren **Strukturschwäche** seit über einem Jahrzehnt in der Alt-BRD trotz klassischer regionaler Wirtschaftsförderungskonzepte nicht behoben werden konnte. Dies läßt etwas über die Zukunft der neuen Bundesländer erahnen.

Es gibt andererseits wohl kaum eine vergleichbare Region, wo die Chancen und Handlungsmöglichkeiten für beschäftigungssichernde Aktivitäten so offensichtlich auf der Hand liegen.

Im Bereich der **Bundesmarine** hat es die Bundesregierung selbst in der Hand, dem notwendigen Abbau der Streitkräfte auch wirkliche Einsparungen im Rüstungshaushalt folgen zu lassen, anstatt unsinnige Rüstungsprojekte weiter zu verfolgen und dort das Geld zu verpulvern, statt damit die Umstrukturierung der jeweiligen Wirtschaftsräume zu finanzieren.

Nun fließt sinnigerweise der Profit für die Entwicklung und später dann auch für die Produktion des **Jäger 90** ausgerechnet jenem Konzern zu, der in Wilhelmshaven die Tore dichtmachen will. Diese Tatsache schreit geradezu nach politischer Einflußnahme, so wie es der **Daimler-Benz-Konzern** auch nicht unterläßt, die Bundesregierung zu mahnen, dieses Projekt weiter zu verfolgen. Wir sehen ja nur den öffentlichen Druck.

Die AEG Olympia befindet sich nunmehr seit Jahren unter dem Dach dieses Konzerns, der finanzstark ist und an vielen Produktionsstandorten in der Bundesrepublik in den letzten Jahren die Produktion nur mit Überstunden und Sonderschichten bewältigen konnte. Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn sich in den immer noch ausgelasteten Standorten Baden-Württembergs nicht die eine oder andere Produktlinie finden würde, die im Rahmen eines sozial abgefederten Umstrukturierungskonzepts — ohne dem Süden der Republik weh zu tun — Arbeit an die Küste bringen könnte.

Aber in diesem Fall Daimler-Benz zeigt sich noch ein Weiteres: Die Arbeitnehmer, die Kolleginnen und Kollegen im Olympia-Werk, haben, weil ihnen die Situation auf dem Schreibmaschinensektor klar war, seit geraumer Zeit selbst Vorschläge und Konzepte für neue Fertigungen entwickelt und auf den Tisch gelegt. Ganz unabhängig davon, wie die betriebswirtschaftlichen Kenndaten dafür sind und welche Profitmöglichkeiten dabei herausgesprungen wären: Schlimm ist, daß der Daimler-Benz-Konzern mit seinen riesigen Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in all den Jahren, in denen das Büromaschinen-Problem auf dem Tisch lag, selbst nichts dazu beigetragen hat, Alternativen für die Standortsicherung in Wilhelmshaven zu entwickeln.

Frau Kollegin Bulmahn hat vor einigen Monaten offengelegt, daß der Daimler-Benz-Konzern seit 1983 mehr als 4 Milliarden DM an **Forschungsmitteln aus dem Bundeshaushalt** herausgezogen hat. Diese Tatsache macht den Vorgang in Wilhelmshaven noch mehr zu einem Skandal der Daimler-Benz AG.

(Beifall des Abg. Otto Schily [SPD])

Volkswagen konnte sich Mitte der 70er Jahre nicht erlauben, sich aus dem ebenso strukturschwachen ostfriesischen Raum zurückzuziehen und den Standort Emden aufzugeben. Da haben die politischen Stimmen auf der Anteilseignerbank im Aufsichtsrat eine Rolle gespielt.

Bei Daimler-Benz ist der Bund einer der größten Auftrag- und Subventionsgeber. Ich fordere die Bundesregierung daher auf: Machen Sie Ihren Einfluß auf den Konzern geltend, damit der Standort Wilhelmshaven erhalten bleibt.

(Beifall bei der PDS/Linke Liste)

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege Dr. Uwe Jens, Sie haben das Wort.

**Dr. Uwe Jens** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde, es ist gut, daß wir über dieses Thema hier debattieren.

(Matthias Wissmann [CDU/CSU]: Da müßte man viele Aktuelle Stunden machen!)

Wir reden in der letzten Zeit — ich glaube, Reden und Handeln klaffen hier ein bißchen auseinander — wirklich viel, verstärkt über die Probleme der neuen Bundesländer. Aber wir übersehen, daß es auch Probleme in Nord- und in Westdeutschland gibt, gravierende Probleme; diese können wir nicht einfach unter den Teppich kehren. Auch um diese Probleme — wie heute um das Problem Wilhelmshafen/Friesland — haben wir uns zu kümmern. Insofern begrüße ich diese Aktuelle Stunde außerordentlich.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP — Otto Schily [SPD]: Da klatscht sogar die FDP!)

Meine Damen und Herren, so eine Stadt wie **Wilhelmshaven** — ich komme nicht daher, habe nichts damit zu tun — und so eine Region wie **Friesland** sind ja in einer verhängnisvollen **Situation**, in einem, wie ich immer sage, verhängnisvollen Circulus vitiosus: hohe Arbeitslosigkeit, viele Ausgaben für Sozialhilfe, hohe Verschuldung, kein Geld für Infrastrukturmaßnahmen und damit auch kein Geld zur Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen aus der Region heraus. Mir wäre es am liebsten, wenn die Arbeitsplätze dort mit eigenen Mitteln geschaffen werden könnten. Aber sie können es nicht, weil sie überfordert sind.

**Dr. Uwe Jens**

(A) Hier muß eben die höhere Ebene, das Land oder der Bund, helfen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, ein **Großkonzern wie Daimler-Benz** — ich verlange sonst von kleinen und mittleren Unternehmen wirklich nicht zuviel —, der größte Konzern der Bundesrepublik Deutschland, hat eine **gesamtwirtschaftliche Verantwortung**, ob er das wahrhaben will oder nicht. Er muß in solchen Fällen auch Regionalprobleme aufgreifen und sie einer Lösung näherbringen.

(Matthias Wissmann [CDU/CSU]: Deswegen hat er eine Milliarde Verluste ausgeglichen!)

Vor etwa zwei Jahren, im September 1989 — Herr Wissmann, Sie waren ja immer dafür —, haben wir hier, was marktwirtschaftliche Politik angeht, den größten Fehler gemacht, der in der Bundesrepublik jemals gemacht worden ist. Wir haben dem Daimler-Benz-Konzern die **Fusion mit MBB** genehmigt. Das war eine eklatante Sünde gegen die Marktwirtschaft; das werden wir niemals vergessen.

(Dietmar Schütz [SPD]: Daran sollten wir sie auch festhalten!)

Aber damals hieß es — der frühere Wirtschaftsminister Haussmann hat das schriftlich festgelegt —, die volkswirtschaftlichen Vorteile dieser Fusion seien größer als ihre wettbewerblichen Nachteile.

(B) (Wolfgang Roth [SPD]: Wo ist er denn?)

Wie sieht es denn mit den volkswirtschaftlichen Vorteilen aus, wo sind sie denn? — Sie schlagen sich darin nieder, daß Daimler-Benz die Olympia-Werke in Wilhelmshaven jetzt dichtmachen will. Das können wir nicht akzeptieren. Hier muß man Daimler-Benz immer wieder kritisieren.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Mein Freund Herbert Ehrenberg, ehemaliger Minister, hat an **Edzard Reuter** geschrieben und darum gebeten — ja, er hat ihn gewissermaßen angefleht —, am 9. Dezember dieses Jahres, am Montag nächster Woche, im **Aufsichtsrat,** dem er vorsitzt, dafür zu sorgen, daß für die AEG-Olympia-Werke in Wilhelmshaven noch etwas getan wird. Und wie lautet die Antwort von Edzard Reuter? Er sagt: Einen Kuchen kann man natürlich nur einmal aufessen. — Das ist sicherlich richtig. Das ist eine Binsenwahrheit. Das braucht er nicht zu schreiben; das weiß jeder. Aber daß Daimler-Benz eine Verpflichtung hat, verschweigt er geflissentlich. Er weist darauf hin, daß ein hoher Anteil der Produktion seitens der Industrie ins Ausland geht. Das ist richtig, wenigstens zum Teil.

Es geht aber bei weitem nicht die gesamte Produktion ins Ausland. In Wilhelmshaven haben wir **hochqualifizierte Arbeitskräfte;** sie könnten — davon bin ich überzeugt — bei richtigem Einsatz wesentlich besser, wesentlich effektiver und wesentlich produktiver arbeiten als manche Ausländer irgendwo in Südostasien.

(C) Deshalb glaube ich, daß die Verpflichtung besteht, etwas zu tun. Die Bundesregierung muß gegen Sozial-Dumping — was auch immer da stattfindet — und gegen Umwelt-Dumping — was es auch gibt — verstärkt vorgehen.

Ich fordere Edzard Reuter noch einmal auf, dies alles zu überdenken und für diese Region etwas zu tun.

(Zustimmung des Abg. Arne Börnsen [Ritterhude] [CDU/CSU])

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß die deutsche Wirtschaft im ganzen diese Region nicht vernachlässigen darf. Die **Stadt Wilhelmshaven** ist als **wirtschaftlicher Standort** durchaus attraktiv. Sie hat einen hervorragend ausgebauten und für seegängige Schiffe verfügbaren Hafen; es gibt dort arbeitswillige und qualifizierte Arbeitnehmer; die Infrastruktur im Verkehrsbereich ist gut bis sehr gut ausgebaut.

Wir fordern auch von Wirtschaftsminister **Möllemann,** daß er sich mit der Konzernleitung, mit Herrn Reuter in Verbindung setzt, um die Weichen neu zu stellen. Sie müssen sich, glaube ich, an einen Tisch setzen und etwas für diese Region — Wilhelmshaven und Friesland — tun.

Schönen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP und der PDS/Linke Liste)

**Vizepräsident Hans Klein:** Das Wort hat der Abgeordnete Jürgen Timm.

(D)

**Jürgen Timm** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! 14 % Arbeitslosigkeit, Reduzierung der Arbeitsplätze bei Melitta von 700 auf 400, Truppenkonversion mit einer Reduzierung von 3 000 Soldaten und 1 500 Zivilbeschäftigten, zum Ende des Jahres 1992 die Schließung der Olympia-Werke mit 2 700 Arbeitsplätzen: Das ist zuviel für eine Region, das kann sie nicht verkraften.

(Beifall bei der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste und des Abg. Arne Börnsen [Ritterhude] [CDU/CSU])

Sie wird dann möglicherweise eine Arbeitslosigkeit von 28 % oder mehr erreichen. Friesland und Wilhelmshaven müssen uns mehr wert sein als eine solche Entwicklung.

Es gibt dort den Tiefwasserhafen Wilhelmshaven, die attraktive Küstenlandschaft für die Nah- und Langzeiterholung, und dort weht ein ständiger Wind, den man gut für energetische Ausnutzung heranziehen kann.

(Dietmar Schütz [SPD]: Und für einen klaren Kopf!)

— Der Wind macht uns einen klaren Kopf.

Allerdings fehlt immer noch die **Infrastruktur,** die die Region erschließen könnte. Ich denke z. B. an die Verbindung über Oldenburg, Bremen an den Raum Mecklenburg und die Ostsee oder auch an Brandenburg bzw. Berlin, die in der Vergangenheit einmal eine wichtige Rolle gespielt hat.

**Jürgen Timm**

Hier müssen wir die Hebel ansetzen. Das betrifft ganz besonders den **Ausbau der Bundesbahn,** der in all den Jahren vernachlässigt worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP, der CDU/CSU und der SPD)

Ich will nur zwei Stichworte nennen: Elektrifizierung und Eingleisigkeit.

Wir müssen aber auch im **Straßenbau** den Hebel ansetzen, der sehr stark vernachlässigt worden ist. Ich möchte nur an die leidige Diskussion um einen Wesertunnel und an die hier schon zitierte Küstenautobahn erinnern. Angesichts der Zielvorstellungen der Landesregierung von Niedersachsen für diesen Bereich glaube ich nicht, daß man bezüglich dieser Infrastrukturmaßnahmen sehr optimistisch sein darf.

(Dietmar Schütz [SPD]: Der Wesertunnel ist unumstritten!)

Besonders bedrückend ist, daß der Weltkonzern **Daimler-Benz** — wenn der Bestand der Olympia-Werke aus konzernpolitischen Gründen nicht mehr möglich ist — kein größeres **Engagement** in anderen Technologiebereichen zeigt. Sonst ist man doch auch nicht gerade pingelig, wenn es darum geht, die Hand aufzuhalten, um staatliche Mittel oder Subventionen zu erhalten. In diesem Bereich müssen wir von Daimler-Benz mehr einfordern. Vor allem brauchen wir die nötige Zeit, bis die staatliche Regionalförderung überhaupt greifen kann.

Herr Kollege Jens, Sie haben vorhin angesprochen, daß wir damals bei der Fusion einen großen Fehler gemacht haben. Es könnte aber doch auch so gewesen sein, daß AEG mit den Olympia-Werken schon vorher in diese Situation geraten wäre. Herrn Reuter wollten doch ausgerechnet Sie zum Wirtschaftsminister machen und nicht wir.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP sowie des Abg. Arne Börnsen [Ritterhude] [CDU/CSU] — Dr. Uwe Jens [SPD]: Dann hätten wir das Problem auch gelöst!)

Daß die **Bundeswehr** personell und sachlich reduziert werden muß, ist schon angesprochen worden; diese Verpflichtung müssen wir einlösen. Sie bringt für Wilhelmshaven und Friesland natürlich große Probleme mit sich. Hier muß die **Regionalpolitik** ausgleichend eingreifen, auch im Hinblick auf ein Europa ab 1993. Ich nenne insbesondere die Region Bremen, die ebenfalls eine Rolle spielt; denn Bremen ist so etwas wie ein Brückenkopf zum alten Hinterland. In Bremen muß auch etwas zur Lösung der Probleme aus dem politischen Raum beigetragen werden; denn jetzt, nach der Wiedervereinigung, können die Entwicklungen in Richtung auf das alte Hinterland wieder aufgegriffen werden.

Neben den bereits hier gemachten Vorschlägen ist es deswegen erforderlich, daß eine **konzertierte Aktion** unter Einbeziehung des verantwortlichen Landes Niedersachsen und des mitverantwortlichen Landes Bremen, der kommunalen Gebietskörperschaften und des Bundes zusammentritt, um dem Wirtschaftsraum Friesland und Wilhelmshaven und darüber hinaus eine Zukunftsperspektive zu eröffnen, die möglichst kurzfristig greift.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Abgeordneter Ernst Schwanhold, Sie haben das Wort.

(Otto Schily [SPD]: Herr Hinsken, noch ein bißchen warten! — Ernst Schwanhold [SPD]: Auch ich heiße Ernst!)

— Verzeihung, das lag an dem Vornamen Ernst. Vorhin war es der Anfangsbuchstabe „B". Jetzt ist es der Vorname Ernst. Entschuldigung, Herr Abgeordneter Hinsken, Sie haben das Wort.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Roth [SPD] — Ingrid Roitzsch [Quickborn] [CDU/CSU]: Jetzt wird es ernst!)

— Das macht die Gegenwart des Kollegen Roth.

Bitte, Herr Kollege Hinsken.

**Ernst Hinsken** (CDU/CSU): Auf diese Art und Weise habe ich mitbekommen, daß es mehrere Kollegen gibt, die den gleichen Vornamen tragen wie ich.

Verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Als ich vor zwei Stunden von einem Journalisten aus dem Norden der Republik angerufen und gefragt wurde, warum ich denn als CSU-Mann zu diesem Thema spreche, versuchte ich ihm klarzumachen, daß Themen der regionalen Strukturpolitik nicht nur einen gewissen Bereich betreffen, sondern uns bundesweit interessieren und die CSU nicht durch Abwesenheit glänzen will,

(Matthias Wissmann [CDU/CSU]: Sehr wahr!)

sondern bereit ist, auch Flagge zu zeigen und ihre Meinung klar und deutlich zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD)

Unser Verhalten steht somit im Gegensatz zu der **Niedersächsischen Landesregierung,** die diesem Problem scheinbar sowenig Bedeutung beimißt, daß sie heute durch totale Abwesenheit glänzt. Es ist weder der Ministerpräsident da,

(Ingrid Roitzsch [Quickborn] [CDU/CSU]: Das ist unerhört!)

noch ist der Wirtschaftsminister da. Ich weiß nicht: Mißt man diesem Problem nicht die Bedeutung zu, die ihm beigemessen werden müßte?

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Insofern sehe ich mich als CSU-Mandatsträger dem friesischen Bereich um Wilhelmshaven mehr verbunden als die SPD-Regierung, die in Hannover residiert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine Damen und Herren, es ist ein unglückliches Zusammentreffen von mehreren Komponenten, das uns dazu geführt hat, daß wir heute über dieses Problem debattieren. Was Betriebsschließungen anbelangt und was Arbeitsplatzverluste betrifft, so weiß ich zur Genüge Bescheid, weil ich aus einem struktur-

**Ernst Hinsken**

(A) schwachen Bereich komme und mit gleichen Problemen zu kämpfen hatte. Aber **Strukturkrisen** müssen vor allem von den Ländern aufgearbeitet werden. Ich meine: Hier hat das Land Niedersachsen einfach versagt.

(Beifall bei der CDU/CSU — Dietmar Schütz [SPD]: So simpel ist das nicht!)

Hier war man nicht bereit, alles aufzunehmen, was an Angeboten gekommen ist.

(Zuruf von der SPD: Herr Albrecht hat versagt!)

Hier hat man bisher beseite geschoben, daß diese Firma in Wilhelmshaven täglich Verluste in Höhe von 500 000 DM macht.

Hier ist man nicht bereit, zur Kenntnis zu nehmen, daß — laut Ausführungen, die mir gegenüber gemacht worden sind — allein in den letzten 5 Jahren 1 Milliarde DM zugebuttert werden mußte. Wer, meine Damen und Herren, kann sich das auf Dauer leisten?

(Beifall bei der CDU/CSU — Zuruf des Abg. Wolfgang Roth [SPD] — Otto Schily [SPD]: Wer ist für diese Krisensituation verantwortlich? Da gab es doch einen gewissen Herrn Albrecht!)

Ich meine, daß sich gerade in dieser Debatte und in dieser Situation zeigen muß, ob ein Land in der Lage ist, strukturelle Entwicklungen zu leiten und zu steuern sowie Krisensituationen zu bewältigen, oder ob es dazu nicht in der Lage ist.

(B) Eine kluge, vorausschauende Politik muß solche Probleme bewältigen. Es geht nicht an, nach Bonn zu fahren und die Hand aufzuhalten, um dann wieder nach Hause zu fahren und die gleiche falsche Politik wie in der Vergangenheit weiter zu betreiben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Günther Friedrich Nolting [FDP])

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch zwei grundsätzliche Fragen ansprechen. Ich meine: Wir können uns z. B. Rheinhausen oder die Kohlepolitik nicht zum Vorbild nehmen, weil es nicht immer möglich ist, daß z. B. — wie in Rheinhausen passiert — der Bund 350 Millionen DM zuschießt. Es geht auch nicht an, daß wir auf Dauer feststellen müssen, daß der Bund in der Kohlepolitik pro beschäftigten Arbeitnehmer 76 000 DM jährlich hinzugibt.

(Matthias Wissmann [CDU/CSU]: Aber nur in Westdeutschland!)

— Ich bedanke mich für den Hinweis, Herr Kollege Wissmann. Das gilt selbstverständlich nur in Westdeutschland.

Ich bedauere sehr, daß hier nichts Handgreifliches kommt, was man benötigte, um die Probleme in der Zukunft bewältigen zu können. Wir können es uns einfach nicht leisten, daß der Bund für die Umstrukturierung in den Ländern bluten muß.

Niedersachsen — das möchte ich ausdrücklich sagen — ist mit einem klaren zielführenden Konzept gefordert. Der Bund kann diese Strukturpolitik nicht (C) ersetzen, sondern allenfalls ergänzen.

Ein Letztes, meine Damen und Herren. Wenn ich hier von grundsätzlichen Fragen spreche, so meine ich auch darauf verweisen zu müssen, daß es uns insgesamt gesehen doch darum gehen muß, den **Industriestandort Bundesrepublik Deutschland** weiterhin attraktiv zu halten und die **Wettbewerbsfähigkeit** zu sichern.

Es grenzt, meine Damen und Herren von der Opposition, in gewisser Hinsicht schon an Heuchelei, hierherzugehen, zu lamentieren, zu jammern, aber nicht bereit zu sein, grundsätzliche Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich unsere Wirtschaft auch in einem freien gemeinsamen Europa mit weltweiter Konkurrenz in Zukunft behaupten kann.

(Detlev von Larcher [SPD]: Sie reden doch Unsinn!)

Es geht nicht an, daß Sie hier gegen die Unternehmensteuerreform wettern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es geht nicht an, daß Sie kein Verständnis dafür haben, wenn wir darauf hinweisen, daß die Lohnnebenkosten ins Unermeßliche gehen — von 100 % Lohnkosten sind 45 Prozentpunkte Lohnnebenkosten. Das ist dem Industriestandort Bundesrepublik Deutschland, auch in Friesland befindlich, nicht dienlich. Wir sind gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, um diese Herausforderungen zu bewältigen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ein letzter Satz: Ich setze auf die Bundesregierung. Dabei gehe ich davon aus, daß sie bereit ist, weitere (D) Verhandlungen zu führen. Ich hoffe aber auch, daß das Land Niedersachsen bereit ist, seinen Beitrag zu leisten, und daß ihr Parteikollege Edzard Reuter auch das notwendige Verständnis zeigt, um einen gewissen Umstrukturierungsprozeß herbeizuführen.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP — Zurufe von der SPD)

**Vizepräsident Hans Klein:** Auch mit der Einleitung „letzter Satz" kann man nicht eine Minute überziehen. Das wollte ich nur einmal schnell sagen.

(Heiterkeit bei der CDU/CSU)

Bitte, Herr Kollege Schwanhold, Sie haben das Wort.

**Ernst Schwanhold** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Offensichtlich sind die Bezuschussungen und Unterstützungen des Bundes für bayerische Unternehmen gut, wenn es z. B. um den Airbus geht. Ich kenne Herrn Hinsken, der als erster bei Stützungsmaßnahmen des Bundes schreien würde: gut! Wenn aber eine Region im Norden, also nicht in Bayern, in die Bredouille geraten ist, dann ist dies das Verschulden der Landesregierung, und die Landesregierung kann dies alleine ausbaden.

Herr Hinsken, ich sage Ihnen: Dieses ist Regionalpolitik, die nur auf Bayern abzielt — Bayern hat das ja

**Ernst Schwanhold**

in der Vergangenheit mit großem Erfolg gemacht — und alle anderen Regionen außer acht läßt. Dieses ist zudem — das sage ich Ihnen angesichts der Arbeitslosenzahlen, die dort drohen, ganz deutlich — menschenverachtend.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Die schwierige Situation bei Olympia gibt es seit mindestens fünf Jahren.

(Zuruf von der FDP: Zehn Jahren!)

— deshalb ist die Fusion erst zustande gekommen —, nicht erst seit anderthalb Jahren, seitdem Ministerpräsident Schröder im Amt ist.

(Gerlinde Hämmerle [SPD]: Seit zehn Jahren!)

— Seit zehn Jahren. Ich sagte: seit mindestens fünf Jahren.

Ihre Kritik wäre ein gutes Stück glaubwürdiger gewesen, wenn Sie die frühere Niedersächsische Landesregierung, die von Ministerpräsident Albrecht geführt worden ist, auch in die Verantwortung einbezogen hätten und nicht auf die letzten anderthalb Jahre verwiesen hätten.

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Schröder ist doch angetreten, es besser zu machen!)

Ich sage Ihnen gleich etwas dazu, was jetzt geschieht, wie sich die Niedersächsische Landesregierung bemüht.

Ich will überhaupt nicht leugnen, daß es eine **Konzernverantwortung** gibt. Ich habe mich ausdrücklich über die große Nähe zu den Rednern der FDP gefreut. Offensichtlich ist, anders als in öffentlichen Verlautbarungen, die man sonst hört, Industriepolitik doch nicht ganz außerhalb jeglicher Überlegung. In dieser Region wäre sie auch außerordentlich notwendig.

Die **Niedersächsische Landesregierung** hat mit vier **Maßnahmen,** die sie auch dotiert, versucht, Auffangsituationen zu schaffen.

Erstens. Sie hat ihre Bereitschaft angekündigt, die **Elektrifizierung der Strecke von Wilhelmshaven nach Oldenburg** und darüber hinaus nach Osnabrück — dies ist übrigens notwendig, um die schnelle Anbindung an das Ruhrgebiet zu schaffen — zu dotieren und zu unterstützen. Der Bund selbst muß nun mit seinem Verkehrswegeplan möglichst schnell dafür sorgen, daß dieses auch durchgeführt wird.

Zweitens. Die Niedersächsische Landesregierung weist in den Jahren 1991 bis 1993 über die bisherige Förderung Wilhelmshavens hinaus 5 Millionen DM pro Jahr für ein **Sonderprogramm** aus. Dieses ist zugegeben nicht viel, aber ein Ansatz. Optionen, dieses zu erhöhen, sind vom niedersächsischen Verkehrs- und Wirtschaftsminister eröffnet worden.

Drittens. Der **Ausbau der Fachhochschule** und die Versuche, in diesem Bereich mit Meeresforschung und Meerestechnik Wilhelmshaven als einen Wissenschaftsstandort auszubauen und neue Ansiedlungen vorzunehmen, werden von seiten der Niedersächsischen Landesregierung beschleunigt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das hat die CDU gemacht! Bei euch ist das verschleppt worden)

— Dies ist eben nicht korrekt. Es ist ausdrücklich vom Wirtschaftsminister Fischer und vom Kabinett so vorgesehen.

Diese Maßnahmen sind ein Weg, mit dem man die Probleme zwar nicht lösen kann, aber einer Lösung näherkommen kann. Der Bund wäre gut beraten, wenn er ein **Konversions-Vorabprogramm** für die Region Wilhelmshaven und, ich gebe zu, auch für andere Regionen im Westen initiieren würde, um sofort und beschleunigt zu helfen, damit die 2 700 Menschen nicht ins Uferlose fallen, sondern Hoffnung haben.

Wenn es diese Hoffnung nicht gibt, gehen die jungen, gut ausgebildeten Menschen aus dieser Region weg, und es gibt keine Chance für die Region. Deshalb muß der Bund das flankierend begleiten.

Ich beklage genauso wie Sie, daß Daimler-Benz und AEG die Konzernverantwortung nicht wahrnehmen. Wenn man Fast-Monopolist in einer Region ist, hat man eine ganz besondere regionale und strukturpolitische Verantwortung.

Aber es ist zudem ein Problem, wenn der **Bund** sich aus seiner **Verantwortung** langsam hinausschleicht und durch den Abbau von 3 000 Arbeitsplätzen im Bereich der Marine für eine Verschärfung der Situation sorgt und nicht bereit ist, schnell zu helfen.

(Beifall bei der SPD und der PDS/Linke Liste)

**Vizepräsident Hans Klein:** Der Abgeordnete Thomas Kossendey hat das Wort.

**Thomas Kossendey** (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, es ist gut, daß wir heute in dieser Aktuellen Stunde über Wilhelmshaven und Friesland sprechen und parteiübergreifend versuchen, Konzepte zu erarbeiten. Ich finde es auch gut, daß deutlich wird, daß dieses Thema nicht mit dem Stichwort **Wilhelmshaven** allein zu behandeln ist, sondern daß darum herum der **Landkreis Friesland** zu berücksichtigen ist. Das Umland ist in diesem Fall genauso wichtig wie die Stadt, die immer wieder zitiert wird.

In Zetel, in Varel, in Bockhorn, in Hohenkirchen, in Jever, in Wittmund — überall da wohnen Eltern, deren Kinder bei der Bundeswehr arbeiten, überall da wohnen Väter und Mütter, die bei Olympia ihren Arbeitsplatz haben und die glaubten, dort einen sicheren Arbeitsplatz gefunden zu haben.

Ich glaube, es ist auch ganz wichtig, daran zu erinnern, daß wir — das ist nicht häufig in unseren politischen Diskussionen so — hier eine übereinstimmende Aktion aller Landtagsabgeordneten und aller Bundestagsabgeordneten der Region haben, die sich um die-

**Thomas Kossendey**

(A) ses Problem kümmern wollen. Wir sollten das in dieser Diskussion auch nicht zerreden.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und der SPD sowie bei Abgeordneten der PDS/Linke Liste)

Andererseits darf diese Diskussion aber auch nicht folgenlos bleiben. Wir sollten auch nach dieser Diskussion gemeinsam weiter arbeiten und wir sollten vor allem diejenigen, die die Krise mitverursacht haben — AEG, Olympia und den Bund —, in die Pflicht nehmen.

Ich will, weil ich im Verteidigungsausschuß mitarbeite, zu dem Bereich, der die **Bundeswehr** angeht, nur ein paar Stichworte aufgreifen. Es ist ja nicht so, als ob da in der Vergangenheit nichts geschehen sei. Wilhelmshaven wird größter Marinestandort bleiben. Das **Marineamt** wird von Wilhelmshaven nach Rostock verlegt. Dafür haben wir, Erich Maaß und ich, so lange gekämpft, daß wir schon fast ein schlechtes Gefühl gegenüber den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern haben, weil diese das Marineamt zwar bekommen, dies aber eigentlich eine Briefkastenfirma ist, denn der größte Teil der wichtigen Arbeitsplätze bleibt in Wilhelmshaven.

Beim **Marinearsenal** konnten wir durch lange Verhandlungen erreichen, daß der Abbau der Arbeitsplätze bis weit über 1996 hinausgezögert wird. Bis 1996 geht es um 7 oder 8 % — schlimm genug, aber allemal weniger als geplant —, die dort reduziert werden. Im Bereich der **Soldaten** selber haben wir die ursprünglich von Stoltenberg geplante Reduzierung (B) um 250 Dienstposten etwas besser gestalten können.

Ich meine, wir müssen deutlich machen, daß die Friedensdividende, die wir alle schon bei Theo Waigel in der Kasse klingeln hören, nun nicht automatisch querbeet in der ganzen Republik verteilt werden darf, sondern daß sie in erster Linie zunächst einmal da eingesetzt wird, wo sie erbracht worden ist. Dann ist z. B. die Region Wilhelmshaven/Friesland zu nennen. Die Menschen haben durch ihr Arbeitsplatzrisiko in den Jahren vorher mit dazu beigetragen, daß wir eine Bundeswehr hatten, die unser Land gesichert hat. Wir können sie jetzt nicht ohne Gegenleistung dort sitzen lassen.

(Beifall)

Das heißt, wir fordern aus diesen Geldern ein ganz konkretes Programm für Wilhelmshaven und für Friesland, ein **Sonderprogramm**, meinetwegen auch befristet. Darüber werden wir uns zu einigen haben. Das, was im Augenblick zwischen Bund und Ländern in der Diskussion ist, diese 1 Milliarde DM, die der Bund zu geben bereit ist, ist allemal zu wenig. Ich glaube, das ist von der Grundsumme zu wenig, und es ist auch, wenn man die geplante Art der Verteilung ansieht, für Wilhelmshaven und Friesland nicht das, was wir brauchen.

Neben dieser Frage des Geldes aus Bonn, das ergänzt werden muß durch das Geld aus Hannover, sollten wir allerdings eine wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der Situation nicht aus dem Auge verlieren; das ist die **Infrastruktur**. Da muß ich den Kollegen Jens etwas verbessern. Ich bin nicht sicher, daß (C) wir eine optimale Infrastruktur haben. Wenn ich allein an die **Bundesbahn** denke, die in dieser Region elektrifiziert werden muß, wenn ich daran denke, daß wir eigentlich die Situation haben, daß hinter Oldenburg bahnpolitisches Ödland beginnt, dann müssen wir da einiges nachbessern. Es kann nicht sein, daß der Intercity in Oldenburg stoppt, sondern er muß weitergeführt werden, Richtung Holland/Groningen, möglicherweise Richtung Wilhelmshaven. Es kann auch nicht sein, daß wir neue Interregio-Linien kriegen, diese aber unterwegs überhaupt keine Haltepunkte haben. Lassen Sie mich beispielsweise auf der Strecke von Oldenburg nach Wilhelmshaven die Haltepunkte Rastede, Varel, Sande nennen. In Richtung Ostfriesland brauchen wir in Augustin und Ocholt dringend die Haltepunkte. Wenn wir das nicht schaffen, koppelt uns die Bahn von einer Entwicklung ab, die uns eigentlich zum Besseren führen müßte.

Lassen Sie mich abschließend feststellen: Auch diese Diskussion trägt dazu bei, wie das Image dieser Region ist. Offen gesagt, man kann so eine Region auch totjammern. Um das noch einmal deutlich zu sagen: Kollektiv über den Zustand dieser Region in die Kissen zu schluchzen wird uns nicht helfen, wird aber unter Umständen andere abschrecken, dort etwas zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir müssen hier und heute allen, die investitionsfähig und investitionswillig sind, ein Signal setzen. Es lohnt sich, bei uns im Nordwesten zu investieren, es lohnt sich, Wilhelmshaven und Friesland zu berücksichtigen. Wir haben mittlerweile eine gute wissenschaftliche Infrastruktur. Wir haben fleißige, zupackende (D) Menschen. Ich denke, sie sind vor allen Dingen mit ihrem Engagement gerade in den letzten Wochen so an die Öffentlichkeit getreten, daß sich jeder, der dort investieren will, darüber klar sein kann, daß daraus etwas werden kann. Zusätzlich brauchen wir Unterstützungsmaßnahmen aus Bonn und Hannover, und die fordern wir hier nachdrücklich ein.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie des Abg. Wolfgang Roth [SPD])

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Abgeordneter Dietmar Schütz, Sie haben das Wort.

**Dietmar Schütz** (SPD): Meine Damen und Herren! Nachdem die Arbeitnehmer von Olympia sehr beeindruckend am Freitag demonstriert haben und, ich hoffe, auch am 9. noch einmal wieder den Olympia-Konzern unter Druck setzen werden, haben wir Sozialdemokraten für heute die Aktuelle Stunde beantragt, weil auch der Bundestag, meine ich, seine Verantwortung für den Erhalt und den Fortbestand der Wirtschaftskraft des Nordwestens zeigen muß. Nicht nur die Kohle- und Stahlstandorte an Rhein und Saar, nicht nur die Standorte im Osten unseres Landes, sondern auch die Region im Nordwesten muß mit schweren Struktureinbußen fertigwerden und bedarf unserer nachhaltigen Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Die Nordwestregion hat gleichwohl Startchancen am seetiefen Wasser und in einer europäisch weiter-

**Dietmar Schütz**

gedachten Gesamtregion Nordsee mit einer gut ausgebildeten Facharbeiterschaft. Ich glaube, es ist richtig, was meine Vorredner gesagt haben: Wir wollen sie nicht totreden, sondern es sind große Entwicklungschancen da. Ich stimme da ausdrücklich zu.

Es gilt aber, das in den Köpfen der möglichen Investoren zu verankern, daß das auch so ist, daß nämlich ökonomische und investive Entscheidungen zu treffen sind, die diesen Raum berücksichtigen. Vor allen Dingen müssen wir dieses in den Köpfen von **Daimler-Benz** verankern, das sich anschickt, diese Region mit einer Produktionsstätte von 2 700 Arbeitnehmern zu verlassen. Matthias Kleinert, nicht Detlev Kleinert, sondern Matthias Kleinert,

(Wolfgang Roth [SPD]: Kleiner, dafür breiter!)

der Konzernsprecher von Daimler-Benz, hat einmal gesagt: Die Politik bestimmt die Rhetorik, die Wirtschaft bestimmt die Realität. Die an vielen Stellen gegen die Politik getroffenen Konzernentscheidungen und der fehlende Wille, diese Entscheidung zu beeinflussen, scheinen die Aussagen Kleinerts zu bestätigen. Wir wollen sie beim Wort nehmen in der Frage, daß sie die Realität bestimmen können.

Wir haben in der Region nicht vergessen, daß der damalige Vorsitzende der AEG, Heinz Dürr, am 11. November 1988 den Mitarbeitern von Olympia eine **Standortgarantie** gegeben hat. Er hat damit eine regionale Wirtschaftsverantwortung des Unternehmens akzeptiert, die jetzt von uns auch eingefordert werden muß.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Ich bin nicht so vermessen, zu glauben, daß dies eine Garantie der jetzigen Produktion sein kann. Wir fordern, daß die gut ausgebildeten Facharbeiter im Konzernverbund eine Chance erhalten, etwa als Zuliefererbetrieb für die Airbus-Produktion in Varel oder durch Erweiterung des Airbus-Werkes in Varel selbst. Es kann nicht angehen, daß wir im Norden nur die Werkbank des Airbus-Konzerns sind und alle investiven Mittel zu ihnen ins Bayerische fließen. Wir müssen auch hier einen Ausgleich haben.

(Zurufe von der CDU/CSU)

Das fordere ich auch bei der Bundesregierung ein, Herr Beckmann. Unsere Arbeitnehmer im Norden müssen eine Arbeitschance erhalten; nicht mehr und nicht weniger fordern wir.

Wenn ein Konzern in Deutschland eine derartige **regionale Wirtschaftsverantwortung** wahrnehmen kann und muß, dann ist es der **Daimler-Benz-Konzern.** Die bisher vom Daimler-Benz-Konzern dagegen geäußerte Haltung, er könnte keine zusätzlichen Produktionslinien in den Nordwesten bringen, weil er durch den Aufbau im Osten zu stark engagiert sei, mag bei Standortkonkurrenzen zwischen Ost und West gelten, wenn beide neue Standorte aufbauen. Wenn aber infolge von Betriebsschließungen in einer Region die Arbeitslosenziffern die 20%-Marke zu überspringen drohen und damit leider ebenso katastrophale Bedingungen wie im Osten eintreten würden, ist der Anspruch auf Kompensation durch andere Produktionen mehr als gerechtfertigt. Der Daimler-Benz-Konzern muß sich bewegen.

Ich will jetzt noch einmal darauf eingehen, daß sich natürlich auch das Land Niedersachsen bewegen muß.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr gut!)

Sie haben sich bisher geäußert — ich will das ausdrücklich sagen —, daß die **Elektrifizierung der Strecke** kommen muß. Niedersachsen muß — ich sage das ausdrücklich — seinen Anteil dazugeben. Die Wirtschafts- und Finanzminister haben das gesagt. Wir wollen das einfordern. Wir müssen — das ist an die Bundesregierung gerichtet — das jetzt im **Verkehrswegeplan** durchsetzen. Hier muß sich die Bundesregierung stellen, und es muß sich das Land stellen. Wir müssen noch im nächsten Jahr eine klare Auskunft über die Elektrifizierung der Strecke Wilhelmshaven haben. Das ist das, was wir hier fordern.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Wir müssen vom Bund eine **regionale Strukturförderung** bekommen, die wir alle gemeinsam angefordert haben und die genau die gleiche Förderungspräferenz hat wie in den Ländern im Osten Deutschlands, weil nur so die Kompensation möglich ist und weil auch nur so der Vergleich stimmt, den ich angestellt habe, daß wir, wenn es bei uns wegbricht, die gleichen Bedingungen schaffen müssen wie im Osten.

(Detlev von Larcher [SPD]: Aber zunächst nimmt die Bundesregierung die Strukturhilfe weg!)

Ich will ein Drittes sagen: Wirtschaftsförderung und Strukturförderung sind natürlich nur dann möglich — da stimme ich meinen Vorrednern zu —, wenn wir im Verbund fördern, also wenn wir Wissenschaftsförderung betreiben, wenn wir infrastrukturelle Förderung machen.

Das Land Niedersachsen hat — ich will das noch einmal sagen, Herr Hinsken — ganz aktuell eine Förderung im Bereich der **Meeresforschung** in Wilhelmshaven betrieben. Es hat eine Förderung im Bereich der **Ingenieurwissenschaften** zugesagt und hat dazu schon die erste Finanzierung gemacht. Das müssen wir ausbauen. Da müssen wir gemeinsam kämpfen, und da muß auch der Bund seine Unterstützung geben.

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege, jetzt geht nichts mehr. Sie haben Ihre Redezeit schon weit überschritten.

**Dietmar Schütz** (SPD): Nur noch ein letzter Satz, Herr Präsident: Münchhausen konnte sich zwar am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen. Das kann die Region Friesland/Wilhelmshaven nicht. Aber sie strampelt schon so kräftig, daß wir es, wenn wir sie unterstützen, schaffen, daß diese Region wieder hochkommt. Die Voraussetzungen dafür sind da. Wir sollten dafür alle kämpfen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

(A)

**Vizepräsident Hans Klein:** Ich hoffe, daß die Liste jetzt stimmt, wenn ich den Kollegen Wolfgang Börnsen zum zweitenmal aufrufe.

**Wolfgang Börnsen** (Bönstrup) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Landkreise wie Friesland am Rande der Republik mit permanenter Strukturschwäche gehören zu den Arme-Schlucker-Regionen unseres Landes. Das ist keine glückliche, aber zutreffende Bezeichnung.

Sorgenregionen wie Wilhelmshaven/Friesland gibt es im alten wie im neuen Teil unseres Landes. Sie sind durch ihre geographische Lage, Verkehrsferne, wirtschaftliche Monostruktur und einen hohen Agraranteil gekennzeichnet. Die Folge sind höhere Arbeitslosigkeit als in anderen Gebieten, geringere wirtschaftliche Leistung und ein niedrigeres Einkommen für die Menschen. Sie sind ständig abwanderungsgefährdet. Vor allem junge Leute gehen; von ungefähr drei Abiturienten kommen zwei nie wieder zurück in ihre Heimat. Das darf nicht so bleiben.

Da Regionalpolitik nach unserer Verfassung in erster Linie eine Länderaufgabe ist, bleibt festzustellen: Die Länder haben hier einen deutlichen Nachholbedarf. Das gilt aber auch für den Bund.

Mit der beschlossenen Reduzierung der Stärke der Bundeswehr und dem Abzug befreundeter Streitkräfte, die fast zur Hälfte Gebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" betreffen, wird die Strukturschwäche in diesen Sorgenregionen noch besonders verstärkt. Diese

(B)

Regionen verlieren in den nächsten Jahren etwa 60 000 Arbeitsplätze. Keine verfügt über wirkliche Alternativen.

Diese Ausgangslage hat dazu geführt, daß sich vor einigen Monaten 16 **Landräte** aus dem westlichen Teil unseres Landes zu einer **Arbeitsgemeinschaft** zusammengeschlossen haben, um auf die besondere Notlage dieser Gebiete aufmerksam zu machen.

Vor einigen Wochen — vor dem „Olympia-Desaster" in Friesland — haben Abgeordnete aller Fraktionen diese Initiative der Landräte aufgegriffen und eine interfraktionelle Arbeitsgemeinschaft gebildet, um den Husumer Ball aufzunehmen.

Wir fordern vom Bund und von den Ländern eine neue Wirtschafts- und Strukturpolitik, vor allen Dingen die **Reform der bisherigen regionalen Wirtschaftspolitik.** Die Regionalpolitik muß sich in Zukunft auf die wirklich dauerhaft schwachen Gebiete konzentrieren. Sie muß in diesen Gebieten eine hohe Förderung vorsehen, um diese Standorte attraktiv zu machen. Auch öffentliche Mittel aus anderen Bereichen, so z. B. beim Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, beim Besoldungsrecht, beim Straßenbau und beim ÖPNV, müssen unter regionalpolitischem Aspekt gebündelt werden. Es muß in Zukunft einen Bonus für Sorgenregionen geben, die sich am Rande unserer Republik befinden.

Wenn nicht umgehend gehandelt wird, wird die Kluft zwischen Wohlstands- und Sorgenregionen immer größer. Das bedeutet, daß die umweltbelasteten Ballungsräume wenig entlastet werden; die Fläche bleibt wenig attraktiv und wenig interessant.

(C)

Es gilt, Förderinstrumente für die peripheren Räume zu entwickeln. Der Bundesrat hat sich im vergangenen Jahr zu diesem Ziel bekannt. Der Bundestag sollte diesem Beispiel folgen.

Für Bonn, für die Hauptstadt a. D., ist es gelungen, ein Förderprogramm in Höhe von 130 Millionen DM zu erstellen, das jetzt anfinanziert wird. Das bedeutet: Wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Weg. Keine der Sorgenregionen, die wir in unserem Land haben, hat trotzdem Standorttrümpfe, wie Bonn sie hat. Kreise wie Friesland gehören dazu. Sie haben zwar eine hohe Landschafts-, Natur- und Freizeitqualität, aber sie brauchen eine neue Standortattraktivität.

Das bedeutet, daß man mit einer neuen Struktur- und Wirtschaftspolitik dazu beitragen muß, in diesen Regionen besonders zu investieren, damit Menschen dort Arbeit finden und damit die Menschen dort in Zukunft bleiben können. Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten. Mit der **Verlegung von bundeseigenen Institutionen,** von **landeseigenen Behörden** in diese Region kann man beginnen. Man kann beginnen, mit besseren **steuerlichen Bedingungen** zu arbeiten. Denn der verständliche Aufschrei der Menschen aus Friesland sollte uns eins zeigen: Hier ist ein Beispiel für viele, dem wir Rechnung tragen müssen. Dieser Aufschrei sollte den letzten Anstoß für ein Konzept für eine neue regionale Wirtschaftspolitik geben.

Abschließend: Es sollte uns doch zu denken geben, daß sich Kollegen aller Fraktionen gemeinsam als Interessenvertreter für Wilhelmshaven und Friesland fühlen. Es ist nicht nur hilfreich für die Friesländer, daß sie wissen, daß ihre Abgeordneten hinter ihren Sorgen stehen. Diese Gemeinsamkeit zeigt auch, daß

(D)

es sich um ein existentielles Problem handelt, das so empfunden wird. Wenn wir jetzt nicht zügig handeln, wird es nicht nur ein Friesland in Deutschland, . . .

**Vizepräsident Hans Klein:** Herr Kollege Börnsen — —

**Wolfgang Börnsen** (Bönstrup) (CDU/CSU): . . . sondern viele geben.

Danke, Herr Präsident.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Hans Klein:** In dieser Debatte beginnt jeder mit dem Schluß erst nach dem Schluß.

Bitte, Herr Kollege Maaß.

**Erich Maaß** (Wilhelmshaven) (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jammern, klagen, Blick zurück helfen uns kein Stück weiter. Wir müssen den Blick nach vorne richten, und wir müssen überlegen, wie wir in der eingeschlagenen Richtung parteiübergreifend, gemeinsam weitermarschieren können. Denn die Problemlage in dieser Region ist gewaltig.

Es nutzt uns auch kein Stück, diese Probleme immer wieder in Moll und negativ öffentlich zu diskutieren; denn man kann eine Region kaputtmachen. Wir sind auf dem besten Wege dahin, dies zu tun. Das darf nicht passieren.

**Erich Maaß** (Wilhelmshaven)

(A) Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bin ein praktischer und pragmatischer Mensch. Deshalb bedanke ich mich an dieser Stelle bei den beiden Staatssekretären im Wirtschaftsministerium, bei Erich Riedl und Klaus Beckmann, und auch bei Wirtschaftsminister Möllemann.

Ich will mich mit Günther Bredehorn nicht über das Urheberrecht streiten. Aber ich glaube, wir haben den richtigen Weg eingeschlagen, daß wir eine Bündelung der Kräfte herbeiführen, indem wir nämlich eine **Regionalkonferenz** unter der Leitung des Wirtschaftsministers installieren, zu der wir einen EG-Kommissar, zwei Bundesminister, den zuständigen Wirtschaftsminister in Niedersachsen und Repräsentanten der Industrie hinzuziehen.

Hier muß das **Aktionskonzept** festgelegt werden. Hauptziel darin muß sein, daß wir als nächstes ein zeitlich befristetes **Sonderprogramm** für die Region Wilhelmshaven/Friesland bekommen. In diesem Sonderprogramm muß sichergestellt sein, daß wir gleiche Förderpräferenzen bekommen, wie wir sie für die neuen Bundesländer haben.

(Zuruf der Abg. Gabriele Iwersen [SPD])

— Ach, liebe Gabriele Iwersen, nicht darüber reden! Taten entscheiden in dieser Frage.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich bitte, mich jetzt nicht wieder mißzuverstehen: Ich halte nichts von kleinkariertem parteipolitischem Hickhack in dieser Sache. Die Arbeitsplätze in Wilhelmshaven sind mir viel wichtiger und liegen mir viel (B) mehr am Herzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein weiterer Schwachpunkt, den wir in diese Wochen ausgemerzt haben: Ich hatte das Gefühl, daß eine absolute Sprachlosigkeit zwischen dem Wirtschaftsministerium in Hannover und dem Bundeswirtschaftsministerium herrschte. Jetzt haben wir die Beamten endlich zusammengebracht, damit sie einmal miteinander diskutieren und versuchen, gemeinsame Konzepte zu entwickeln.

Ich halte es auch für wichtig, nicht immer darüber zu meckern, daß die **Strukturhilfe** ausläuft, sondern Konzepte zu entwickeln, wie wir die Strukturhilfe für diese Region in **Überbrückungsmaßnahmen** erhalten können. Das ist eine Möglichkeit, die uns in vielen Sachen weiterbringt.

Ich bedanke mich ausdrücklich bei Thomas Kossendey für die Unterstützung beim **Bundeswehrstandort**.

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Offensive. Wir müssen positiv in die Zukunft denken, diese Region positiv verkaufen und die Chancen dieser Region sehen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir sind der einzige Tiefwasserhafen der Bundesrepublik Deutschland. Lassen Sie uns unsere Kräfte hier bündeln! Hier gibt es eine große, große Möglichkeit. Deshalb dresche ich auch nicht auf den Daimler-Konzern oder auf AEG ein. Man kann über die Sünden der (C) Vergangenheit streiten, wie man will; aber wir brauchen dieses Unternehmen in der Verantwortung, und zwar dafür, daß es seinen Beitrag auch künftig für die wirtschaftliche Entwicklung leistet.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Eines möchte ich hier ganz deutlich sagen: Bei einem SPD-Antrag hätte hier eigentlich jemand von der SPD-Landesregierung sitzen müssen. Das ist ein Manko.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich hoffe nicht, daß alle Aktionen, die wir jetzt in Gang gesetzt haben, mit einer entsprechenden Halbherzigkeit für die Zukunft weitergeführt werden.

(Dietmar Schütz [SPD]: Aber wir haben sie in Gang gesetzt!)

Lassen Sie mich — ich habe nicht mehr viel Zeit — ein Märchen hier ausräumen.

(Zuruf des Abg. Dr. Uwe Jens [SPD])

— Nein, nein, Uwe Jens. So sieht das nicht aus.

Wir brauchen folgendes — Stichwort **Elektrifizierung** —: Ich glaube manchmal, ich bin im Urwald. Das tut mir furchtbar leid. Der Bundesminister und Herr Dürr erklären, daß das Land Niedersachsen endlich einen Antrag stellen soll, daß die Elektrifizierung durchgeführt wird, und daß es diesen Antrag im Bundesverkehrswegeplan einbringen und den gleichen finanziellen Beitrag leisten soll. Bislang sind nur Urlaubsadressen von den jeweiligen Ministern gekommen, die in der Region waren und gesagt haben: Wir werden uns irgendwann einmal beteiligen. (D)

(Ernst Hinsken [CDU/CSU]: Das ist vielleicht eine Landesregierung!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluß noch eines sagen: Lassen Sie uns parteiübergreifend einen Beitrag dazu leisten, daß wir aus den **Negativschlagzeilen** herauskommen! Lassen Sie uns, bitte, diese in Gang gesetzte Aktion der Bundes- und Landtagsabgeordneten der Region Wilhelmshaven/Friesland auf dieses Parlament übertragen! Unterstützen Sie konstruktiv durch Ihre Beiträge das, was mit dem Wirtschaftsminister und mit der Bundesregierung in Vorbereitung ist!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsident Hans Klein:** Ich erteile das Wort dem Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft, unserem Kollegen Klaus Beckmann.

**Klaus Beckmann,** Parl. Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen! Liebe Kollegen! Der Bundesregierung ist bewußt, daß die Region Wilhelmshaven wie kaum eine andere in Westdeutschland mit schwerwiegenden Strukturproblemen belastet ist. Bei der Neuabgrenzung der Fördergebiete 1991 wurden die Kreise Friesland und Wilhelmshaven erneut in das

**Parl. Staatssekretär Klaus Beckmann**

(A) Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" aufgenommen. Wilhelmshaven und Varel wurden **B-Schwerpunkte**. Dadurch gelten dort für gewerbliche Investitionen die höchsten Fördersätze in den alten Bundesländern. Gefördert werden können nach der Gemeinschaftsaufgabe auch Investitionen in die wirtschaftsnahe kommunale Infrastruktur.

Das alles reicht nicht aus, wie hier ausreichend dargelegt worden ist. Der geplante Truppenabbau in Wilhelmshaven und vor allen Dingen die bevorstehende Schließung des AEG-Olympia-Büromaschinenwerks werden zu weiteren, schweren Belastungen für die Region führen.

Meine Damen und Herren, diese Belastungen machen zusätzliche **regionalpolitische Flankierungsmaßnahmen** notwendig. Das sieht auch die Bundesregierung. Um der Region Wilhelmshaven wirksam zu helfen, bedarf es einer breit angelegten regionalpolitischen Aktion, einer Aktion, die alle raumwirksamen Politikbereiche einbezieht. Allein mit den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe kann dies nicht geleistet werden.

(Erich Maaß [Wilhelmshaven] [CDU/CSU]: Richtig!)

Ich will Ihnen gerne sagen, daß zur Zeit vom Bundeswirtschaftsministerium mit der Stadt Wilhelmshaven, dem Kreis und dem Land Niedersachsen Gespräche zur Vorbereitung einer regionalen Wirtschaftskonferenz geführt werden. Ich bin dankbar dafür, daß die Anregung hierzu nicht zuletzt von den Kollegen (B) Maaß und Bredehorn ausgegangen ist. Diese Konferenz soll einen wichtigen Schritt zur Entwicklung eines abgestuften regionalen Entwicklungsprogramms mit konkreten Projekten leisten. Sie soll in Verantwortung der Stadt und des Landkreises durchgeführt werden. Land und Bund werden entsprechend ihrer regionalen Verantwortung aktiv daran mitwirken.

Meine Damen und Herren, ich will aber vorab schon einmal mitteilen, daß die Bundesregierung in Gestalt des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, der hier ja dankenswerterweise durch den Kollegen Horst Günther vertreten ist, beabsichtigt, in Kürze ein neues Gebäude für die **Bundesausführungsbehörde für Unfallversicherung** in Wilhelmshaven zu errichten, und ein Gesamtinvestitionsvolumen von 32 Millionen DM für diese Baumaßnahme freisetzt. Ich finde, das ist schon eine gute, konkrete Maßnahme zur Förderung der Struktur in diesem Bereich.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD — Erich Maaß [Wilhelmshaven] [CDU/CSU]: Das sollte doch noch gar nicht verraten werden!)

Bund, Land, Stadt, Region, die Institutionen der Wirtschaft und natürlich auch Daimler-Benz müssen an dieser Regionalkonferenz mitwirken.

(Dietmar Schütz [SPD]: Reden Sie mit Daimler?)

Ergänzende Anstöße und Hilfen durch Land und Bund müssen abgestimmt und gründlich vorbereitet werden.

Ich will Ihnen auch sagen, was hierfür in Betracht (C) kommt: erstens zusätzliche Hilfen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe, zweitens vorrangiger Einsatz der im Rahmen der geplanten Übergangsregelung vorgesehenen Mittel aus der Strukturhilfe, drittens ein Programm zur Flankierung des Truppenabbaus, viertens ergänzende Hilfen aus dem europäischen Strukturfonds durch Ausweisung von Wilhelmshaven als Ziel-2-Gebiet und fünftens ein gezielter Einsatz von Maßnahmen anderer raumwirksamer Politikbereiche, wie Verkehr — das wurde schon mehrfach angesprochen —, Städtebau, Umwelt, Forschung und Technologie, Post und andere auf Bundes- und auf Landesebene, die ich hier leider ebenfalls vergebens ansprechen muß.

Herr Kollege Schwanhold, der Bund wird selbstverständlich die Region in ihrer schwierigen Phase begleiten; wir werden sie nicht im Stich lassen. Aber eines will ich ebenfalls deutlich sagen: Die bestehenden Probleme können nur dann durchgreifend gelöst werden, wenn in der Region — der Kollege Maaß hat darauf hingewiesen — geeignete Entwicklungskonzepte und konkrete Entwicklungsprojekte erarbeitet werden. Auch Ernst Hinsken hat es aus seiner bayerischen Sicht hier richtig angesprochen.

Eine Grundvoraussetzung dafür ist aber, daß ein **regionaler Mindestkonsens** zustande kommt. Ich bin froh darüber, daß dies von allen Seiten des Hauses betont worden ist. Denn, meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Erfahrung zeigt ja: Wenn sinnvolle Projekte erarbeitet werden, findet sich in der Regel auch eine Finanzierungsmöglichkeit.

(D) Ganz besonders wichtig — ich will das noch einmal unterstreichen — ist aber das, was u. a. die Kollegen Kossendey, Schütz, Maaß und Timm hier gesagt haben, nämlich daß die Vorteile und die Vorzüge dieser Region deutlicher herausgestellt werden. Ich weiß, daß es für die Betroffenen nicht einfach ist, jetzt, in dieser Situation, Optimismus zu zeigen. Aber ich fordere Sie auf: Tun Sie es trotzdem! Nicht die Klagemauer kann die tragende Wand für das zu schaffende neue Gebäude in dieser Region sein. Grundstein muß der Wille sein, gemeinsam nach vorne zu gehen. Die Bundesregierung wird sich deswegen dem sinnvollen Hilfebegehren der Region nicht verschließen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

**Vizepräsident Hans Klein:** Die Aktuelle Stunde ist beendet. Wir sind damit am Schluß unserer heutigen Tagesordnung.

Ich berufe die nächste Sitzung des Deutschen Bundestages auf morgen, Donnerstag, den 5. Dezember 1991, 9 Uhr ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung: 15.55 Uhr)

(A) (C)

## Berichtigungen

**61. Sitzung** Seite 5177, Zeile 1: Statt „diese" ist „diesem" zu lesen.

**62. Sitzung** Seite 5309 A, Zeile 17: Statt „20 Millionen DM" ist „120 Millionen DM" zu lesen.

(B) (D)

(A)

## Anlagen zum Stenographischen Bericht

(C)

### Anlage 1

**Liste der entschuldigten Abgeordneten**

| Abgeordnete(r) | | entschuldigt bis einschließlich |
|---|---|---|
| Antretter, Robert | SPD | 04. 12. 91* |
| Blunck, Liselott | SPD | 04. 12. 91* |
| Böhm (Melsungen), Wilfried | CDU/CSU | 04. 12. 91* |
| Büchler (Hof), Hans | SPD | 04. 12. 91* |
| Clemens, Joachim | CDU/CSU | 04. 12. 91 |
| Dempwolf, Gertrud | CDU/CSU | 04. 12. 91 |
| Doppmeier, Hubert | CDU/CSU | 04. 12. 91 |
| Fischer (Unna), Leni | CDU/CSU | 04. 12. 91* |
| Frankenhauser, Herbert | CDU/CSU | 04. 12. 91 |
| Friedhoff, Paul | FDP | 04. 12. 91 |
| Geiger, Michaela | CDU/CSU | 04. 12. 91 |
| Genscher, Hans-Dietrich | FDP | 04. 12. 91 |
| Dr. Gysi, Gregor | PDS | 04. 12. 91 |
| Hörsken, Heinz-Adolf | CDU/CSU | 04. 12. 91 |
| Junghanns, Ulrich | CDU/CSU | 04. 12. 91 |
| Klemmmer, Siegrun | SPD | 04. 12. 91 |
| Koschnick, Hans | SPD | 04. 12. 91 |
| Koschyk, Hartmut | CDU/CSU | 04. 12. 91 |
| Kubicki, Wolfgang | FDP | 04. 12. 91 |
| Dr. Graf Lambsdorff, Otto | FDP | 04. 12. 91 |
| Löwisch, Sigrun | CDU/CSU | 04. 12. 91 |
| Lummer, Heinrich | CDU/CSU | 04. 12. 91* |
| Marten, Günter | CDU/CSU | 04. 12. 91* |
| Dr. Menzel, Bruno | FDP | 04. 12. 91* |
| Dr. Mertens (Bottrop), Franz-Josef | SPD | 04. 12. 91 |
| Dr. Meyer zu Bentrup, Reinhard | CDU/CSU | 04. 12. 91* |
| Dr. Mildner, Klaus Gerhard | CDU/CSU | 04. 12. 91 |
| Dr. Müller, Günther | CDU/CSU | 04. 12. 91* |
| Pfuhl, Albert | SPD | 04. 12. 91* |
| Dr. Pohler, Hermann | CDU/CSU | 04. 12. 91 |
| Poß, Joachim | SPD | 04. 12. 91 |
| Dr. Probst, Albert | CDU/CSU | 04. 12. 91* |
| Reddemann, Gerhard | CDU/CSU | 04. 12. 91* |
| Reimann, Manfred | SPD | 04. 12. 91* |
| Rennebach, Renate | SPD | 04. 12. 91 |
| von Schmude, Michael | CDU/CSU | 04. 12. 91* |
| Dr. Schneider (Nürnberg), Oscar | CDU/CSU | 04. 12. 91 |
| Schuster, Hans Paul Hermann | FDP | 04. 12. 91 |
| Dr. Soell, Hartmut | SPD | 04. 12. 91* |
| Dr. Sperling, Dietrich | SPD | 04. 12. 91 |
| Steiner, Heinz-Alfred | SPD | 04. 12. 91* |
| Dr. von Teichman, Cornelie | FDP | 04. 12. 91 |
| Terborg, Margitta | SPD | 04. 12. 91* |
| Vogel (Ennepetal), Friedrich | CDU/CSU | 04. 12. 91* |
| Dr. Vondran, Ruprecht | CDU/CSU | 04. 12. 91 |
| Weisskirchen (Wiesloch), Gert | SPD | 04. 12. 91 |

(B)

* für die Teilnahme an Sitzungen der Westeuropäischen Union

### Anlage 2

**Antwort**

der Staatsministerin Ursula Seiler-Albring auf die Dringlichkeitsfrage des Abgeordneten **Claus Jäger** (CDU/CSU) (Drucksache 12/1697):

> Sieht die Bundesregierung noch eine Chance dafür, das Blutvergießen und die sinnlosen Zerstörungen in Kroatien durch die serbische Aggression mittels eines tatsächlichen von beiden Seiten eingehaltenen Waffenstillstandes noch in dieser Woche zu stoppen, und welche Maßnahmen hat die Bundesregierung zu diesem Zweck getroffen oder vorbereitet?

Die Bundesregierung kann im Rahmen ihrer Möglichkeiten nicht unmittelbar auf das Kampfgeschehen in Kroatien einwirken. Sie hält es für dringend erforderlich, daß möglichst bald Friedenstruppen der Vereinten Nationen nach Jugoslawien entsandt werden. Zu diesem Zweck hat sie am 21. 11. eine Dringlichkeitssitzung des VN-Sicherheitsrats beantragt.

Daraufhin hat der VN-Sicherheitsrat am 27. 11. eine Resolution beschlossen, in der die Vorbereitungen des Generalsekretärs für die Entsendung von Friedenstruppen unterstützt werden. Die Bundesregierung unterstützt auf dieser Grundlage die weiteren Bemühungen des Generalsekretärs und seines Beauftragten, Cyrus Vance.

(D)

### Anlage 3

**Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Horst Seehofer auf die Fragen des Abgeordneten **Dr. Immo Lieberoth** (CDU/CSU) (Drucksache 12/1684 Fragen 3 und 4):

> Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, Bürgern der neuen Bundesländer, die mehrere Jahre wegen der Pflege von Verwandten aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden waren, nach Beendigung der Pflegeleistung Arbeitslosenunterstützung zu zahlen, wenn der ehemalige Betrieb sie jetzt nicht mehr einstellen kann?
>
> Ist es möglich, Vorruhestandsgeld zu erhalten, wenn der Beantragende fünf Jahre wegen eines Pflegefalles aus dem Berufsleben ausscheiden mußte und nunmehr keine Arbeitsstelle mehr findet?

Der Anspruch auf Lohnersatzleistungen (Arbeitslosengeld, Altersübergangsgeld) setzt in der Arbeitslosenversicherung — wie in allen Risikoversicherungen — grundsätzlich voraus, daß der Anspruchsberechtigte der Gemeinschaft der Beitragszahler im Zeitpunkt des Schadenseintritts angehört. Ein Anspruch auf Arbeitslosengeld erfordert daher grundsätzlich, daß der Arbeitslose zuletzt eine (die Beitrags-

(A) pflicht nach dem Arbeitsförderungsgesetz begründende) Beschäftigung ausgeübt hat.

Von diesem Grundsatz weicht das Recht der Arbeitslosenversicherung im Interesse des sozialen Schutzes der Arbeitnehmer bereits erheblich ab. Arbeitslosengeld kann auch noch beanspruchen, wer der Versichertengemeinschaft bei Eintritt der Arbeitslosigkeit nicht mehr angehört, jedoch in den letzten drei Jahren mindestens ein Jahr beitragspflichtig beschäftigt war. Beschäftigungszeiten in der ehemaligen DDR mit einer Arbeitszeit von mindestens 18 Wochenstunden werden dabei ohne Rücksicht auf die fehlenden Beiträge wie Zeiten beitragspflichtiger Beschäftigungen behandelt.

Arbeitnehmern, die ihre Beschäftigung wegen der Betreuung eines pflegebedürftigen Angehörigen unterbrechen mußten, bleibt der Anspruch auf Lohnersatz bei Arbeitslosigkeit daher noch für weitere zwei Jahre nach dem Ende der Beschäftigung erhalten.

Für das Anliegen, Zeiten der Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger in der Arbeitslosenversicherung unmittelbar wie Zeiten einer Beschäftigung zu behandeln, und den Versicherungsschutz insoweit über das bestehende Recht hinaus auszuweiten, habe ich Verständnis. Es ist beabsichtigt, diese Problematik im Zusammenhang mit der Einführung einer Pflegeversicherung zu erörtern.

(B)

**Anlage 4**

**Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Jürgen Echternach auf die Frage des Abgeordneten **Dr. Klaus-Dieter Feige** (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) (Drucksache 12/1684 Frage 6):

Wie beurteilt die Bundesregierung die im Wochenbericht 25/91 des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung geäußerte Ansicht, daß „nach heutiger Kenntnis bei konsequenter Handhabung von Flächensteuerung und Standortpolitik erhebliche Verkehrseinsparungen in den Regionen möglich sind, ohne daß dabei die Lebensqualität und die wirtschaftlichen Möglichkeiten eingeschränkt werden", und bis wann gedenkt sie ein entsprechendes Konzept — insbesondere für die neuen Länder — vorzulegen bzw. umzusetzen?

Die Bundesregierung teilt die Auffassung, daß es Ziel von Raumordnung und Landesplanung sowie von regionaler Wirtschafts- und Verkehrspolitik sein muß, eine möglichst energie- und umweltschonende Zuordnung von Standorten, Investitionen und Flächen zu ermöglichen. Dazu müssen das Zentrale-Orte-System im Zusammenhang mit dem jeweiligen Umland funktional ausgebaut und die Erreichbarkeit im öffentlichen Personennahverkehr verbessert werden. Der Ausweis des Zentrale-Orte-Systems im Zusammenhang mit der Flächensteuerung ist Aufgabe der jeweiligen Landesplanung. Die entsprechenden Gesetze und Programme oder Pläne der neuen Länder befinden sich derzeit in den parlamentarischen Beratungen.

**Anlage 5** (C)

**Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Torsten Wolfgramm auf die Frage des Abgeordneten **Ludwig Stiegler** (SPD) (Drucksache 12/1684 Frage 8):

Wie beurteilt die Bundesregierung die jüngsten Beschlüsse der Bayerischen Staatsregierung zum Ausbau der Fachhochschulen, und wie beurteilt sie die finanziellen Möglichkeiten, dieses Ausbauprogramm in das Bund-Länder-Programm für den Hochschulbau einzuplanen?

Einer Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht, Kultus, Wissenschaft und Kunst vom 27. November 1991 ist zu entnehmen, daß der Ministerrat einen umfassenden Ausbau der bayerischen Fachhochschulen beschlossen und die Standorte festgelegt hat, an denen neue Fachhochschulen errichtet werden sollen. Danach ist die Gründung einer Fachhochschule in Ingolstadt, in Deggendorf und in der Oberpfalz mit den Standorten Amberg und Weiden vorgesehen. Ferner sollen in Hof, Aschaffenburg, Ansbach und Neu-Ulm — zum Teil in Kooperation mit benachbarten Fachhochschulen — selbständige Fachhochschulen oder Fachhochschuleinrichtungen geschaffen werden.

Die Bundesregierung begrüßt, daß der Ministerrat einen weiteren Ausbau der bayerischen Fachhochschulen beschlossen hat. Er trägt damit den Empfehlungen des Wissenschaftsrates und dem Beschluß des Planungsausschusses für den Hochschulbau Rechnung, die einen verstärkten Ausbau der Fachhochschulkapazität in den alten Ländern um 50 000 Studienplätze auf 200 000 Studienplätze beinhalten. (D) Wenn Bayern mit dem jetzt beschlossenen Ausbauprogramm sein Ausbauziel von insgesamt 34 700 Studienplätzen im Fachhochschulbereich erreicht, entspräche dies einem Prozentanteil, der dem gegenwärtigen Bevölkerungsanteil etwa proportional wäre.

Die Finanzierung des Ausbaus der Fachhochschulen erfolgt im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau". Eine Mitfinanzierung durch den Bund setzt eine positive Empfehlung des Wissenschaftsrates und die Aufnahme in den Rahmenplan für den Hochschulbau nach dem Hochschulbauförderungsgesetz voraus. Dem Ergebnis dieser Beratungen kann ich nicht vorgreifen. Hier muß das übliche Verfahren durchlaufen werden. Heute kann ich nur sagen, daß auch die Bundesregierung den Ausbau der Fachhochschulen für vorrangig hält und ihm eine besondere Priorität beimißt.

**Anlage 6**

**Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Rainer Funke auf die Frage der Abgeordneten **Siegrun Klemmer** (SPD) (Drucksache 12/1684 Frage 26):

Welche Erfahrungen hat die Bundesregierung mit § 4 Abs. 2 Vermögensgesetz (Unredlichkeit des Grundstückerwerbs nach dem 18. Oktober 1989), insbesondere im Hinblick auf die Rückgängigmachung von Grundstücksveräußerungen nach dem 18. Oktober 1989 gemacht?

Der Bundesregierung ist die Problematik der Stichtagsregelung des § 4 Abs. 2 Satz 2 VermG aus einer

Vielzahl von Eingaben Betroffener aus den neuen Bundesländern bekannt. Diese Regelung kann wie jede Stichtagsregelung in Einzelfällen zu Härten führen. In vielen Fällen aber ist die Besorgnis der Betroffenen, aus dem oft jahrzehntelang bewohnten Haus ausziehen zu müssen, unberechtigt. Häufig hatten die Betroffenen bereits vor dem 18. Oktober 1989 ein dingliches Nutzungsrecht zur Errichtung eines Eigenheimes verliehen bekommen und an dem daraufhin errichteten Gebäude persönliches Eigentum erlangt. Nach dem 18. Oktober 1989 wurde dann lediglich der Grund und Boden dazugekauft. Das dingliche Nutzungsrecht sowie das persönliche Gebäudeeigentum bleiben nach den Bestimmungen des Einigungsvertrages grundsätzlich bestehen. Der redliche Erwerb eines dinglichen Nutzungsrechts vor dem 18. Oktober 1989 schließt die Rückgabe ebenso aus wie der redliche Erwerb des Eigentums. Diese Rechtslage ist den Betroffenen teilweise nicht ausreichend bekannt. Nicht zu bestreiten ist allerdings, daß es in anders gelagerten Fällen durchaus zu Härten kommen kann.

Diese Härten werden von der Bundesregierung gesehen. Es wird daher darüber nachgedacht, die Stichtagsregelung zu modifizieren, mit dem Ziel, die Interessen derjenigen zu wahren, die sich schon vor dem Stichtag um die Einräumung dinglicher Nutzungsrechte bemüht haben, der Rechtserwerb aber erst nach dem Stichtag erfolgte.

Besonders ungerecht wird von den Betroffenen der — angebliche — Vorwurf der Unredlichkeit empfunden, der mit der Stichtagsregelung verbunden sei. Bei § 4 Abs. 2 VermG geht es aber nicht um die Unredlichkeit des Grundstückserwerbs nach dem 18. Oktober 1989, sondern um die mangelnde Schutzwürdigkeit der Erwerber. Vor dem Hintergrund der gesellschaftspolitischen Entwicklung im Herbst 1989 und im Frühjahr 1990 ist davon auszugehen, daß diejenigen, die nach der Wende ein dingliches Nutzungsrecht oder Eigentum an Immobilien erworben haben, deren Rückübertragung aus Volkseigentum bzw. Rückgabe aus staatlicher Zwangsverwaltung aufgrund des Vermögensgesetzes verlangt werden kann, grundsätzlich weniger schutzwürdig sind als diejenigen, die solche Rechte zu einem früheren Zeitpunkt erlangt haben.

## Anlage 7

### Antwort

des Parl. Staatssekretärs Rainer Funke auf die Fragen des Abgeordneten **Horst Gibtner** (CDU/CSU) (Drucksache 12/1684 Fragen 29 und 30):

> Beabsichtigt die Bundesregierung einerseits angesichts der Tatsache, daß sich der Gesetzgeber grundsätzlich für den Wohnraumkündigungsschutz als Konkretisierung der Sozialbindung des Eigentums entschieden hat, zweitens angesichts der Tatsache, daß von Mietern nicht grundsätzlich eigene substantiierte Rechtskenntnisse oder juristische Dritt-Beratung erwartet werden kann, sowie drittens angesichts der Tatsache, daß die Rechtsprechung insoweit unterschiedliche Kriterien angelegt hat (vgl. BGHZ 84, 90; BGH NJW 1991, 1815; zuletzt BVerfG 1991, 2272), eine eindeutige und sozialstaatsgerechte Kodifikation des Mieterschutzes für die Fälle gewerblicher Zwischenvermietung zu schaffen?
>
> Sieht die Bundesregierung Handlungsbedarf zur Kodifikation der von ihr wie beurteilten Rechtsstellung des Endmieters im Konkurs des gewerblichen Zwischenmieters?

Zu Frage 29:

In der Länge Ihrer Frage, Herr Kollege Gibtner, scheint bereits die Vielschichtigkeit der Problematik auf. Diese macht es erforderlich, etwas eingehender zu begründen, weshalb die Bundesregierung hier zumindest keinen vordringlichen Handlungsbedarf sieht.

Auch wer die — von allen Gerichten anerkannte — Grundentscheidung des Gesetzgebers für den Wohnraumkündigungsschutz respektiert, kommt nicht daran vorbei, daß der Gesetzgeber diesen Kündigungsschutz ursprünglich an das Bestehen eines vertraglich begründeten Mietverhältnisses geknüpft hat. Bei der gewerblichen Zwischenvermietung fehlt es aber gerade an einem solchen Mietverhältnis zwischen dem Eigentümer und dem Nutzer der Wohnung, also dem Endmieter.

Der Endmieter ist aber gegenüber dem Räumungsanspruch des Eigentümers nicht schutzlos. Nachdem der Bundesgerichtshof die Position des Mieters durch die in Ihrer Frage genannten Entscheidungen schrittweise verbessert hat, hat nunmehr das Bundesverfassungsgericht durch den von Ihnen zitierten Beschluß vom 11. Juni 1991 den Schutz des Mieters auch in dieser Frage sichergestellt. Hiernach „verstößt es gegen Art. 3 Abs. 1 des Grundgesetzes, einem Mieter, der — in Kenntnis der Eigentumsverhältnisse — Wohnraum von einem gewerblichen Zwischenmieter und nicht unmittelbar vom Eigentümer gemietet hat, den Kündigungsschutz des sozialen Mietrechts zu versagen".

Zu diesem Schutz des sozialen Mietrechts gehört es auch, daß abweichende vertragliche Bestimmungen unwirksam sind. Dies ist in den zentralen Mieterschutzvorschriften ausdrücklich bestimmt: In § 564b Abs. 6 BGB für den Kündigungsschutz, in § 556a Abs. 7 BGB für die Sozialklausel.

Die Bundesregierung hat die Öffentlichkeit unverzüglich in ihrer Mietrechtsbroschüre auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hingewiesen. Auch Mieter ohne eigene Rechtskenntnisse können sich somit über das Ausmaß ihres Schutzes bei gewerblichen Zwischenmietverhältnissen unterrichten. Erhebt der Eigentümer ganz konkret einen Räumungsanspruch gegen den Endmieter, so wird dieser in den meisten Fällen doch nicht ohne juristische Beratung auskommen — genauso wie übrigens der Eigentümer selbst, bevor er einen solchen Schritt unternimmt.

Im Ergebnis, Herr Kollege Gibtner, will ich die Möglichkeit einer gesetzgeberischen Aufarbeitung dieser Rechtsprechung nicht grundsätzlich verneinen. Da aber der Endmieter nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts jetzt im Ergebnis dem Mieter gleichgestellt wird, der seine Wohnung unmittelbar vom Eigentümer gemietet hat, also den Mieterschutz in unmittelbarer Anwendung des Gesetzes genießt, würde eine gesetzliche Klarstellung dem Mieter keinen zusätzlichen Schutz verschaffen. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zielt auf eine

verfassungskonforme Auslegung des geltenden Rechts ab, nicht auf ein Tätigwerden des Gesetzgebers.

Zu Frage 30:

Meine Ausführungen zu Ihrer vorigen Frage, Herr Kollege Gibtner, gelten auch für den Fall, daß der Zwischenvermieter in Konkurs gerät. Zwei Ebenen der Rechtsbeziehungen sind hier zu unterscheiden:

In aller Regel hat der Eigentümer dem Zwischenvermieter die Mietwohnung vor der Eröffnung des Konkursverfahrens überlassen. Dieses Mietverhältnis kann sowohl vom Eigentümer als auch vom Konkursverwalter des Zwischenvermieters gekündigt werden.

Im Verhältnis des in Konkurs gegangenen Zwischenvermieters zum Endmieter gilt: Der Mietvertrag ist, sofern die vermietete Wohnung dem Endmieter vor der Eröffnung des Konkursverfahrens überlassen worden war, auch der Konkursmasse gegenüber wirksam. Der Konkursverwalter hat kein Sonderkündigungsrecht.

Hat der Eigentümer das Hauptmietverhältnis gegenüber dem Konkursverwalter gekündigt und ein Räumungsurteil erlangt, so kann er aus diesem Urteil gegen den Zwischenvermieter hier Räumung betreiben. Hat dieser aber das Mietobjekt schon vor der Eröffnung des Verfahrens dem Endmieter überlassen, so ist der Konkursverwalter zur außerordentlichen Kündigung des Untermietverhältnisses nicht berechtigt. Der Konkursverwalter kann das Hauptmietverhältnis gegenüber dem Eigentümer kündigen. Wird auf diese Weise das Hauptmietverhältnis aufgelöst, so kann der Eigentümer die Herausgabe der Wohnung auch vom Endmieter verlangen.

Auch in diesen Fällen werden die vom Bundesverfassungsgericht in seinem Beschluß vom 11. Juni 1991 aufgestellten Grundsätze anzuwenden sein mit der Folge, daß der Eigentümer vom Endmieter nur dann die Räumung verlangen darf, wenn er ein berechtigtes Interesse an der Räumung der Wohnung hat. Außerdem kann der Endmieter sich gegenüber einem solchen Räumungsanspruch auf die mietrechtliche Sozialklausel berufen und eine Fortsetzung des Mietverhältnisses verlangen, wenn die Kündigung für ihn oder seine Familie eine nicht zu rechtfertigende Härte wäre.

**Anlage 8**

**Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Manfred Carstens auf die Fragen der Abgeordneten **Dr. Sigrid Hoth** (FDP) (Drucksache 12/1684 Fragen 33 und 34):

Ist es richtig, daß von der Treuhand ein sogenannter Solidaritätsfonds verwaltet wird, und wenn ja, wie groß sind die in ihm vorhandenen Mittel?

Für welchen Zweck sind die Mittel bestimmt, und wer entscheidet über ihre endgültige Verwendung?

Zu Frage 33:

Ein sogenannter „Solidaritätsfonds" wird von der Treuhandanstalt nicht verwaltet.

Soweit mit Solidaritätsfonds der zentrale Solidaritätsfonds der ehem. DDR gemeint ist, trifft es zu, daß die Treuhandanstalt die Mittel derzeit treuhänderisch verwaltet, die bei diesem zentralen Solidaritätsfonds der ehem. DDR vorhanden waren.

Das Solidaritätskomitee war eine Organisation im Sinne der §§ 20a und 20b ParteienG der ehem. DDR. Nach entsprechender Feststellung durch die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der ehem. DDR hat die Treuhandanstalt gemäß § 20b ParteienG der ehem. DDR in Verbindung mit der Anlage II Kapitel II Sachgebiet A Abschnitt III d des Einigungsvertrages solches Vermögen im Einvernehmen mit der Unabhängigen Kommission zu verwalten.

Die vormals bei dem zentralen Solidaritätsfonds vorhandenen Gelder sind auf Konten des Solidaritätsdienstes-International e. V. übertragen worden. Sämtliches Vermögen des Solidaritätsdienstes-International e. V. untersteht der treuhänderischen Verwaltung.

Das gesamte liquide Umlaufvermögen des Solidaritätsdienstes-International e. V. beläuft sich derzeit auf ca. 49 Millionen DM. Darin sind auch die Gelder des ehemaligen Solidaritätsfonds enthalten.

Zu Frage 34:

Die Unabhängige Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der ehem. DDR hat zu entscheiden, ob und inwieweit in dieser nunmehr einheitlichen Vermögensmasse Mittel des ehemaligen Solidaritätsfonds enthalten sind.

Wenn die Unabhängige Kommission entscheiden sollte, daß das Vermögen des Solidaritätsfonds in Gänze oder teilweise auf den Konten des Solidaritätsdienstes-International e. V. vorhanden ist und die Gelder nicht nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben worden sein sollten, dann werden diese für gemeinnützige Zwecke im Beitrittsgebiet verwandt werden. Dies schreibt der Einigungsvertrag zwingend vor.

Sollte die Unabhängige Kommission jedoch zu dem Ergebnis kommen, die Gelder des Solidaritätsfonds der ehem. DDR sind nach materiell-rechtsstaatlichen Grundsätzen im Sinne des Grundgesetzes erworben und wirksam auf den Solidaritätsdienst-International e. V. übertragen worden, dann werden diese dem Solidaritätsdienst-International e. V. zur freien Verfügung belassen werden.

**Anlage 9**

**Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Manfred Carstens auf die Fragen der Abgeordneten **Edelgard Bulmahn** (SPD) (Drucksache 12/1684 Fragen 35 und 36):

(A)

Wie läßt sich die Aussage des Bundesministers der Finanzen, daß „bisherige Bescheide, die die Förderfähigkeit von Maßnahmen anerkannten, deren Durchführung auch über 1991 hinaus geplant war," nicht bedeuten, „daß auch Finanzierungszusagen des Bundes zum Förderjahr 1992 und darüber hinaus dem Land erteilt worden sind" (Schreiben an die Abgeordnete Edelgard Bulmahn vom 21. November 1991), mit dem Grundsatz des Vertrauensschutzes und der Begründung der Bundesregierung zum Entwurf eines Gesetzes zum Ausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft in den Ländern (Drucksache 11/3263), derzufolge „die Länder (. . .) bei ihren Investitionsplanungen auf eine stetige langfristige Unterstützung durch den Bund rechnen können" sollen, vereinbaren?

Hat die Aussage des Finanzberichtes 1992, demzufolge sich „die Verschuldung pro Einwohner (zwischen den Bundesländern) immer weiter auseinanderentwickelt" nach Auffassung der Bundesregierung noch Gültigkeit, und wie läßt sich in diesem Zusammenhang die Streichung der Strukturhilfemittel rechtfertigen, insofern hierdurch notgedrungen das Gefälle zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern weiter verschärft wird?

Zu Frage 35:

Die Geschäftsgrundlage für das Strukturhilfegesetz ist durch die deutsche Einheit weggefallen. Spätestens mit den Einigungsvertragsverhandlungen Mitte 1990 mußte für alle Beteiligten klar sein, daß die verfassungsrechtliche Basis für Strukturhilfeleistungen zugunsten der alten Bundesländer nach der deutschen Vereinigung entfallen würde. Angesichts des starken Strukturgefälles zu den neuen Bundesländern widerspräche eine Weitergewährung der Strukturhilfemittel dem föderativen Gleichbehandlungsgrundsatz der Verfassung. Deshalb ist die Umlenkung des Gesamtvolumens der bisherigen Strukturhilfemittel in die neuen Bundesländer durch Aufstockung des

(B)

Fonds „Deutsche Einheit" in den Jahren 1992 bis 1994 vorgesehen.

Die Prüfung der Förderfähigkeit von Vorhaben und die Zuweisung von Finanzhilfen erfolgte gemäß § 5 des Strukturhilfegesetzes jahresbezogen. Mit der Anerkennung der Förderfähigkeit einer Maßnahme, die über 1991 hinaus geplant war, ist nicht gleichzeitig eine Finanzierungszusage verbunden gewesen.

Ein rechtlich schützenswertes Vertrauen auf Weitergewährung der Strukturhilfe konnte von Anfang an nicht bestehen. Das ergibt sich schon daraus, daß der im Verhältnis zwischen Bürger und Staat entwickelte Grundsatz des Vertrauensschutzes auf das Verhältnis zwischen Bund und Ländern nicht paßt. Im übrigen war im Strukturhilfegesetz von vornherein eine Revision der Verteilung dieser Finanzhilfen zum 1. Januar 1992 vorgesehen. Zu diesem Zeitpunkt hätte das Instrument ohnehin überdacht werden müssen.

Zu Frage 36:

Aus der Aussage des Finanzberichts 1992 über die länderweise Auseinanderentwicklung der Verschuldung pro Einwohner im Beobachtungszeitraum 1970—1990 läßt sich nicht ableiten, daß die Strukturhilfemittel an die alten Bundesländer weitergewährt werden müßten.

Angesichts des starken Strukturgefälles zu den neuen Bundesländern steht eine Weitergewährung der Strukturhilfemittel von jährlich 2,45 Milliarden DM an die alten Bundesländer mit dem föderativen Gleichbehandlungsgrundsatz nicht in Einklang. Der

(C)

Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht deshalb die Aufhebung des Strukturhilfegesetzes zum 1. Januar 1992 und die Umlenkung des Gesamtvolumens der bisherigen Strukturhilfemittel in die neuen Bundesländer durch Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit" in den Jahren 1992 bis 1994 vor.

Daneben ist zur Verbesserung der Finanzausstattung der neuen Bundesländer für die Jahre 1992 bis 1994 eine weitere Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit" durch zusätzliche Bundesleistungen in Höhe von jährlich 3,45 Milliarden DM vorgesehen. Der Bund verbindet die Umlenkung der Strukturhilfemittel mit einer Bereitstellung weiterer eigener Mittel in einem das Volumen der Sturkturhilfemittel erheblich übersteigenden Umfang.

Diese Aufstockung des Fonds „Deutsche Einheit" hält die Bundesregierung für angezeigt. Damit wird eine angemessene allgemeine Finanzausstattung der neuen Bundesländer und ihrer Gemeinden in den kommenden Jahren sichergestellt. Die Umlenkung der Strukturhilfemittel ist demnach eine wichtige Maßnahme, die zu einer Annäherung der Finanzlage aller Bundesländer beitragen soll.

**Anlage 10**

**Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Manfred Carstens auf die Fragen der Abgeordneten **Marion Caspers-Merk** (SPD) (Drucksache 12/1684 Fragen 37 und 38):

(D)

Wie sind die Verhandlungen der Bundesregierung über eine Revision des deutsch-schweizerischen Doppelbesteuerungsabkommens, in denen für die Besteuerung der Grenzgänger eine Besteuerung im Wohnsitzstaat angestrebt wird, mit dem Auftrag des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages an die Bundesregierung zu vereinbaren, einen Gesetzentwurf zur Besteuerung der Grenzgänger im Tätigkeitsstaat vorzulegen?

Wann wird die Bundesregierung den Deutschen Bundestag offiziell über den Stand der Doppelbesteuerungsabkommen-Verhandlungen mit der Schweiz informieren, und wann wird die Bundesregierung den angeforderten Gesetzentwurf zur Grenzgängerbesteuerung vorlegen?

Zu Frage 37:

Ein Verzicht auf das nach dem geltenden Doppelbesteuerungsabkommen dem Wohnsitzstaat zustehende Besteuerungsrecht für die Grenzgänger zugunsten des Tätigkeitsstaates hätte — bei einem Bestand von fast 40 000 Auspendlern und nur rund 1 000 Einpendlern aus der Schweiz — die schon jetzt von den Grenzgemeinden beklagten negativen Auswirkungen auf deren Steueraufkommen und den Arbeitsmarkt in der Grenzregion noch erheblich verstärkt.

Im Interesse dieser Grenzgemeinden und in Übereinstimmung mit dem Finanzministerium Baden-Württemberg hat die Bundesregierung deshalb bei den Revisionsverhandlungen mit der Schweiz am Prinzip der Besteuerung von Grenzgängern im Wohnsitzstaat festgehalten.

Der Auftrag des Parlaments zum sog. Pendlergesetz steht dem nach Auffassung der Bundesregierung nicht entgegen, weil dieses nur eine Auffangregelung für die nicht in Doppelbesteuerungsabkommen schon

(A) anders geregelten Fälle darstellen und sich — im Gegensatz zu der Auspendlerproblematik an der Schweizer Grenze — allein mit der Besteuerung von Einpendlern beschäftigen wird.

Zu Frage 38:

Die Bundesregierung hat den Finanzausschuß des Deutschen Bundestages mit Schreiben vom 14. November 1991 über den Stand der Revisionsverhandlungen mit der Schweiz unterrichtet. Der Entwurf eines „Pendler-Gesetzes" kann erst dann vorgelegt werden, wenn die aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 27. Juni 1991 — 2 BvR 1493/89 — bis 1. Januar 1993 geforderte gesetzliche Regelung zur Zinsbesteuerung erarbeitet ist. Davon geht auch der Finanzausschuß des Deutschen Bundestages aus.

**Anlage 11**

**Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Klaus Beckmann auf die Frage der Abgeordneten **Siegrun Klemmer** (SPD) (Drucksache 12/1684 Frage 41):

Wie bringt die Bundesregierung die Meldung der TAGESZEITUNG vom 11. November 1991, wonach sie die von der WISMUT vorgelegte Sanierungskonzeption verworfen und zurückgewiesen habe, in Einklang mit den zweimaligen Zusagen des Parlamentarischen Staatssekretärs im Wirtschaftsministerium, Dr. Erich Riedl, vom 16. Oktober 1991 und 14. November 1991, also noch drei Tage nach Ablehnung durch sein eigenes Ministerium, das Gutachten unverzüglich der Öffentlichkeit vorzulegen, und aufgrund welcher anderer Gutachten oder sonstiger kompetenter Vorgaben wird die laufende und soll die künftige Sanierung durchgeführt werden?

(B)

Die Meldung der Tageszeitung vom 11. November 1991 ist nicht zutreffend: Die Sanierungskonzeption wurde weder verworfen oder zurückgewiesen, noch vom Bundesminister für Wirtschaft abgelehnt. Richtig ist vielmehr, daß die im Auftrag der Bundesregierung tätigen unabhängigen Gutachter Ende Oktober in einem ersten Gutachtergespräch über die Konzeption Anmerkungen, Bewertungen und Hinweise zum weiteren Verfahren vorgetragen haben. Der Bundesminister für Wirtschaft hat die Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft Wismut beauftragt, die Empfehlungen der Gutachter aufzugreifen und im weiteren Verfahren in die Genehmigungsanträge für die einzelnen Sanierungsmaßnahmen einzuarbeiten.

Gleichzeitig hat der Bundesminister für Wirtschaft das Unternehmen beauftragt, eine standortbezogene, allgemein verständliche Darstellung der Sanierungskonzeption vom 30. August 1991 zu erarbeiten. Diese Unterlagen sollen möglichst noch im Dezember fertiggestellt und den Landräten und Gebietskörperschaften in der Region zur Verfügung gestellt werden. Damit wird die Öffentlichkeit frühzeitig in die laufende Diskussion über die Pläne zur Stillegung der Uranbergbaubetriebe sowie zur Sanierung und Rekultivierung der kontaminierten Flächen und Anlagen der Wismut einbezogen.

Wie die Bundesregierung — PStS Dr. Erich Riedl — Ihnen bereits in der Fragestunde am 14. November 1991 mitgeteilt hat, ist es nicht die Absicht der Bundesregierung, die geplanten Sanierungsmaßnahmen unter Verschluß zu halten. Dies belegen auch die zahlreichen Veranstaltungen vor Ort mit den Kommunen, Landkreisen, Interessenverbänden und interessierten Bürgern, in denen Mitarbeiter des Bundeswirtschaftsministeriums gemeinsam mit den zuständigen Genehmigungsbehörden die geplanten Maßnahmen und das Verfahren diskutieren. (C)

**Anlage 12**

**Antwort**

der Parl. Staatssekretärin Dr. Sabine Bergmann-Pohl auf die Fragen der Abgeordneten **Ingrid Walz** (FDP) (Drucksache 12/1684 Fragen 55 und 56):

Welche Konsequenzen ergeben sich für die Bundesregierung aus der im Auftrag des nordrhein-westfälischen Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales erarbeiteten Studie der Allgemeinen Ortskrankenkassen (AOK) zum Arzneimittelverbrauch von Menschen in höherem Alter, die aufzeigt, daß zwei Drittel der verordneten Psychopharmaka, Schlaf- und Beruhigungsmittel sind mit gravierenden Nebenwirkungen und Medikamentenabhängigkeit und die 16% der Versicherten über 65 Jahre rund 45% der gesamten Arzneikosten und rund die Hälfte aller Arzneimittelverordnungen verursachen?

Welche Konsequenzen will die Bundesregierung angesichts der zu erwartenden großen Defizite bei den Krankenkassen daraus ziehen, daß nach dieser Studie Rezeptverschreibungen in einem Ausmaß erfolgen, die auf ein wenig abgestimmtes und in seinen Auswirkungen unwirtschaftliches Therapieverhalten schließen lassen?

(D)

Die von Ihnen angesprochene Studie trägt den Titel „Arzneimittelverbrauch von Menschen im höheren Lebensalter unter besonderer Berücksichtigung von Arzneimitteln mit Abhängigkeitspotential". Sie ist vom Leiter des Pharmakologischen Beratungsdienstes bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse Kreis Mettmann, Dr. Gerd Glaeske, durchgeführt worden.

In der Zusammenfassung der von Ihnen genannten Studie werden vor allem folgende Probleme beleuchtet:

a) das insgesamt sehr große Volumen der Arzneimittelverordnungen und die starke Konzentration dieser Verordnungen auf ältere Patienten: Versicherte mit einem Lebensalter über 65 Jahre machen 16 Prozent der Versicherten aus; nach den Ergebnissen der Studie entfallen auf diese Versicherten jedoch rd. 45 Prozent der gesamten Arzneikosten und rd. 50 Prozent aller Arzneiverordnungen;

b) das Ausmaß der Verordnung von Medikamenten mit Abhängigkeitspotential über längere Zeiträume: der Verfasser der Studie kommt auf der Grundlage seiner Analysen zu der Annahme, daß es in der Bundesrepublik ca. 600 000—700 000 Patienten gibt, die solche Mittel über längere Zeit eingenommen haben und damit als potentiell Abhängige gelten könnten.

Die Ergebnisse dieser Studie sind mit anderen Untersuchungen vergleichbar, die in den vergangenen Jahren durchgeführt worden sind. Im Auftrag des

(A) Bundesministers für Gesundheit ist beispielsweise eine Studie zur „Verordnungspraxis von Medikamenten mit Abhängigkeitspotential" durchgeführt worden, die im vergangenen Monat veröffentlicht worden ist.

Die Ergebnisse der Studie sind mit der Bundesärztekammer und der Kassenärztlichen Bundesvereinigung erörtert worden.

Beide Organisationen haben auf ihre vielfältigen Aktivitäten in diesem Zusammenhang hingewiesen. Die Bundesministerin für Gesundheit hat in einer Presseerklärung zur Veröffentlichung der Studie deutlich gemacht, daß Aufklärung und Information von Ärzten und Patienten wichtig sind und offenbar auch Wirkung zeigen. Pauschale Schlußfolgerungen hinsichtlich des Verordnungsverhaltens der Ärzte, wie sie in Ihrer Fragestellung zum Ausdruck kommt, lassen sich aus der Studie nicht ableiten.

Ein Ansatzpunkt für Maßnahmen ergibt sich aus den genannten Studien selbst. Beide Studien basieren auf einer Auswertung von Rezeptformularen, die bei den Krankenkassen routinemäßig angefallen sind. Die Erfassung und Auswertung von Routinedaten der Krankenkassen ist auch das Ziel der im Gesundheits-Reformgesetz enthaltenen Regelungen zur Kosten- und Leistungstransparenz in der gesetzlichen Krankenversicherung.

Mit diesem Instrumentarium können — unter Wahrung des Datenschutzes — Informationsgrundlagen geschaffen werden, die z. B. eine gezielte Beratung von Ärzten durch die Selbstverwaltung ermöglichen, bei denen eine Häufung von Langzeitverordnungen (B) von Medikamenten mit Abhängigkeitspotential festgestellt wurde.

Durch eine verbesserte Transparenz werden zugleich die Informationsgrundlagen für den Einsatz der Instrumente geschaffen, mit denen eine wirtschaftlichere Arzneimittelversorgung erreicht werden soll.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die Selbstverwaltung der Ärzte und Krankenkassen den Regelungen des Gesundheits-Reformgesetzes Rechnung trägt und angesichts des starken Anstiegs der Arzneimittelausgaben entsprechende Maßnahmen ergreift.

**Anlage 13**

**Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Dr. Dieter Schulte auf die Fragen des Abgeordneten **Simon Wittmann** (Tännesberg) (CDU/CSU) (Drucksache 12/1684 Fragen 64 und 65):

> Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß der Zugbetrieb auf der Eisenbahnstrecke Neustadt/Waldnaab – Floß angesichts der Entwicklung an der Grenze zur CSFR im vollen Umfang aufrechterhalten werden muß, und wird die Bundesregierung daher die Anträge der Deutschen Bundesbahn zur Umstellung des Reisezugbetriebes auf Busse ablehnen?
>
> Welche Auswirkungen hat das neue Gemeindefinanzierungsgesetz auf den öffentlichen Personennahverkehr, und welche Möglichkeiten des Zusammenwirkens von Bund, Ländern und Kommunen bei Investitionen und Betrieb des ÖPNV ergeben sich daraus?

(C) Zu Frage 64:

Die Prüfung des Antrages der Deutschen Bundesbahn zur Umstellung des Reiseverkehrs auf Busbedienung für den Streckenabschnitt Neustadt (Waldnaab)–Floß ist noch nicht abgeschlossen.

Hierbei wird auch die Entwicklung an der Grenze zur CSFR berücksichtigt.

Zu Frage 65:

Der Deutsche Bundestag hat mit der Verabschiedung des Entwurfs eines Steueränderungsgesetzes 1992 in zweiter und dritter Lesung am 8. November 1991 auch wesentliche Änderungen an dem geltenden Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz vorgenommen. Das Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates. Da der Bundesrat in seiner Sitzung am 29. November 1991 die Anrufung des Vermittlungsausschusses beschlossen hat, lassen sich verbindliche Aussagen über die zu erwartenden Änderungen im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz noch nicht machen.

**Anlage 14**

**Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Dr. Dieter Schulte auf die Frage des Abgeordneten **Ludwig Stiegler** (SPD) (Drucksache 12/1684 Frage 66): (D)

> Wie ist der Stand der Gespräche innerhalb der Bundesregierung und mit der tschechoslowakischen Regierung über die Verbesserung und Beschleunigung des grenzüberschreitenden Straßen- und Schienenverkehrs, und bis wann ist mit einer echten Abhilfe zu rechnen?

Die zwischen der deutschen und tschechoslowakischen Zollverwaltung abgesprochenen Maßnahmen werden derzeit auf örtlicher Ebene umgesetzt.

Mit der Einrichtung von Schnellspuren und der Vorsortierung der Lkw im engen Zusammenwirken beider Verwaltungen wird ein schnelleres Abfließen eines Teils des grenzüberschreitenden Verkehrs auf der Straße erwartet.

Eine Normalisierung der Verkehrsverhältnisse wird jedoch erst durch die Erweiterung bestehender bzw. Neuerrichtung leistungsfähiger Grenzabfertigungsanlagen mit entsprechender verkehrlicher Infrastruktur eintreten.

Mit dem Ziel, einen Teil des Lkw-Verkehrs auf die Schiene zu verlagern, wird derzeit die Einrichtung eines Shuttle zwischen grenznahen Orten untersucht. In diesem Zusammenhang wird auf deutscher Seite der Bahnhof Parkstein-Hütten als Standort für die Verladung von Lkw, auf tschechoslowakischer Seite der Bahnhof Plan (Plana) auf der Strecke Eger (Cheb)–Pilsen einer näheren Betrachtung unterzogen.

Außerdem ist die Deutsche Gesellschaft für Kombinierten Güterverkehr mit den ungarischen und tschechoslowakischen Eisenbahnen im Gespräch über die

(A) Einrichtung großräumiger Relationen des Kombinierten Verkehrs. In der 2. Januarhälfte ist hierzu ein Gespräch auf Regierungsebene mit den Gesellschaften des Kombinierten Verkehrs und den betroffenen Bahnen vorgesehen.

**Anlage 15**

**Antwort**

des Parl. Staatssekretärs Dr. Dieter Schulte auf die Fragen des Abgeordneten **Karl Stockhausen** (CDU/CSU) (Drucksache 12/1684 Fragen 69 und 70):

Entspricht die Umstellung des Transports von Zuckerrüben von der Schiene auf die Straße den verkehrs- und umweltpolitischen Grundsätzen der Bundesregierung?

Welche Probleme für den Straßenverkehr und welche Belastungen für die betroffenen Gemeinden, die von den Zuckerrübentransporten per Lkw künftig zu erwarten sind, sieht die Bundesregierung?

Zu Frage 69:

Nach den verkehrs- und umweltpolitischen Grundsätzen der Bundesregierung soll die Deutsche Bundesbahn „künftig in noch stärkerem Maße als bisher" schwerpunktmäßig in den Bereichen des Verkehrsmarktes tätig werden, in denen sie ihre arteigenen

(B)

(C) Vorteile voll zur Geltung bringen kann. Das bedeutet, Bündelung von Transporten zwischen Knotenpunkten bzw. Wirtschaftszentren mit hohem Frachtaufkommen.

Diese Voraussetzungen treffen für den Zuckerrübenverkehr zweifellos nicht zu. Der Zuckerrübenverkehr ist auf wenige Wochen eines Jahres beschränkt. Die durchschnittliche mittlere Transportweite beträgt ca. 20 bis 30 km. Im Hinblick auf diese besonderen Randbedingungen einerseits und moderne Ladetechniken, die eine Reinigung von Rüben direkt am Feldrand ermöglichen andererseits, haben die Anbauer und die Zuckerindustrie ihre Transporte verstärkt auf die Straße verlagert. Die Deutsche Bundesbahn hat sich — leider vergebens — bemüht, Zuckerrübenbauer und Zuckerindustrie für ein gemeinsames Transportkonzept unter Einbeziehung der Schiene zu gewinnen. Es trifft daher nicht zu, daß die Umstellung durch einseitige Maßnahmen der Deutschen Bundesbahn veranlaßt wurde.

Zu Frage 70:

Angesichts der in der Antwort zur Frage 69 geschilderten Eigenheiten des Zuckerrübenverkehrs einerseits und der höchstunterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten sollten die angesprochenen Belastungen nicht überbewertet werden.

(D)

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0720-7980